

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht Punkt 4: **Die Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.***) Verhandelt werden dabei die Anträge 9², 18—31, 103, 110.

Auf Vorschlag Singer's wird die Beschränkung der Redezeit für die Verhandlung dieses Punktes außer Kraft gesetzt. Das Wort erhält auf Anregung Mollenhuth's in der Diskussion abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen die Vorschläge. Zunächst soll eine Generaldebatte stattfinden.

Berichterstatter der Agrarkommission Dr. Quarc: Das Interesse an der Frage nach der besten Landagitation ist in der Partei ein außerordentlich hohes. Wir in der Agrarkommission sind natürlich nicht so blind, daß wir nicht auch den „Dolch im Gewande“ sehen, den Mancher bei diesem Vorwärtsdrängen schon meuchlerisch hat blitzen lassen. Aber Agrarier wie wir nun einmal sind, ist es für uns in der Kommission doch schon eine rechte Genugthuung, zu sehen, daß wir im Eifer für die Sache einig gehen. Und das gehört sich auch so für die deutsche Sozialdemokratie. Sehen Sie doch nur, mit welcher Hengstlichkeit sich unsere geschworenen Feinde, die echten Agrarier, um das Landprogramm herumdrücken seit seiner Veröffentlichung. Nur der deutsche Landwirtschaftsrath, die Spitze aller Agrarierorganisationen Deutschlands, hat in seiner Sitzung vom 8. März d. J. sehr ernsthaft unserer Agrarkommission gedacht und ausgesprochen, daß er nunmehr in eine „vielseitige und gründliche“ Prüfung der Landarbeiterfrage eintreten müsse. Es stimmt also nicht, daß sich die Kapitalisten mit Mr und Halm über unsere Thätigkeit im Ernst freuten, weil wir ihnen in die Hände arbeiteten, wie manche Genossen behaupten. Nein, unseren Gegnern wurde recht unheimlich zu Muth. Noch nie sind soviel Anläufe zu „Reformen“ auf allen bürgerlichen Seiten für den kleinen Mann auf dem Lande gemacht worden, als seit unserm Frankfurter Parteitage. Und weiter: Wenn uns auch die politische Reaktion gerade in der letzten Zeit immer finstlicher droht, wir haben eine kleine Probe davon ja erst heute erlebt, auch daran trägt meines Erachtens unser neuerliches Hinüberdringen auf das Gebiet der ländlichen Machthaber ihr gutgemeßenes Theil. Was jedoch unsern Gegnern ein Gegenstand des Schreckens war, bei uns im eigenen Lager war es Gegenstand lebhaftester und ungenirtester Kritik. Ein Glück, daß wir ihrer fünfzehn in die Agrarkommission gewählt wurden. Die gesamte Rückenfläche, die wir fünfzehn den kritischen Sieben unserer Genossen bieten konnten, war eine sehr ansehnliche Breite, wenn sich auch einige Schmale und ein nicht gerade sehr Standhafter unter uns befanden. Sachlich war die Aufgabe der Agrarkommission äußerst schwierig. Und doch blieb die Kommission ein schlecht behandeltes Adoptivkind für die Genossen. Die Berliner November- und Dezember-Versammlungen, in denen so wie anderswo uns eine Art Schwindsuchtbasillus einzukimpfen versucht wurde, zeigten das. Andererseits erweckte der erste Schritt von der Theorie zur Praxis in Frankfurt allzu lebhaftes Hoffnungen.

Bekanntlich hat sich die Kommission am 10. und 11. Februar d. J. in drei Unterausschüsse getheilt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Methode und das Ziel unserer Arbeiten haben nie bestanden. Nie ist eine Minorität von den Anderen majorisirt worden. Wir haben stets die Mittellinie gesucht und kein Mitglied hat ein Opfer des Intellektes bringen müssen, um die Einigkeit zu wahren. Wer allerdings seine Meinung für sich behielt, konnte nicht widerlegt werden; wir sollten aber doch auch nicht Obstruktionspolitik treiben. Ich schide dies voraus, weil in der letzten Zeit in Parteiblättern falsche Darstellungen davon gegeben worden sind.

*) In einem Anhang bringen wir die der Diskussion zu Grunde liegenden Entwürfe und Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaut zum Abdruck.

Im einzelnen führten die Verhandlungen vom 10. und 11. Februar nach einer Generaldiskussion zur Festsetzung der beiden Aufgaben: 1. Sammlung des bereits vorhandenen, event. neuen Materials, 2. Entwurf von Ergänzungsvorschlägen zum Programm. Daß diese Beschlüsse gefaßt waren, wurde sofort im „Vorwärts“ vom 12. Februar kundgegeben. Es konnte also keins der Mitglieder davon „überrascht“ sein, daß die Unterausschüsse nach den Beschlüssen der ersten Sitzung Ergänzungsvorschläge zum Programm ausarbeiteten.

Bebel, Liebknecht, Mollenhuth, Schippel und Schoenlant bildeten den Unterausschuß für Norddeutschland; Bock, Hug, Ragenstein, Schulze und ich für Mitteldeutschland; Bähler, Birk, David, Ged und Vollmar den für Süddeutschland. Wir glaubten damit nicht nur geographisch, sondern auch sachlich abzutheilen: der norddeutsche Ausschuß hatte Ostelbien als Gegend mit vorwiegendem Großgrundbesitz zu bearbeiten, der mitteldeutsche Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen, Hannover mit mittelbäuerlichem Besitz, der süddeutsche wurde namentlich auf das Studium des zerplitterten Kleingrundbesitzes hingewiesen. Die Verbindung zwischen den Unterausschüssen sollte ich als Sekretär der Kommission aufrecht erhalten. Ich habe in dieser Frage über 100 Schriftstücke versandt, eine Bibliothek landwirthschaftlicher Literatur zusammengestellt und den Mitgliedern auf Wunsch überliefert. Die erste Separatsitzung hielt der süddeutsche Ausschuß am 21. und 22. Mai in Mainz unter Zuziehung von noch sechs Genossen, denen sämtliche Materialien zugänglich gemacht wurden. In zweitägiger Verhandlung wurde der süddeutsche Programmentwurf angenommen und ein Fragebogen zur Erforschung der sozialen Verhältnisse typischer Landgemeinden formulirt. Von etwa 800 ausgegebenen Fragebogen wurden bis August dieses Jahres 250 aus 250 Gemeinden beantwortet. Ueber das Ergebnis derselben wird Genosse David berichten. Der mitteldeutsche Ausschuß erließ im Februar Aufrufe in den benachbarten Parteiblättern mit der Bitte, alles Material über ländliche Verhältnisse einzuschicken. Es liefen einige Briefe und ländliche Arbeitsverträge ein. Am 12. Mai trat er zu einer Sitzung in Gotha zusammen, zu der noch acht Sachverständige zugezogen waren. Die Vornahme einer Enquete wurde abgelehnt, dagegen ein Programmentwurf eingehend berathen und in der Ihnen bekannten Weise formulirt. Der norddeutsche Ausschuß konstituirte sich am 25. April und hielt am 19. Mai in Berlin eine Sitzung unter Zuziehung von drei Sachverständigen aus Ostpreußen ab und formulirte Vorschläge zur Ergänzung des Programms. Die drei Entwürfe wurden allen Mitgliedern der Kommission zugesandt. Am 27. und 28. Juni hielt die Kommission ihre zweite Plenarsitzung in Berlin ab. Vollmar und Ged waren am Erscheinen verhindert. Es wurde in der Debatte jede einzelne Forderung eingehend begründet; am ersten Tage wurden die fünf ersten Punkte des Programmentwurfs der Gesamtkommission bis auf einen, gegen den Schoenlant stimmte, angenommen. Es waren dies die Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums, Bewirthschaftung desselben durch Genossenschaften oder Selbstbewirtschaftler, Staatskredit für Gemeinden und Genossenschaften zur Bodenverbesserung, Hebung des ländlichen Bildungswesens und Hypothekenverstaatlichung. Bei dieser Abstimmung fehlten nur Vollmar und Ged. Am zweiten Tage bei der Gesamtabstimmung, bei der freilich Schippel fehlte, erfolgte die Annahme einstimmig. Mit Vollmar wurde eine Verständigung durch eine persönliche Besprechung gesucht und gefunden, so daß der Partei-Vorstand am 16. Juli den Entwurf der Gesamtkommission zusammen mit der Einladung zum jetzigen Parteitage veröffentlichen konnte. Im September erfolgte die Veröffentlichung der drei Vorentwürfe, die Vollmar schon im Juli gewünscht hatte. Unsere letzte Sitzung haben wir dann am vergangenen Samstage hier in Breslau gehabt und unsere Anträge nunmehr so abgeändert und formulirt, wie sie Ihnen

als II. und III. vorliegen. Diese Darstellung unseres Arbeitens widerlegt doch genügend die Äußerungen über die „Geheim- und Wichtigthuerei“ und über die „Hast“, etwas fertig zu bringen.

Wir zogen auch zahlreiche Genossen zu unseren Arbeiten zu und hielten ihnen auch nicht einen Buchstaben von dem geheim, was uns vorlag. Und gerade die Süddeutschen, die am meisten gehasht haben sollen, haben in der zweiten Hälfte unserer Arbeiten wegen Vollmar's Erkrankung umgekehrt eine Verlangsamung und Hinausschiebung der Beschlußfassung gewünscht.

Nach dieser Erledigung der Neußerlichkeiten kommen wir zur Agrarfrage in Verbindung mit unseren Vorschlägen. Wir haben eine Generaldiskussion und ein Spezialdiskussion; in der letzteren habe ich eine eingehende Begründung für jeden Punkt zu geben. Jetzt will ich Ihnen die Gesamtanschauung darlegen, von der wir ausgegangen sind. Ich glaube in Ihrem Sinne, auch in dem des grimmigsten Kritikers, des Genossen Rautsky, zu handeln, wenn ich zunächst Klarheit schaffe über die Grundsätze in unserer Partei über die Landfrage. Da ist uns nun als Hauptfrage die folgende entgegengeworfen worden: Revolution oder Reform?

Auf diese Frage erwidere ich folgendes: Die Fülle von revolutionärer Kraft und Gesinnung, welche so zahlreiche Resolutionen der Genossen zum Agrarprogramm bekunden, ist auch von uns mit Genugthuung begrüßt worden. Unsere Daseinsberechtigung als sozialdemokratische Partei steht und fällt damit, ob wir unerschütterlich daran festhalten: die wirtschaftliche Entwicklung drängt von selbst zur Abschaffung des Privateigentums an jeder Art ausbeutenden Kapitals, das Fortschreiten der Kultur kann nur verbürgt werden dadurch, daß wir jene Entwicklung unterstützen, daß wir auf die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung mit hinarbeiten helfen, welche keine kapitalistische Ausbeutung mehr kennt, weil Besitzer der Produktionsmittel und Arbeiter dieselben geworden sind: das freie Volk! Darin sind wir alle einig. Aber der Weg zu diesem schönen Ziele ist schwierig, er führt mitten durch das Elend der heutigen Wirtschaft. Auf ihrem Boden müssen wir dem Endziel vorarbeiten, wir können sie nicht überspringen. Und darin liegt das Zwiespaltige jeder Art unserer Tätigkeit, nicht bloß der landagitativen: daß wir ein riesenhaftes Kulturziel deutlich sichtbar vor unseren Augen haben, eine Umwälzung der Eigentumsbegriffe sicher kommen sehen und vorbereiten, dabei aber mit den überlieferten bestehenden Verhältnissen rechnen und uns an diesen fortwährend reiben müssen. Die Frage steht also nicht so: Revolution oder Reform, Umwälzung oder Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern: Umwälzung und Reform, Revolution und auch Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, aber nur diejenige Verbesserung, welche die spätere Umwälzung vorarbeitet, sie nicht etwa vertagt oder hemmt. Wir formen fortwährend an der wirtschaftlichen Entwicklung mit, wie wir an der politischen mitarbeiten. Es giebt unter den bestehenden Verhältnissen zweierlei revolutionäre Tätigkeit für uns: das Revolutioniren der Köpfe und das Revolutioniren der Dinge, d. h. die allmähliche Beeinflussung und Umformung der wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen durch unsere Theilnahme an der praktischen Politik. Daß wir uns jetzt darüber streiten, ob dasselbe auch für die Landwirtschaft zu thun sei, rührt unter Anderem mit gewissen Eindrücken des Augenblicks zusammen, unter denen wir jetzt stehen. Die Fürsorge für die Landwirtschaft ist im preußisch-deutschen Junkerstaat heute lediglich ein demagogisches Schlagwort der reaktionären Parteien geworden, hinter dem sich die krasseste Interessentenpolitik der herrschenden Großgrundbesitzerklasse versteckt. Aus dieser politischen Konstellation hat die ganze Agrarpolitik — auch diejenige im Sinne der Kulturentwicklung — einen so üblen Geruch abgekostet, daß sich heute ein anständiger Mensch beinahe schämt, Agrarpolitiker zu heißen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten nun die hohe

und bedeutsame geschichtliche Aufgabe, eine von lauterer und weitsichtiger Kulturabsichten geleitete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. Mitte dieses Jahrhunderts, als Thaer, Liebig wirkten, gab es noch eine Zeit, wo Agrarier und Reaktionäre, Landeskultur und junkerliche Interessentwirtschaft und Wahlstatik noch nicht zwei Worte für denselben Begriff waren. An diese Ueberlieferung haben wir wieder anzuknüpfen. Es wäre traurig um den Sozialismus als Weltanschauung und politische Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Gebiete des Landbaus und der Ackerbaupolitik sich schöpferisch und kulturfördernd bethätigte, oder wenn die Frage entscheidend wäre, ob wir auf dem Lande augenblicklich Wahlerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln wie die Junker, sondern um der Zukunft der Menschheit willen, die doch auch ein bißchen von der Zukunft der Landwirtschaft abhängt. Das haben z. B. jene Genossen eines in der Umgegend von Berlin liegenden Wahlkreises vergessen bei folgender sonderbaren Agrarenquete. Sie zählten in bestimmten Ortschaften die Stimmen, auf die wir seitens der Landleute rechnen konnten, und daneben diejenigen der Beamten, Handwerker, Arbeiter. Und da die letzteren in der Mehrheit waren, sagten sie: Wir brauchen kein Agrarprogramm. (Heiterkeit.) Ich meine zwar nicht wie Vollmar, daß wir die Industriearbeiter bereits vollkommen gewonnen hätten, aber ich kann auch nicht in den Ruf einstimmen: Bleiben wir hübsch in den städtischen Versammlungssälen! Noch eins kommt hinzu, es handelt sich um denjenigen Zweig der Volkswirtschaft, der so entscheidend bei der Beantwortung der Wagenfrage mitpricht. Es kann uns als Sozialisten durchaus nicht gleichgültig sein, ob die Produktion von Brot in zurückgebliebenen Betriebsformen geschieht oder nicht.

Hierher gehören diejenigen unserer Forderungen, die Staatsmittel für Gemeinden oder Verbände zur Bodenverbesserung, Wasserkultur und dergleichen verlangen. Dagegen wurde uns vorgeworfen, wir verlangten Mittel aus dem allgemeinen Säckel zur Erhöhung des Grundwerthes. Ja, wer Landeskultur treibt, der giebt Mittel für die Erhöhung des Grundwerthes, ebenso wie derjenige, welcher Mittel zu Eisenbahnen, Kanälen und ähnliches bewilligt, Tausende von städtischen Anwesen rapid im Werthe steigern hilft. Läßt sich aber das unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt vermeiden? Müßten wir uns dann nicht von jeder Art positiver Arbeit unter dem Regime des Kapitalismus zurückziehen? In Wirklichkeit verlangen wir von jeher vom heutigen Staate, daß er Kulturaufgaben erfüllt. Wir halten beständig dem Militärstaat vor, was er für unproduktive Zwecke zum Fenster hinauswirft, und was er für produktive thun sollte. Unsere Abgeordneten haben im Reichstage wiederholt davon gesprochen, daß die Aufwirthschaftung der Moore, der Heide Strecken u. s. w. durch Staatsmittel eine Aufgabe des heutigen Staates sei. In Uebereinstimmung damit sagt Engels, daß die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, eine vortreffliche Anlage seien. Daß wir solche Mittel nur für die Landwirtschaft verlangen, erklärt sich daraus, daß wir es zunächst nur mit einem Landprogramm zu thun haben. Unsere Tätigkeit auf anderen Gebieten wird nicht gehemmt, sondern angespornt. Wenn wir jetzt für Landeskultur im Interesse der Sache eintreten und Staatsmittel bewilligt haben wollen für das, was bis jetzt vielfach zurückgestellt ist, weil es nicht gleich in greifbaren Summen in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt, weil es Vorlagen sind, welche die Gesellschaft zu Gunsten der besseren technischen und sozialen Entwicklung des Landwirtschaftsbetriebes machen soll, dann sind wir doch nicht reaktionär, sondern kulturfördernd und revolutionär. Wir verhindern, daß diejenigen Mittel zu kulturfeindlichen Zwecken verwendet werden, die wir für die friedliche Landeskultur festlegen. Deshalb sind ja die jetzigen Machthaber meist so schwer für wirkliche Kulturaufgaben zu

haben, weil sie fürchten, daß ihnen etwas entgeht, wodurch sie ihre Gewaltmittel stärken könnten.

Ich komme nun zu der Frage, wie unsere Landeskulturvorschläge beschaffen sein müssen, um als sozialistisch zu gelten. Bei der Vorberathung des Erfurter Programms verlangte Kautsky, daß die Sozialdemokratie nichts unterstütze, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Er fügte hinzu, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse die einzige ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschrittes der Gesellschaft. Auch die Schlusssätze der bekannten beiden Artikel von Bebel im „Vorwärts“, die unsere Absichten bei Abfassung des Agrarprogramms vorzüglich erläutern und die von jedem Mitglied der Agrarkommission unterschrieben werden, stimmen mit den Forderungen von Kautsky überein. Wir sind also von ganz denselben Absichten geleitet worden, wie unsere schärfsten Kritiker. Sollte also wirklich eine Verständigung unmöglich sein?

Bereits Vollmar und Schoenlant haben in ihren Referaten für den Frankfurter Parteitag werthvolles Material zur thatsächlichen Orientirung über die Geschichte und jetzige Lage der sozialen Verhältnisse auf dem Lande beigebracht. Wäre dies während der Agrardebatten der letzten Monate von manchem der lautesten Rufer im Streit im stillen Kämmerlein studirt worden, so ständen wir uns jetzt schon in unseren Ansichten über die Landagitation näher. Die Entstehung und die soziale Gliederung der deutschen landwirthschaftlichen Bevölkerung sowie ihre Eigenthümlichkeiten sind dort statistisch anschaulich geschildert. Nur nach zwei Richtungen will ich die Darstellungen ergänzen; viele von uns wissen noch nicht genau, was sie unter einem Kleinbauern zu verstehen haben und dann ist in der bisherigen Debatte ganz unerörtert geblieben, wie sich die herrschende Agrarpolitik eigentlich zum Kleinbauern stellt.

Nach der letzten deutschen Berufszählung von 1882 entfallen auf den Beruf der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Thierzucht und Fischerei einschließlich der Dienenden und Familienangehörigen 19,2 Millionen Köpfe oder 42,5 Prozent der Bevölkerung. Von den 5,2 Millionen Betrieben aber mit 31,8 Millionen Hectar Land, auf die sich jene Personen vertheilen, waren bekanntlich 3 Millionen oder 58 Prozent unter 2 Hectar, ferner nicht ganz 1 Million oder 18,6 Prozent 2–5 Hectar groß. Wir haben von 5,2 Millionen landwirthschaftlichen Betrieben überhaupt ca. 4 Millionen oder 76 Prozent echt kleinbäuerliche Besitzungen. Nun entfällt auf diese Betriebe allerdings nur 16 Prozent der landwirthschaftlich benutzten Fläche. Aber wir haben es doch in der Politik mit den Menschen und ihren sozialen Verhältnissen zu thun; etwa drei Viertel der landwirthschaftlich beschäftigten Menschen sind Kleinbäuerliche oder direkt für Lohn arbeitende Landproletarier.

Dieser Kleinbauer kommt nicht nur als süddeutsche Merkwürdigkeit vor, er ist eine auch in Norddeutschland für den Agrarpolitiker nicht ganz unbekannte Erscheinung. In beiden Mecklenburg sind ca. 80 pCt. aller Betriebe nur bis 2 Hectar groß, in Rheinland und Westfalen ca. 70 pCt., in Provinz Sachsen 66 pCt., in Pommern 65 pCt. in Brandenburg 63 pCt., in Westpreußen 60 pCt. Steht nun dieser recht zahlreich vorhandene Kleinbauer uns so nahe, daß wir als proletarische Partei auf ihn einwirken können? Der deutsche Kleinbauer ist kein einheitlicher Typus. Hier in Oberschlesien haben Sie den verkommenen oder doch verkommenen Kleinbauern, der erdrückt wird von dem Latifundien-Besitzer. Etwas höher noch steht der mitteldeutsche Kleinbauer, der in Sachsen, Thüringen, auch in Nordwestdeutschland sitzt. Seine Wirthschaft ist noch relativ sauber, aber es fehlt ihm an Geld und Geschäftsgewandtheit. Dann folgt der süddeutsche Kleinbauer, dort wo er als Viehzüchter oder als Züchter von Handelsgewächsen oder als Weinbauer arbeitet, ist er gerissener als der mitteldeutsche Kleinbauer, hat höhere Lebensansprüche und trägt den Kopf höher. Sollen wir nun den noch

höher stehenden Bauern ganz proletarisiren lassen, daß er von selbst zu uns kommt? Das geschieht aber nicht. Umgekehrt, gerade der geweckte Bauer, der noch nicht ganz verelendete, wäre am ehesten für uns zu haben, hätten wir nicht bisher selbst dazu geholfen, ihm das Zutrauen zu uns als Kulturpartei beinahe künstlich zu nehmen. Wir bethätigen uns in jeder städtischen und gewerblichen Frage als die Partei des Fortschritts, aber für den Fortschritt auf dem Lande haben wir keine Richtschnur. Und doch warten unserer auch auf dem Lande tausend Schmerzen der Kleinen und Unterdrückten. Die ganze herrschende Politik der Landeskultur ist zugeschnitten in Gesetzgebung und Verwaltung auf die Besitzenden auch in ländlichen Bezirken. Bei der Gestaltung des Gemeindebesitzes und der Bezüge aus ihm, bei der Erwerbung oder dem Verkauf von Gemeindeländereien ist das Interesse des „fetten“ Bauern, der im Gemeinderath und im Kreisausschuß das große Wort führt, maßgebend. Bei den Flurvereinbarungen, Zusammenlegungen und Vertuppelungen ist die Stimmvertheilung für alle Anträge so eingerichtet, daß der große Besitz alles machen und alles verhindern kann. Bei Be- und Entwässerungsanlagen wird in dem Geldbeutel des Progenbauern gewirthschaftet, die Kleinen haben das Nachsehen. Das ganze Arbeiterrecht auf dem Lande ist mit Gefindeordnungen, polizeilichem Rückkehrzwang und Aehnlichem auf das brutale Unternehmer-Interesse des Großbauern und Großgrundbesitzers zugeschnitten, während der Kleinbauer nicht das geringste Interesse an die Erhaltung dieser Feudalreste hat; tagelöhnert er doch stillos und in nicht geringem Umfange selber. Der Bodenkredit ist so organisiert, daß der große Besitz noch geborgt erhält, und wenn er in Schulden bis über die Ohren sitzt, während sich der Bauer die Füße wund laufen kann, wenn er einmal ein paar Pfennige braucht. Die landwirthschaftliche Versicherung kommt selbst dort, wo sie bereits staatlich ist, dem Großen entgegen, den kleinen Grundbesitzer „überläßt sie seiner Pein“. Die Feld- und Thierpolizei wird von Organen ausgeübt, die den reichen Herren Gemeinderäthen nahestehen und ihnen durch die Finger sehen, beim Kleinen aber unnachsichtlich einschreiten. Also wie in der Zollpolitik des Reiches, so in der Gemeindepolitik des flachen Landes. Und die Unsumme von Verbitterung, die sich aus diesen Verhältnissen bei den Bauern ergibt, sollten wir nicht ausnützen für das Hineintragen sozialistischer Gedanken, womit wir gleichzeitig große Kulturzwecke fördern können?

Auf diese Frage giebt es nur ein Ja. Wenn wir dabei manches unterstützen, was der jetzige Staat theilweise auch unterstützt, so thun wir dasselbe auf gewerblichem Gebiete ja auch alle Tage. Es kommt nur auf die Absicht und auf das klare Endziel an, das wir im Auge behalten müssen. Die Sozialdemokratie vertritt hierbei diejenige Kulturpolitik, die für das Wohl aller eintritt. Nicht des Bauernsanges wegen haben wir die Unterdrückten auf dem Lande zu unterstützen, aber wir können nicht ruhig zusehen, wie sie in jeder Hinsicht vergeblich werden. Wir werden dabei nicht so utopistisch sein, den Fortschritt des Großkapitals auf dem Lande künstlich aufhalten zu wollen; aber wir brauchen durch unsere Unthätigkeit auch nicht mithelfen, daß sich das ländliche Großkapital eine Unsumme von Extravorthellen verschafft. In seinem letzten Aussatz über die Agrarfrage stellt unser größter Lakstiker Engels die Frage: „Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft; wie stellen wir uns schon heute zu ihr?“ Und in seiner Antwort steht Engels unzweifelhaft auf Seiten der Gedanken, aus welchen unser Agrarprogramm-Entwurf entsprungen ist.

Die Agrarkommission ist gern bereit, der berechtigten Kritik der Parteigenossen Rechnung tragen. Als berechtigt haben wir vor Allem die Einwände gegen die Verbindung unserer neuen Vorschläge mit dem Erfurter Programm anerkannt. Wir haben deshalb alles, was sich nicht zwanglos zu den schon bestehenden Punkten des Erfurter Programms hinzufügen läßt, herausgenommen und der Kritik folgend abgeändert. Beim Arbeiterschutz haben wir sehr gern

auch einige Vorschläge der Parteikritik beachtet. Vom Landarbeiterschutze spreche ich deshalb so wenig, weil nicht der geringste Streit ist, daß der Landproletarier mindestens ebenso eifrig und kräftig von uns zu schützen ist gegen seine Ausbeuter, als der städtische Proletarier. Die Zusammenstellung der Agitationsforderungen für sie war der weniger schwierige Theil der Arbeit. Viel schwieriger war die Festlegung von allgemeinen Landforderungen im Interesse der Landeskultur. Die Verbindung mit dem Erfurter Programm nahmen wir zuerst vor, um den Genossen zu zeigen, daß wir hohen Werth auf die Mitbenutzung des Erfurter Programms bei der Landagitation legen.

Hätten wir unsere Vorschläge als gesondertes Landprogramm vorgelegt, als Grundsätze für unsere Thätigkeit auf dem Lande, so wäre ein guter Theil der grundsätzlichen Einwendungen nicht gemacht worden, die in den Debatten auftauchten. Formuliert werden müssen solche Forderungen für die praktische Thätigkeit unserer Partei auf dem Lande, wenn wir nicht die nationale und internationale Einheit der Bewegung gefährden wollen. Redner verweist auf das französische Agrarprogramm, auf das belgische, italienische, dänische. Hätten die Gegner unserer Anträge Recht, dann gäbe es beinahe in der ganzen internationalen Sozialdemokratie keine Prinzipientreue mehr, ausgenommen natürlich unsere deutschen Agrarmanchestergenossen. Mit dem Radikalismus allein in Worten ist nichts gethan. Noch mehr: in zahlreichen Flugblättern, die deutsche Genossen seit Jahren in ländlichen Bezirken für Wahlen verbreitet haben, werden ähnliche Forderungen wie jetzt von uns aufgestellt. Redner erinnert an eine heftige Parteibroschüre, an die badischen, bayerischen, württembergischen Landtagsprogramme der Sozialdemokratie. Auch zahlreiche norddeutsche und preussische Genossen sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen. Aus dem sächsischen Landtage hoffe ich in der Debatte einige recht artige Proben sozialistischer Agrarpolitik vorzulegen. Die Nothwendigkeit, positive Agrarpolitik zu treiben, hat sich eben längst praktisch durchgebohrt. Das ist aber wieder ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Richtschnur brauchen. Unser Thun und Lassen soll ein bewußtes sein. Wir müssen unsere Genossen in den Landtagen und Gemeindevertretungen gewisse Anhaltspunkte für ihre agrarpolitische Thätigkeit bieten. Die Einheitlichkeit unserer Partei verlangt gebieterisch die Festlegung agrarpolitischer Grundlinien. Gerade wir wollen „Stegmüllereien“ in den kleineren Vertretungskörpern vermieden wissen; die Gegner eines einheitlichen Agrarprogramms aber öffnen ihnen Thür und Thor. Der Agrarkommission liegt nichts ferner als Rechthaberei oder Enttäuschtheit über die Aufnahme ihrer Vorschläge. Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig: ein Landprogramm, das gegen den Willen auch nur einer erheblichen Minderheit der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Werth für unsere Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, stößt diejenigen, welche lernen wollen, von sich ab und gefährdet die Einheit. Wir sind überzeugt, so gut wie wir bisher gekommen sind, um zu lernen, werden auch Sie sich unseren Gründen, wo sie sich als gut erweisen, nicht verschließen. Möge sich die Urkraft der Mutter Erde auch an unserer Partei bewähren, wie an jenem sagenhaften Riesen, der so oft neue Kraft gewann, als er den Boden berührte. Das ist unser aller Wunsch. Durch unsere Arbeiten in der Agrarfrage und für die Landagitation soll unsere Partei nicht matter und unentschiedener, sondern immer mehr kampffähig und revolutionär im besten Sinne des Wortes gemacht werden! (Beifall.)

Singer: Soeben ist folgender Antrag (121) eingegangen, den ich hiermit zur Debatte stelle:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht und trägt

dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Jahatismus; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirthschaft ihre eigenthümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Selbstaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

R. Rautsky. C. Zetkin. Arons. Fischer-Dresden. Wehker-Dresden. Schippel. Fischer-Berlin. Pfannkuch. Eichhorn-Dresden. Kölle-Hamburg. Ludwig Kimmel-Hamburg 3. Gerlach-Wanzleben. Simon Deppe. Michels. Hans Bloch-Dortmund. Otto Hue. Rieger. Reil. Singer. J. Auer. A. Gerisch. Haug. May König. Carl Kloss. Stadthagen.

Es folgt die Wahl der Reuenerkommission. 210 Stimmzettel sind abgegeben worden, davon sind 2 ungültig, 13 zerplittert. Gewählt sind: Kloss, Herbert, Dahlen, Buchwald, Fülle, Förster, Antrick, Roenen, Rauch. Die Reuenerkommission konstituiert sich.

Als Korreferent zum Agrarprogramm erhält das Wort

Schippel: Auf einen Theil der persönlichen Vorwürfe Duard's komme ich später zurück. Was dann die Behauptung des Referenten anbelangt: die Bedeutung der Agrarkommissionsthätigkeit könne man am besten daraus ersehen, daß die Gegner alle Schritte der Kommission aufmerksam verfolgt hätten, so führte Duard nur einen Beleg dafür an, den deutschen Landwirtschaftsrath, in dem die Sache allerdings erwähnt worden ist, aber vor der Veröffentlichung des Programms. Nach der letzteren dürften die Gegner eher aufgetaucht haben, denn in dem ganzen sozialdemokratischen Entwurf findet sich kaum eine Forderung, die nicht übernommen ist aus bauernbündlerischen, junkerlich-agrarischen und antisemitischen Programmen, zum Theil schlechtesten Art. Hier ist das sozialistische geistige Eigenthum Diebstahl.

Dann ist im Referat die Befürchtung von neuem ausgesprochen worden, wir, die Gegner des Entwurfs, unterschätzten die Bedeutung der Agrarfrage. Wie wunderbar jedoch, daß meist gerade unsere besten Landagitatoren, die ganze Distrikte und Provinzen unserer Partei neuerschlossen haben, am wenigsten von dem neuen Programm wissen wollen — daß Theoretiker wie Rautsky, die am frühesten die Bauernbewegung studirten, Gegner der Vorschläge sind. Auch ich selber bin der Frage nicht erst seit dem vorigen Parteitag näher getreten; als Schüler von Rodbertus war ich Agrarier, ehe ich Sozialdemokrat wurde.

Der Referent wünschte auch, man solle mit der Kommission ein menschliches Mithröen fühlen und sie nicht in Grund und Boden hinein verurtheilen. Ich habe

in der Parteikritik nicht die Härte herausfühlen können, über die man sich beklagt. Aber allerdings, einem Gefühl will ich Ausdruck geben: dem des Bedauerns, daß eine Reihe der bewährtesten alten Parteigenossen sich so leicht beeinflussen ließen und staatssozialistischen und agrarischen Vordrängen folgten, weil sie der Sachkunde und Erfahrung der jüngeren Genossen vertrauten, die hier die Führung übernahmen.

Ich sagte, fast alle Forderungen sind gegnerischen Programmen entnommen. Doch selbst die Gegner haben bei einzelnen schon einsehen müssen, daß sie zu weit gehen, zu weit gehen selbst vom einseitigen Interessenstandpunkt der Bauern aus. Nehmen wir die „unbeschränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte“. Jedermann wird zweifellos dem Gebirgsbauer, der kein Getreide bauen kann und doch Streu braucht, die Streu aus dem Walde gönnen. Doch auf der anderen Seite steht das Interesse des Waldbesitzers, des Staates, daß die Ausnutzung des Rechtes nicht bis zur offenbaren Schädigung des Baumwuchses führe. Wo Bauholzrechte schwerer ins Gewicht fallen, ist die Forstwirtschaft im Uebergang zu vielleicht rentablerem Anbau, etwa von Kiefern, gebunden. Das Hartzscharrecht war lange der Ruin der werthvolleren Hölzer. Ueberall haben wir also einen Konflikt der Interessen von Wald- und Landwirtschaft, in dem wir uns unmöglich einfach immer auf Seite des Bauern stellen können. Oft hat der Bauer, der Wäldler auch selber ein Interesse an der Ablösung des Rechtes. Wie mancher ist froh, sein Hartzscharrecht zur rechten Zeit abgelöst erhalten zu haben, da heute Pech und Terpentin vom Auslande hereinkommen. Die Weide würde ihm wenig nützen, seitdem Klee- und Kartoffelbau und Stallfütterung vielleicht seine ganze Viehzucht auf andere Grundlage gestellt haben. Ähnlich mit der Waldmast. Für das Recht auf Bauholz — „zur Erhaltung der bestehenden Baulichkeiten“, wie es in Bayern heißt — nimmt er in hunderten von Fällen lieber baar Geld, den einmaligen Kapitalwerth seines dauernden Rechtes, um massive Ställe, steinerne Böden, feuerfichere Dächer anzulegen. In der bayerischen Kammer hoben der Finanzminister Riedel und der Regierungskommissar Dr. Ganghofer hervor, daß die „Aufrechterhaltung“ der Waldrechte oft wider das Interesse der Berechtigten selber und daß die Ablösung vielen eine wahre Rettung gewesen sei — so überzeugend, daß selbst der Genosse Wolmar damals (1893) erklärte: „Ich muß gestehen, daß ich den Antrag (Dr. Jäger, die Holz-, Streu- und Weiderechte betreffend) so verstanden hatte, wie ihn der Herr Referent und der Herr Minister verstanden haben. Man mußte meinen, es wäre ein Verbot künftiger Ablösung beabsichtigt. . . . Nun erklären aber die Herren selbst, kein solches Verbot zu wollen. Und auch ich stehe auf diesem Standpunkt. (Rufe: hört! hört!) Für ein solches Verbot ist kein öffentliches Interesse vorhanden. . . . Außerdem bemerke ich, daß die Ablösung der Waldrechte zu einem Theil auch sehr nützlich ist. Ich kenne ja vollkommen die Stimmung der Landwirtschaft, obwohl ihr Interesse an der Waldstreu großentheils ein mehr eingebildestes ist, da deren wirklicher Werth für die Landwirtschaft nicht so groß ist. Allein nicht minder berechtigt als das Interesse der Landwirtschaft ist auch das des Waldes, der Forstwirtschaft, und dieses Interesse ist sogar ein ganz allgemeines, das ganze Land betreffendes. Nach dem heutigen Stande der Forstwissenschaft muß angenommen werden, daß eine Einschränkung der Streu- und Weiderechte dem Walde förderlich ist, und es ist darum nicht einzusehen, weshalb der Staat an der Erreichung dieses Zieles durch legitimen Ankauf von Rechten gehindert werden sollte.“ Das ist eine durchaus korrekte Auffassung, die uns verbieten muß, eine Forderung aufzustellen, die selbst die verbissensten bayrischen Bauernbündler damals preisgaben.

Vielleicht, z. B. bei vielen Gemeinweiden verbietet sich die ungemessene Fortdauer der Rechte schon durch die Bevölkerungsentwicklung, die den Vieh-

stand in ein immer größeres Mißverhältniß bringt zu der gleichbleibenden vielleicht sogar zurückgehenden Weide. Ferner wird mit der fortschreitenden Differenzierung des Besitzes das Weiderecht mehr und mehr zu einem Zankapfel; der große Viehbesitzer nutzt die Weide maßlos, der kleine Mann hat nichts mehr auszutreiben; im Innern der Gemeinde selber entstehen die Konflikte, welche die alte Ordnung auseinanderreiben. Und da sollen wir eintreten für „unbeschränkte Aufrechterhaltung“ der alten Rechte, die längst schon vielfach zu Vorrechten Einzelner, gerade der Reicheren entartet sind? Wir fordern hier in unzähligen Fällen geradezu die Aufrechterhaltung von Privilegien. (Sehr richtig!) Redner bespricht dann nach den badischen Enqueten den Ruin der Schwarzwaldweiden durch den unbegrenzten Viehauftrieb, nachdem die Bevölkerung durch die Hausindustrie rasch angewachsen war. Ähnliche Erfahrungen liegen vielfach aus der Schweiz vor, in der gerade die Gemeindealpen die vernachlässigtesten sind. Wenn man unter solchen Umständen nothgedungen die Gemeinweiden „stutzt“, das heißt die Zahl des auszutreibenden Viehes einschränkt und kontingentirt, da sollten wir „unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Weiderechte“ verlangen können?

Kommen wir zu einem anderen Punkt: Erhaltung und Vermehrung der Almenden. Man hat in unseren Kreisen zuweilen eine vage gefühlsmäßige Neigung für alles, was Gemeindegut heißt, weil es an sich wie ein Stück Sozialismus scheint. Ich brauche hier eine solche Anschauung nicht zu widerlegen. Man kann gerade als Sozialist für Auflösung der Reste des alten Agrarkommunismus sein, wie gerade die gebildeten russischen Gefinnungsgenossen heute für die Auflösung des Mirverbandes eintreten; erst nachdem das Gemeinland durch die kapitalistische Bewirtschaftung hindurchgetrieben ist, hoffen sie, die Betriebsorganisationen und die Menschen zu finden, an welche ein moderner Sozialismus anknüpfen kann. Ob bei uns der Landarbeiter oder der kleine Mann ein Stück Land von der Gemeinde oder vom Privatbesitzer pachtet, ist für uns und die sozialistische Entwicklung absolut gleichgültig. Wie steht es nun mit der Almendennutzung, die entweder unentgeltlich ist oder doch sehr niedrig bezahlt wird? Meist ist der Antheil der Einzelnen ganz minimal. In der Schweiz reicht er im Durchschnitte etwa zur Gewinnung des Kartoffel- und Gemüsebedarfes. In Baden kam 1854 auf den Kopf an Acker und Wiese durchschnittlich 1,1 Morgen. In Württemberg hatten von 1629 Gemeinden mit Nichtwald-Almenden 567 einen Besitz von 1–10 Morgen, 315 einen solchen von 11–30 Morgen. Welchen Einfluß sollen solche Ziliputanerbesitze auf die soziale Lage der Bewohner haben? Wo aber die Almendnungen mehr ins Gewicht fallen, da begünstigen sie gerade die Schollentleberei, sodaß Wörtschöffer es für einzelne Gemeinden als Segen bezeichnet, daß wegen der steigenden Bevölkerung der Zeitpunkt des Eintritts des Almendgenusses immer weiter hinausgeschoben wird, weil „sonst der Hang, an Orte zu bleiben, unter den jungen Leuten noch mehr zunehmen würde“. Der Gemeindegutschuß zum Lebensunterhalt des Arbeiters führt natürlich, etwa wie früher das Kirchspielalmoosen in England, zur Herabsetzung des Geldlohnes, das heißt zur Subventionierung des Besitzes. Bücher, ein Freund des Almendwesens, stellt die Almenden als Stütze des Fabriksystems im Kanton Glarus, der Hausindustrie in St. Gallen und Aargau hin; das Kapital erhalte so einen Stamm sesshafter Arbeiter, die Konkurrenz fremder Arbeiter werde unmöglich. Ja, unmöglich doch nur, weil der Fremde den Almendzuschuß seitens der Gemeinde nicht erhält und daher höheren Lohn vom Unternehmer verlangen muß. Gerade in gegnerischen Kreisen wächst darum neuerdings das Verlangen nach Almenden, z. B. auch in Ostelbien, weil es hier dem Großgrundbesitz selbstverständlich bequemer ist, von Gemeindegut dem Arbeiter Land zuzuwenden, wie es ihm selber zu geben. „Nachst der Aufzähligmachung von Landarbeitern — meint v. d. Goltz — giebt es kein

wirksameres Mittel, diese von der Fortwanderung abzuhalten, als das Vorhandensein von Almosen. Indirekt haben namentlich die Großgrundbesitzer davon einen Vorteil, weil ihnen eine größere Zahl sesshafter Arbeiter zur Verfügung gestellt wird, die einen Theil ihres Unterhaltsbedarfs aus den Almosen ziehen, also nicht das ganze Jahr hindurch mit Lohnarbeit beschäftigt zu werden brauchen.“ Sollen wir als Arbeiterpartei auch noch dafür eintreten? Wir können das nicht, darum können wir nicht in so allgemeiner Weise, wie es durch eine Programmforderung geschieht, die Erhaltung und Vermehrung der Almosen als Ziel hinstellen. Die Forderung ist mehr und mehr eine solche der agrarischen und industriellen Interessenten geworden.

Ich komme nun zur Verstaatlichung der Grundschulden. Wer die agrarische Literatur und die agrarischen Programme seit 20 Jahren kennt, wird wissen, daß diese Forderung hier beständig wiederkehrt. Sie ist noch viel älter. Immer, wenn man die Bauern mobil machen wollte, kam man auf diese Gedanken zurück; so die bürgerliche Revolution im Süden und Westen in den vierziger Jahren. Der Beginn der großen mitteleuropäischen Agrarkrise erhob die Forderung zu einer immer allgemeineren. Die Billigkeit des amerikanischen Getreides führte man auf die Billigkeit und Nichtbelastung des amerikanischen Farmlandes zurück; man wollte den europäischen Grund und Boden entlasten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wörtlich wie bei uns steht das Verlangen im Programm der Deutsch-Sozialen. Herr v. Kardorff ging eben in Vels-Wartenberg damit hausiren, fügte aber nicht nur die Herabsetzung des Zinsfußes hinzu, sondern auch noch zinsfreie Vorschüsse bei unverschuldeten Gelegenheiten. (Heiterkeit.) Alle Agrarier sind heute einig in dieser Forderung, und da wäre es ein Wunder, wenn nicht auch in unserer Partei einzelne darauf verfallen wären (Heiterkeit). Doch unsere Gegner sind hier radikaler und weitstichtiger wie wir. Mit der bloßen augenblicklichen Zinserleichterung ist die Schuldenlast dauernd noch nicht gehoben; beim nächsten Kaufsfall, beim nächsten Erbgang ist selbst eine etwaige Schuldenermäßigung oder Schuldenfreiheit wieder verloren. (Sehr richtig.) Die Gegner drängen daher zu weiteren Maßnahmen, zur Kürzung der Erbportionen der Miterben durch das Anerknenrecht, zur Schaffung einer Verschuldungsgrenze, zur Schleifung der Hypothekenbücher. Die bloße Kreditreform geißeln sie mit Recht bereits als ganz unzulänglich; wir, die Zielbewußten dagegen sollen uns und die Bauern in unhaltbaren Illusionen wiegen. Wir bleiben auf halbem Wege stehen und müssen dann die viel weiter blickende Kritik der Gegner fürchten. Freilich, die Verstaatlichung der Schulden würden sie sich sehr gern gefallen lassen. Können sie auch die niedrigeren Zinsen nicht mehr aufbringen, so wird heute der Staat ihnen zweifellos nochmals helfen und aus den Taschen der Arbeiter zulegen, was er an Zinsen seitens der Bauern nicht fordert und einbüßt. (Sehr richtig.) Wenn wir durch unser Eintreten für die Verstaatlichung die Forderung vielleicht rascher zur Annahme gebracht haben, so haben nicht wir, sondern die Gegner die Ausführung der Maßnahme in der Hand. Und die Gegner sagen doch heute schon gerade heraus, daß sie für sich Zinsermäßigung auf Kosten Anderer, der Steuerzahler, der Arbeiter, verlangen. Ahlwardt will Geld zu zwei Prozent, Rasinger spricht von Bodenscheinen mit Zwangskurs; die Verzinsung mit $2\frac{1}{2}$ —3 pCt. soll nur eine nominelle sein, sie dient lediglich der raschen Amortisation; der „Reinertrag“ der Landwirtschaft habe die Verzinsung der Darlehen zu bestimmen und der gestatte keine höhere Vergütung. Was wird, wenn es durch unsere Unterstützung mit der Forderung der Grundschulden-Verstaatlichung rascher wie sonst Ernst werden sollte, im realen politischen Leben schwerer wiegen, unser papierner Programmprotest gegen zu niedrige Zinsen oder das Drängen der Bauern und Junker nach Subventionierung aus den Taschen der Arbeiter? Die Antwort kann nicht

zweifelhaft sein und darum verbietet sich für uns die Aufstellung des bezeichneten Programmpunktes ganz von selber.

Ich verweile nun ein paar Augenblicke bei den Besonderheiten des süddeutschen Entwurfs. Ich habe seinerzeit die Veröffentlichung desselben gewünscht, nicht um die theilhaftigen süddeutschen Genossen zu kränken, sondern weil sich hier am deutlichsten zeigt, „wie angenehm es sich abwärts rutscht“ und in welcher gemischten Gesellschaft man schließlich ankommt. Als ich den süddeutschen Entwurf zuerst kennen lernte, ging es mir so durch den Sinn: wo hast du denn das alles schon einmal gelesen? Ist das nicht dieselbe Organisation und dieselbe Art der agrarischen Hilfe, wie sie vor ein paar Jahren in einem großen Reiche seitens eines regierenden Ministeriums selbst zum Vorschlag kamen? In der That, nimmt man den österreichischen Gesetzentwurf von 1893 über die bäuerlichen Berufsgenossenschaften und die Rentengüter zur Hand, so ergeben sich ganz merkwürdige Uebereinstimmungen. Der Urheber des Plans ist bekanntlich der ergreaktionäre Graf v. Falkenhayn (Heiterkeit), kein Arbeiterfreund: als Bergbauminister trägt er ein gut Theil der Verantwortung für die Niederhaltung unserer Brüder in den österreichischen Bergbaubezirken und an seinen Fingern klebt das Blut der Erschossenen aus den letzten Jahren. Der Falkenhayn'sche Entwurf, dieser Abschau aller agrarischen Gelüste, will Genossenschaften der Bauern. Kommt ein Gut zur Zwangsversteigerung, so soll die Genossenschaft es aufkaufen, und zwar bis zum Taxwerth. Das Verfahren kann durch den Schuldner selber beantragt werden. Die Genossenschaft ist in beiden Fällen verpflichtet, die Liegenschaft dem früheren Eigentümer auf sein Verlangen als Lehngut — um Verzeihung: als Rentengut zu übergeben. Sie hat den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere auch für den Heeresbedarf, zu vermitteln. Sie hat Kredit zu geben auf Grund der erfolgten Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte. Sehen Sie statt Genossenschaft Gemeinde, statt Rentengut Lehngut, statt Armee öffentliche Anstalten — so finden Sie das ganze System Falkenhayn übernommen in den süddeutschen Entwurf. Wie gut, daß Graf Falkenhayn kein deutscher Minister ist, sonst hätte am Ende unsere Partei mit dreimaligem Hurrah in die Reihe seiner Anhänger einzuweisen müssen. (Heiterkeit.) Der süddeutsche Entwurf geht in einzelnen Stücken sogar noch weiter wie der Falkenhayn'sche Plan. So in der Zulassung des Naturalzinses; in Oesterreich soll der Finanzminister so klug gewesen sein, dagegen zu protestiren. (Heiterkeit.) Aber für diese Naturalabgaben schwärmen unsere Agrarier schon lange — Redner zitiert Aeußerungen von Dr. Jäger und Below-Saleske — und selbst die planmäßige Organisation der „Volksernährung“ findet sich wieder in dem Gutachten Dr. Jäger's an die bayerische Kammer („Die Versorgung der Nation mit Brodfrucht muß organisiert werden“). Die Gegner wissen hier ganz genau, was sie wollen, wir, die wir von außen, ohne engeres Verwachsen sein mit den Interessen des Landbesitzes, an diese Dinge herantreten, werden hier immer die Düpirten sein. Wenn nun die Leute, die hier an der Partei herumdoktern wollen (Heiterkeit), so wenig Ueberlegung und Gewissenhaftigkeit haben, daß sie so tief einschneidende Forderungen der Gegner ohne näheres Befehen sich aneignen — vielleicht sogar nicht einmal wissen, wessen Geschäfte sie in ihrer geringen Vertrautheit mit der Sache besorgen — dann glaube ich, ist es doch am Platze, der Rache die Schelle anzuhängen, um zu zeigen, wohin wir treiben. (Sehr richtig.)

Zum Schlusse ein paar Worte über die unglückselige politische Stellung, in die wir uns bringen würden, wenn wir den Entwurf annehmen. Wir verlausuliren allerdings im Programmentwurf, um die Arbeiter nicht zu schädigen, unsere Zugeständnisse an die Bauern. Aber draußen in der Agitation würden unsere Genossen die Wenn und Aber bald in der Tasche behalten müssen, weil andere konkurrierende Parteien die Forderungen ohne Einschränkung vertreten können und immer mehr vertreten: wir fördern dann durch unsere Agitation die

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Partei Vorstand

Erfüllung der Pläne unserer Gegner; ihre Ausführung jedoch wird dann nicht in unserem, sondern im arbeiterfeindlichen Sinne der Gegner erfolgen. Oder wir betonen ehrlich und offen von Anfang an unsere Wenn und Aber: dann haben die Forderungen keinerlei Bedeutung für die Gewinnung der Landbevölkerung, denn dann bleiben wir im Wettlauf mit den gegnerischen Parteien hilflos und athemlos zurück. Und in welche zweifelhafte Bundesbrüderschaft würden wir mit einer derartigen Agitation gerathen? Freilich, wenn wir die Grenzen unserer Parteithätigkeiten weit und unklar genug abstecken, so hätte vielleicht ein großer Theil derjenigen Leute bei uns Unterschlupf finden können, die heute, als Gefolgschaft oder als Führer, Antisemiten und Bauernbündler sind. Vielleicht wären dann eine Reihe ihrer Führer in ihrem Sinne bei uns thätig und heute unter uns. Wären wir dadurch als Arbeiterpartei stärker oder schwächer? Seien wir doch froh, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen und unsere Wege nicht kreuzen. Wir hoffen, ihre Erben zu sein, wenn sie die kleinbesitzende Landbevölkerung erst in Gährung gebracht haben, aber wir wollen sie heute nicht unter uns haben. Gerade die jüngeren Genossen, die in kleinbäuerlichen Bezirken wirken und den Anschluß der Kleinbesitzenden an unsere Bewegung nicht erwarten können, möchte ich warnen, den Teufel der antisemitisch-agrarischen Bewegung mit dem Beelzebub eigener agrarischer Forderungen austreiben zu wollen. Wir wollen keine politische Charlatanerie, wir wollen nicht mit ausgeheckten Wundermitteln die erkrankte Menschheit von allen Gebrechen kurieren. Und gerade weil die Ärmsten und Gedrücktesten der Menschen am stärksten das Bedürfnis haben, an rasche Erlösung zu glauben und auf jede Rettungsbotschaft zu hören, darum sollten wir ihnen gegenüber doppelt vorsichtig sein, leere Hoffnungen zu säen und später um so bitterere Enttäuschungen zu ernten. Das Agrarprogramm, das mit einer plötzlichen Wendung den Anschluß an die Bewegung unter den Bauern herzustellen sucht, ist ein Stück dieser politischen Charlatanerie, welche die stetige Entwicklung durch zweifelhafte und ungewisse Projektentwürfe ersetzen will. Wollen die jüngeren Genossen, welche auf diesen Weg führten, auch nach der einstimmig ablehnenden Kritik in der Partei von ihrer falschen Richtung nicht ablassen, so werden die Arbeiter sich auf sich selbst besinnen und ihnen die Wege weisen müssen. (Beifall.)

Deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie den Entwurf ab. Wir sind eine Partei der besitzlosen Arbeiter. Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besizer keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats ist. Wir wollen auch das Land erobern, aber wir wollen das Pferd nicht beim Schwanz auszureißen. Lehnen Sie das Programm ab und ersparen Sie uns damit die Beschämung, daß wir unseren Einzug auf dem Lande halten wie der Bürger'sche Abt: „verkehrt, statt des Zaumes den Schwanz in der Hand“. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Braun-Königsberg (Pr.) stellt folgenden Antrag (122):

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Der Entwurf der Agrarkommission ist in allen seinen Punkten zu verwerfen; 2. Sodann ist eine Kommission zu wählen, in der möglichst alle Provinzen vertreten sind, insbesondere die östlichen; die Kommission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder in allen Landesheilen Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen, das gewonnene Material zu sichten und zu veröffentlichen, um für die Genossen eine Richtschnur der Landagitiation zu schaffen.

Singer schlägt vor, die Anträge 92, 18—32, 103, 110 und 122 zusammen zu behandeln.

Ferner theilt Singer mit, daß noch verschiedene Begrüßungsschreiben eingetroffen sind.

Schluß 6 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 9. Oktober 1895.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

(Das Mitglied der Agrarkommission, Kagenstein, ist zur Theilnahme an den Verhandlungen erschienen.)

Singer verliest eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Generaldiskussion zu Punkt 4 und die Debatte über die Anträge der Agrarkommission und alle sonst zu dem Punkte gestellten Anträge wird eröffnet.

Erster Redner gegen den Entwurf ist

Müller-München: Wenn ich als einer der „reaktionären Süddeutschen“ das Wort gegen den Entwurf ergreife, so thue ich es, um den Standpunkt der beiden Münchener Wahlkreise und Passaus hier zu vertreten. Dieser Standpunkt ist im Antrag 31 niedergelegt. Die Frankfurter Resolution verlangt von der Agrarkommission eingehende Kenntniß der agrarischen Zustände. Diese eingehende Kenntniß scheint mir nicht vorhanden zu sein. Die Agrarkommission mit ihren geheimen Tagungen, mit ihrer Handbibliothek hat eine Klärung der schwebenden Fragen nicht gebracht. Nur der süddeutsche Ausschuß hat etwas mehr als die andern Ausschüsse gethan, eine Enquete veranstaltet. Ihr Resultat lag aber erst vor, als die Ansichten der Ausschüsse schon programmatisch festlagen. Der umgekehrte Weg wäre der richtige gewesen. Als ich den Fragebogen der Kommission in die Hand bekam, da war mein Glaube an die agrarpolitische Kenntniß der Kommission geschwunden. Aber selbst wenn der Fragebogen gut gewesen wäre, so hätte es sich doch gefragt, ob eine solche Privat-enquete von Nutzen sei. Der vorgelegte Entwurf ist im Wesentlichen dem alten gleich; auch er bietet zahlreiche Angriffspunkte. Bei der ersten Forderung hat man z. B. garnicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland Rücksicht genommen. Man hat z. B. nicht an die Bodenzinse gedacht, welche den landwirtschaftlichen Besitz in Bayern mit ca. 20 Millionen belasten. Redner giebt eine kurze Skizze der Herkunft dieser noch aus dem früheren Feudalverhältnis stammenden und durch die sogenannte Bauernbefreiung entstandenen Lasten. Eine Verstaatlichung der Hypotheken würde in der heutigen Gesellschaft nicht für den kleinen Bauer, sondern für den Mittel- und Großbauer von Vortheil sein. Die Monopolisirung des Grundes und Bodens wird dadurch steigen; damit ist aber dem Kleinbauer nicht geholfen, denn ihm fehlt in erster Linie Land. Die Erleichterung durch Herabsetzung der Schuldzinsen für sein geringes Eigenthum, für seine paar Lappen Land wird ihn nicht merklich fördern können. Geht man aber von der Ansicht der Rentabilität eines in abstracto konstruirten bäuerlichen Kleinbetriebs aus, dann muß man sich beeilen, die von David vorgeschlagene Thiererei zu treiben und Viehpavillons einzurichten.

Mit dem Stolz und der besseren Lage der süddeutschen Kleinbauern ist es nicht so, wie Quarc meinte; auch dort sind die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht, und Fleisch kommt dort nur alle Jahre einmal auf den Tisch. Nicht einmal propagandistische Wirkung werden die Programmpunkte haben: er versteht sie garnicht. Freilich kann und muß etwas für den Kleinbauern geschehen. Und vor Allem deshalb, weil die Heimath für den verelendeten Kleinbauern in Süddeutschland, am Rhein, in Elßaß-Lothringen, der Eifel zumeist auch die Domäne der reaktionärsten aller bürgerlichen Parteien, des Zentrums, ist. Die dießbezügliche Agitation und die entsprechenden Maßnahmen können aber nur dann wirklich nützlich sein, wenn sie auf eingehender Detailkenntniß der Verhältnisse begründet sind.

Was Genosse Schippel über das Waldbrecht ausgeführt hat, ist unrichtig, das Waldstreusammeln z. B. schadet den Bäumen nicht, sondern nützt dem Walde. Das fuhhohe Lagern der Streu in den Forsten hat den bayerischen

Wäldern die Nonnenkrankheit gebracht und durch sie Schaden im Betrage von vielen Millionen Mark. Mit der Verweigerung der Waldstreu sind z. B. die Bauern in der Oberpfalz u. dem Hungertode preisgegeben. Die bayerische Regierung ist infolge der Landtagsverhandlungen anlässlich der Interpellation bezüglich der Fuchsmühler Vorgänge auch bezüglich der Zwangsablösung dieser Waldbrechte zu anderen Ansichten gelangt und eine Abänderung dieses Artikels des Forstgesetzes, dahingehend, daß eine Zwangsablösung nicht gestattet wird, dürfte eine Frage kurzer Zeit sein. Die Zwangsablösung kann auch insofern nicht erwünscht sein, als unser Forstgesetz aus der Zeit der Reaktion, aus dem Jahre 1850 stammt und das Ergebnis eines Kompromisses der Abgeordnetenkammer mit der feudalen Reichsrathskammer ist. Daher mußten ja auch unsere Genossen im bayerischen Landtage für die Aufrechterhaltung der bestehenden Waldbrechte im Interesse der schon proletarisirten Kleinbauern eintreten.

Das in dem Programmwurf fixirte treibt uns in staatssozialistische Bahnen und ist kaum durchführbar. Einen wirklichen Gemeindef Sozialismus halte ich heutzutage für nutzlos und für unmöglich. Redner exemplifizirt hier auf die Artelle in Südrussland. Ich resumire mich also dahin: In der Ansicht, daß die Kenntniß der ländlichen Verhältnisse noch nicht diejenige ist, die uns dazu befähigt, ein vom sozialdemokratischen Standpunkt aus richtiges und detaillirtes Programm zur Gewinnung der Kleinbauern und der ländlichen Proletarier aufzustellen, bitte ich Sie, Entwurf III. abzulehnen und nur den Schluß-Antrag der Agrarkommission anzunehmen. Den Antrag 21 ziehe ich zurück.

Bebel: Die Ausführungen des Vorredners haben mich angenehm berührt. Er sprach nicht davon, daß die Genossen, die Ihnen die neuen Vorschläge machten, Quacksalber, Charlatane seien, Leute mit einem Mangel an Gewissen, wie wir das gestern von Schippel hören mußten. Genosse Müller ging von der Anschauung aus, daß die Kommissionsmitglieder von der ehrlichen Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie nach bestem Wissen gearbeitet haben. In der Kommission saßen Genossen, die sich bereits die Rittersporen für die Thätigkeit in der Partei verdient haben, als Schippel als Student noch tief im Robbertianismus steckte. (Sehr richtig.) Wenn solche unqualifizierbaren Angriffe auf Genossen vorkommen können, wie sie gestern Schippel machte, dann hört nicht allein jede Diskussion mit solchen Genossen, sondern auch jedes Zusammengehen auf. (Sehr richtig!) Stehen die Dinge so, daß wir Charlatane in der Partei haben, Leute, die wider besseres Wissen handeln, Schwindler sind, dann haben Sie sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen, ob sie noch fähig sind, auch nur einen Tag noch in der Partei zu sein. (Zustimmung.) Ich verwahre uns dagegen, daß auch nur einer unter uns bei unserer Arbeit gewesen ist, der die Beschimpfung, ein Charlatan zu sein, verdient. Wenn aber Einer Ursache hatte, sich zu hüten vor Vorwürfen, wie sie Schippel machte, dann war es gerade er. (Sehr wahr!) Das werde ich Ihnen beweisen, sowohl aus Schippel's Haltung in der Kommission, wie aus seiner Rede hier, auf die ich noch näher eingehen werde.

Ferner sagte der Vorredner, daß sowohl die Kommissionsmitglieder, als auch der gestern gehörte Schippel von der Agrarfrage nicht viel verstanden. Das zu hören hat mich amüßirt. Wer Schippel gestern hörte und seine Ausführungen im „Sozialdemokrat“ kennt, der mußte den Eindruck bekommen, daß Schippel in dieser Frage mit einer an Größenwahn grenzenden Annahme aufgetreten ist. (Oho, oho! Sehr richtig!) Er hat es deutlich genug gesagt, daß wir alle nur Dummköpfe seien. Er hat weiter davon gesprochen, daß es Wunderdoktoren unter uns giebt, die dem Kleinbauer mit Wundersalben helfen wollten, Genossen, die für jede Quacksalberei zu haben seien, Leute, die am Leibe der Partei herumzuckeln versuchen. Ist das wahr, dann hat Schippel dies alles mitgethan. (Sehr richtig.)

Genossen! Ich bin schon lange in der Partei, aber niemals ist eine wichtige Frage so ruhig und sachlich erörtert worden, wie diesmal die Agrarprogrammfrage. Das ist erst in der allerletzten Zeit anders geworden und wesentlich mit durch Schippel. Wenn aber Jemand allen Grund hatte, der Kommission mit Objektivität entgegenzutreten, dann war es gerade das Kommissionsmitglied Schippel, denn er hat als ihr Mitglied einen großen Theil von dem gutgeheißen, was im Entwurf steht, den er gestern so heftig bekämpfte. (Hört, hört!) Schippel hat als Kommissionsmitglied nicht entfernt das gesagt, was er gestern aussprach. Er ist ein Schüler von Robbertus; er hat als solcher besonders in der Agrarfrage seit vielen Jahren Studien gemacht. Man hätte also erwarten müssen, daß er nicht nur seine abweichenden Anschauungen aussprach und begründete, sondern auch namentlich in der Abstimmung zur Geltung brachte. Das ist gar nicht oder nur ausnahmsweise geschehen. (Hört, hört!)

Ich werde Ihnen das sofort nachweisen. Zuvor aber noch eine kurze allgemeine Bemerkung. Der unter III Ihnen vorliegende Entwurf ist nicht so gedacht, daß er dritter Absatz im Parteiprogramm werden soll, sondern er soll nur eine Art Resolution sein. Die Zerlegung in I, II, III soll Ihnen nur den Gang der Entwicklung darstellen, den die Beschlußfassung in der Kommission über den Entwurf genommen hat. Die Formulirung der Vorschläge unter III soll nichts weiter als die Grenzlinie anzeigen, auf der sich auch ernststen Falles die agitatorische und parlamentarische Thätigkeit der Genossen zu bewegen hat. Es ist eine richtige Lebensfrage für die Partei, daß sie sich in der gründlichsten Weise in der Agrarfrage ausspricht und zu den Vorschlägen Stellung nimmt. Die Fragen, die der Entwurf behandelt, sind heute mehr oder weniger Tagesfragen, sie bewegen einen sehr großen Theil der Bevölkerung Deutschlands. Als praktische Politiker im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als Agitatoren auf dem Lande und in der Presse sind wir gezwungen, zu diesen Fragen klare Stellung zu nehmen. Es darf nicht vorkommen, daß die Genossen da so, dort so darüber sprechen und handeln. Wir bekommen sonst schwere Differenzen in der Partei, und die Unklarheiten in derselben nehmen statt ab zu. Nehmen Sie den Antrag Kautsky an, so erklären Sie, daß alle diese Fragen für Sie nicht existiren, die Folgen dieser Stellungnahme werden Sie zu tragen haben. So leicht, wie viele unter uns sich die Sache machen möchten, ist sie denn doch nicht. (Sehr wahr!)

Ich werde Ihnen nun zunächst beweisen aus Schippel's praktischer Mitarbeit in der Kommission, daß er dort ganz anders sprach und handelte als gestern; er hat dort durchaus nicht auf seinem Ihnen gestern dargelegten Standpunkt gestanden. Schippel hat seit ca. 15 Jahren die Agrarfragen studirt, sollte er da erst in den letzten Tagen zu ganz anderen Anschauungen gekommen sein, als er sie in der Kommission vertrat?

Am Absatz 3 werde ich Ihnen zeigen, daß Schippel bei der Berathung, wo er zugegen war, laut Protokoll für eine ganze Reihe Punkte gestimmt hat. (Hört, hört!) Den Punkten 2, 3, 4, 5 des Entwurfs, gegen die er gestern so scharf sprach, hat er zugestimmt. (Hört, hört!) Bei der ersten Generaldebatte war er allerdings nicht dabei, aber bei dem größten Theil der Spezialdebatte, wo es zur Abstimmung kam. Auch ist es in der Kommission durchaus nicht so glatt gegangen, wie man nach seiner Darstellung im „Sozialdemokrat“ angenommen hat. Und wenn ein großer Theil der früheren, namentlich der süddeutschen Vorschläge, abgelehnt oder stets abgeändert wurden, dann war es nicht die Kritik Schippel's, sondern, ich darf das ohne Annahme sagen, wesentlich meine Kritik, die das herbeiführte. (Hört, hört!) Schippel hat zwei Sitzungen des nordostdeutschen Ausschusses beigewohnt, nach seiner

gestrigen Rede hätte er damals auch nicht einem einzigen Vorschlage zustimmen können, er hat aber mit Ausnahme von ein oder zwei Punkten allen zugestimmt. (Hört, hört!) Am zweiten Tage der Sitzung der Zentralkommission war Schippel durch ein Referat nach auswärts von der Teilnahme abgehalten, wie er erklärte. Nach seinem ganzen späteren Verhalten, war es Mangel an Muth, daß er zeigte, denn ich muß annehmen, daß er absichtlich den Verhandlungen aus dem Wege gegangen ist.

Und wie war es am letzten Sonnabend? Schippel erschien nicht, weil er angeblich krank war. Aber in einem Briefe an Liebknecht entwickelte er seine Ansichten über die vorzunehmenden Aenderungen am Programm; er schlug vor, die Agrarforderungen vom Programm loszulösen und als selbstständige Resolution aufzustellen. Nach seinen Ausführungen im „Sozialdemokrat“ und seiner gestrigen Haltung, konnte er aber auch diesen Vorschlag nicht machen. Starke Widersprüche dieser Art sind nun schon früher ebenfalls bei Schippel vorgekommen, aber alles hat seine Grenze. Nachdem, was jetzt passiert ist, ist das Maß voll. Wir beide sind miteinander als Menschen fertig. (Bewegung. Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!)

Genossen! Es ist wichtig, daß ich Ihnen noch einmal in einigen Zügen vergegenwärtige, was Schippel zuerst im „Sozialdemokrat“ über diese Frage sagte, und daß Sie damit seine gestrigen Ausführungen vergleichen. In der Nr. 29 des „Sozialdemokrat“ sagt er in bezug auf den damals bereits veröffentlichten Programmentwurf: Der Entwurf spreche für die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständniß der Kommission, die Kommission habe sich von utopistischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, wenn man auch ihren Beschlüssen noch immer die unerquickliche Zwangslage anmerke, in die sie durch den kritiklosen Frankfurter Beschluß gebracht war. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb sei in den neuen Programmentwürfen nichts mehr zu spüren. Ferner heißt es: Ist also der in Frankfurt gepredigte sozialistische Bauernschutz als Agitationsmittel von vornherein eine Todtgeburt, so war es doch verdienstlich, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben unterstützen zu können. (Hört, hört!) Auf einige Bedenken gegen Einzelheiten kommen wir noch zurück. Halten Sie nun, Genossen, diese Ausführungen zusammen mit dem, was Sie gestern gehört haben, und bei objektiver Betrachtung wird Ihr Urtheil über die moralische Qualität einer solchen Haltung fertig sein. (Sehr richtig.) Aber Schippel ist noch weiter gegangen, er hat den gar nicht mehr in Frage kommenden süddeutschen Entwurf sehr scharf und in höchst beleidigender Form für seine Urheber kritisiert. Wäre diese Kritik in der Presse gelöst worden, nachdem die Entwürfe veröffentlicht waren, wie es z. B. Parvus in einer Reihe von Artikeln thut, so wäre nicht nur nichts dagegen einzuwenden, es wäre am Ende sogar nützlich gewesen. Jetzt aber, wo wir uns nur noch mit dem Entwurf der Kommission zu beschäftigen haben, wo der süddeutsche Entwurf abgethan ist, jetzt die billige Gelegenheit zu einer Kritik an etwas zu benutzen, was gar nicht mehr vorhanden ist und dieser Kritik die denkbar beleidigendste Form zu geben, das ist ebenfalls eine Handlung, die ich entschieden zurückweise. Gerechtfertigt wäre eine Kritik wieder in dem Augenblick, wo ein Parteigenosse den süddeutschen Entwurf hier wieder aufnähme, oder wenn in der Zukunft wieder einmal ähnliche Forderungen aufgestellt würden, wie sie in dem abgethanen Entwurf enthalten sind. Hier an dieser Stelle lag eben kein Grund zu einer Kritik vor. Schippel glaubte eben billige Lorbeeren ernten zu können, vielleicht fehlte es ihm auch an sachlichen Gründen, das noch weiter anzugreifen, was er früher selbst gebilligt hat. Immerhin, sich Charlatan

nennen lassen zu müssen, sich Mangel an Gewissenhaftigkeit vorwerfen lassen zu müssen, sich sagen lassen zu müssen, man wüßte nicht, was man thut — wessen Geschäfte man besorge — das geht denn doch viel zu weit. Ich habe mit Vollmar manchen Strauß gehabt, und werde wahrscheinlich noch manchen mit ihm auszufechten haben, denn unsere Ansichten sind allmählig so weit auseinandergehende geworden, daß wir noch oft gegen einander fechten werden. Ich habe ihn auch scharf angegriffen, aber ich rufe Sie alle zum Zeugen auf, ob ich mich nicht redlich bemüht habe, zu erkennen, warum Vollmar zu Ansichten wie seine gegenwärtigen gekommen ist. Ich habe sachliche Gründe dafür angeführt, seinen körperlichen Zustand, der ihn zwingt, den Verkehr mit den Genossen auf das geringste Maß zu beschränken, weiter das soziale Milieu, in dem er sich bewegt, die Umgebung, in der er hauptsächlich auf dem Lande lebt, aus dem heraus sich allmählig ein Gedankengang und eine Lebensauffassung bei ihm entwickelt hat, den ich für äußerst bedenklich halte. Aber ihm Charlatanerie vorzuwerfen oder Mangel an Gewissenhaftigkeit, das ist mir nie eingefallen und würde mir am allerwenigsten dann einfallen, wenn mein Gegner nicht zugegen ist und sich nicht vertheidigen kann (sehr richtig!), und Schippel weiß ebenso gut wie ich, daß Vollmar der Urheber des süddeutschen Entwurfs ist.

Man hat uns nun heftig angegriffen, weil unsere Vorschläge Anfangs mit dem alten Programm verwebt worden waren. Ich bin nun jederzeit bereit, das zu verantworten, was ich selbst und in erster Linie verschuldet habe, aber auch offen einzugehen, wenn ich einen Fehler gemacht habe. Genossen, ich bin es hauptsächlich gewesen, der zuerst den Vorschlag machte, unseren Entwurf in das Programm einzuarbeiten. Es ist mir im Anfang ebensowenig wie irgend einem andern eingefallen, zu glauben, man solle das, was aus der Kommission hervorgeht, in das alte Programm verweben, aber als der Entwurf fertig war, zeigte es sich, daß eine Reihe selbstverständlicher Forderungen, die wir bei der Abfassung des Erfurter Programms übersehen hatten, jetzt eingefügt werden mußten, da sie eng mit dem alten Programm zusammenhingen. Ich stellte deshalb in der Kommission den Antrag auf Einsetzung einer Redaktionskommission, die die geeignete Form zu finden hätte, und bei dieser Gelegenheit wurden denn auch Punkte mit hineinverwoben, von denen man sehr rasch erkannte, daß sie nicht drin bleiben konnten. Darüber waren wir schon einig, ehe wir hierher kamen.

Nun hat man sich über das Wort „Demokratisierung“ in den einleitenden Worten entsetzt. Ja, wer denkend den zweiten Theil unseres Programms liest, der muß doch bestätigen, daß die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen das Hauptziel desselben ist. Die Demokratisierung, nicht die Sozialisierung ist darin ausgesprochen, wer es anders auffaßt, der versteht das Programm nicht. Und weiter denn; die Verbesserung der Verhältnisse. Verschlechtern wir etwa die Zustände, wenn wir die Forderungen des zweiten Theils unseres Programms zu verwirklichen trachten, die bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen oder die Lage der betreffenden Schichten? Ich habe bisher immer geglaubt, wir verbesserten sie. (Sehr richtig!) Soweit auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Verbesserungen möglich sind, sind wir bisher jederzeit bereit gewesen, sie zu erstreben. Das haben wir stets unseren Gegnern gesagt, wenn sie behaupteten, wir wollten nichts bessern, sondern nur zu Grunde richten. Unsere ganze parlamentarische und außerparlamentarische Thätigkeit beruhte bisher auf dieser Auffassung. (Sehr richtig.) Ich begreife die Voreingenommenheit, mit dem man alle Vorschläge in Bezug auf die Agrarverhältnisse aufnimmt und mit einem gewissen Recht und ich theile selbst dieses Mißtrauen. Aber man gehe nicht zu weit und kämpfe schließlich nicht auch gegen Windmühlen. Es war von vornherein wahrscheinlich, daß alle Vor-

schläge, die aus der Agrarkommission kommen, auf Widerstand stoßen würden deshalb, weil eine Strömung in der Partei durch ihre Vorschläge den Glauben hat aufkommen lassen, daß es möglich wäre, bestimmte Einrichtungen und Schichten durch bestimmte Mittel auf die Dauer konserviren zu können. Dadurch hat sich von vornherein eine äußerst kritische Stimmung geltend gemacht. Dazu kommt, daß ein großer Theil der Genossen ihrer Lebensstellung und ihrer Bildung nach von den Dingen, die hier in Frage stehen, wenig weiß. Das soll kein Vorwurf sein, das ist die Folge der sozialen Verhältnisse, in denen sich die meisten Genossen befinden. Es fehlt ihnen an Zeit, die Dinge zu studiren; an Mitteln, sich die Materialien anzuschaffen, die zu ihrer Ausbildung nöthig sind. Das schließt freilich nicht aus, daß Mancher, der einmal auf dem Lande war und dort Versammlungen abgehalten und mit einigen Bauern gesprochen hat, nun glaubt, ein großes Stück Agrarfrage zu verstehen. Daß dem so ist, dafür spricht auch die Haltung eines großen Theils der Genossen, die auf dem Frankfurter Parteitag waren und auf diesem wieder sind. Ein großer Theil der Genossen, und zwar sogar älterer und alter Genossen, hat vor einem Jahre in Frankfurt a. M. die Kameele, die ihnen die Referenten zu schlucken gaben, mit lebhaftem Beifall verschluckt, aber ist entsetzt über die Mücken, welche die Agrarkommissionen seigte. Vollmar fand damals donnernden Beifall. (Reißhaus: leider!) Ja, dieses „leider“ ändert nichts. Ich fand das damals natürlich, aber weniger natürlich kam es mir vor, daß gestern eine große Reihe Parteigenossen dem Genossen Schippel so großen Beifall spenden konnten, nachdem sie voriges Jahr den ganz entgegengesetzten Ausführungen Vollmar's eben solchen Beifall gezollt hatten. (Sehr richtig!) Das beweist, wie schlimm es noch mit der Klarheit aussieht, und daß Viele mit einem fertigen Urtheil hierher kommen über Dinge, von denen sie nichts verstehen.

Nun hat man mir speziell vorgeworfen, ich hätte früher in dieser Frage ebenfalls eine andere Stellung eingenommen, als heute. (Sehr richtig!) Man hat insbesondere gesagt, daß die Ausführungen gelegentlich meines Referates über den Antisemitismus auf dem Kölner Parteitag, wo ich mich gegen die Verstaatlichung des Hypothekenwesens aussprach, in Widerspruch ständen mit meiner gegenwärtigen Haltung. Ich wundere mich, daß jetzt Niemand „sehr richtig“ ruft (Heiterkeit); es wäre aber auch nicht richtig. (Zuruf: deshalb sagt es ja auch Niemand. Heiterkeit.) Redner weist nach, daß er in Köln von irrigen Voraussetzungen in Bezug auf den Antrag auf Hypothekenverstaatlichung der bayerischen Genossen im Landtag ausging und seine Anklagen zurücknahm, nachdem er sich von seinem Irrthum überzeugt.

Man hat ferner eine widerspruchsvolle Haltung bei mir darin gefunden, daß ich auf dem Kölner Parteitag mich gegen Rakenstein*) gewendet und gewarnt habe, den Bauern Versprechungen zu machen, wie sie ihnen die antisemitische Agitation mache. Wir können dem Kleinbauern nicht seine Konservirung versprechen. Das würde nicht nur unserer ganzen bisherigen Parteithätigkeit, sondern auch unserm Programm widersprechen. Und doch haben Parteigenossen uns solche Absicht zugetraut. Ich muß gestehen, ich habe noch nie mit so gutem Humor Vorwürfe entgegengenommen, wie jene, die wir in den letzten drei Monaten zu hören bekommen haben. Aber diese Vorwürfe waren doch das Aergste, was man sich denken konnte. Die Mitglieder der

*) Hierzu hat Genosse Rakenstein nachträglich folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: Genosse Bebel hat in seiner Rede vom 9. Oktober bemerkt: Er habe auf dem Parteitag zu Köln gegen meinen Rath, den Antisemiten im Punkte der Versprechungen zu folgen, Einspruch erhoben. Diese Auffassung ist irrig. Ich hatte in einer Ergänzung der Ausführungen des Genossen Cohn-Marburg ausgeführt, wir müßten in der Kenntnißnahme der ländlichen Verhältnisse und der intensiven Agitation dem Beispiel der Antisemiten folgen.

Agrarkommission wurden hingestellt als die elendesten, dümmsten, unwissendsten Menschen, die es in der Partei giebt. Wären wir das, als was wir hingestellt wurden, dann müßten Sie nothwendiger Weise auf die Ehre verzichten, uns noch Genossen zu nennen. (Rufe: Na! Na!) Es ist ein großer Irrthum, bei der Agrarkommission zu vermuthen, daß sie durch ihre Vorschläge in die natürliche Entwicklung der Gesellschaft, die zur Vernichtung der unteren Schichten der Eigenthümer führt, eingreifen würden.

Wenn Ihnen Jemand sagen würde, wir beabsichtigen mit dem zweiten Theil unseres Programms die bürgerliche Gesellschaft länger am Leben zu erhalten, Ihr würdet ihn auslachen. Wenn der ganze zweite Theil des Programms verworfen wird, ist die bürgerliche Gesellschaft immer noch da. Auch die Entwicklungsgefeße der Gesellschaft auf dem Gebiet der ländlichen Verhältnisse werden durch die Vorschläge der Agrarkommission nicht geändert oder in ihrer Entwicklung aufgehalten. Ich habe unsere Vorschläge daraufhin geprüft, daß erstens die kapitalistische Entwicklung der Gesellschaft durch sie nicht gestört wird, daß zweitens sie nicht den Prinzipien unserer Partei widersprechen und daß drittens der Arbeiterklasse keine Lasten auferlegt werden zu Gunsten der Besitzer von Grund und Boden. Hält der Entwurf diese Prüfung aus, dann kann man an sich nichts gegen ihn einwenden, dann können nur die Einzelheiten desselben in Frage kommen.

Nach den Angriffen, die man gegen uns richtete, hätte man glauben sollen, Parteigenossen, daß unsere Gegner, die Agrarier, eine besondere Freude an der Arbeit der Agrarkommission haben müßten. Sie hätten darnach in unseren Vorschlägen die intensivste Unterstützung ihrer Bestrebungen, die von einer ganz unerwarteten Seite kämen. Ich habe daraufhin die agrarische Presse genau verfolgt, weil ich in Fragen, wo mir selbst Zweifel ankommen, ob ich wirklich richtig gehandelt, immer viel Gewicht auf das Urtheil meiner Gegner lege. Und was fand sich? Das Hauptorgan der Agrarier hat nicht einmal gewagt, unsern Entwurf zu veröffentlichen. Die „Kreuzzeitung“ hat zwar einige Artikel gebracht, aber sie waren so lendenlahm wie nie. Und das ist erklärlich. Unter unseren Vorschlägen befindet sich eine Reihe von Punkten, die den Großgrundbesitzern und dem Feudaladel scharf an die Nieren gehen. Auf der andern Seite können und wollen wir den Kleinbauern nicht konserviren, aber es sind Verbesserungen möglich in den ländlichen Verhältnissen, die wir bewilligen können und müssen, weil sie in einem beschränkten Maße Erleichterungen gewähren, ohne die Gesamtheit zu belasten oder ihr zu schaden. Man hat gesagt, wir könnten in der Agrarfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen als in der Handwerkerfrage. Da freut es mich, daß Rakitsky in seiner Resolution ausdrücklich sagt, die Handwerkerfrage und die Agrarfrage seien verschieden.

Bereits vor 25 Jahren schlug ich als Referent auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher eine Resolution vor, die im Wesentlichen dasselbe enthält, was ich heute vertrete. Wir können uns das ganze Handwerk hinwegdenken, aber nicht die Landwirtschaft. Wer den Grund und Boden in der Hand hat, hat die Gesellschaft in der Hand. Daher die Macht der preussischen Junker. Im Grund und Boden sind die Wurzeln ihrer Macht. Sie zu durchschneiden, heißt die Macht der Junker brechen. Ich will nicht leugnen, auch die großen Grundbesitzer würden gewisse Vortheile bei Durchführung unserer Vorschläge haben. Müller sagte: die Verstaatlichung der Hypotheken würde nicht nur den kleinen Bauern, sondern hauptsächlich auch dem Großgrundbesitzer nützen. Das mag in gewissem Grade richtig sein. Es heiße uns (der Kommission) ein Armutzeugniß ausstellen, wollte man annehmen, wir hätten uns die Wirkung unserer Vorschläge nicht klar gemacht. Das haben wir im vollen Umfange gethan. Die Verstaatlichung der Hypotheken ist mit besonderem Eifer von Genossen

Kautsky bekämpft worden. Ich muß aber gestehen: er entwickelte Anschauungen bei dieser Bekämpfung, wie der reinste Manchestriermann. Es hat ausgeführt, mit der Verstaatlichung der Hypotheken thäten wir dem Großkapital, der Börse den größten Gefallen. Aber Parteigenossen! Wenn die Börse und das Großkapital solchen Vortheil von der Verstaatlichung der Hypotheken hätten, dann hätten sie wirklich nicht auf uns gewartet! (Sehr gut! sehr richtig!) Warum findet denn unser Vorschlag kein Echo bei ihnen, warum schweigt Alles? Weil bei einer Finanzoperation, wie die Verstaatlichung der Hypotheken, das Kapital nicht gewinnen kann, sondern verlieren muß! Das werde ich nachweisen. Was den feudalen Großgrundbesitz in Preußen betrifft, so bleibt dieser bei unserem Vorschlage von vornherein außer Frage, denn dieser hat bereits, was wir den Uebrigen schaffen wollen. Die Landschaften sind die Institute, die unter dem Schutz des Staates gegründet sind, um den Großgrundbesitz zu unterstützen. Von diesen Instituten hat der kleine und mittlere Bauer nichts. Während der kleine und der mittlere Besitz beim Gelverleiher oder beim Wucherer seine Hypotheken mit 5, $5\frac{1}{2}$ und 6 pSt. verzinsen muß, ist der große Grundbesitz in der Lage, seine Hypotheken nur noch mit 3 oder wenig über 3 pSt. verzinsen zu können. Das ermöglichen dem großen Grundbesitz die Landschaften, wie erst wieder die große Finanzoperation beweist, welche die Landschaften vornahmen, indem sie im Laufe dieses Frühjahrs ihre 4- und $3\frac{1}{2}$ -prozentigen Hypothekenbriefe und Pfandbriefe in 3-prozentige konvertierten. Herr Miquel und Graf Posadowsky haben sich bisher geweigert, die gewaltige Zinsenlast, die in Preußen und im Reich vorzugsweise die Massen für die Verzinsung der 4- und $3\frac{1}{2}$ -prozentigen Reichs- und Staatsschulden aufzubringen haben, dadurch zu erleichtern, daß sie die Konvertierung vornehmen. Sie überließen den Landschaften den Vortritt und so hat der große Grundbesitz einen Vortheil erlangt, von dem der kleine arme Mann ausgeschlossen ist. Sollen wir ihm diesen verweigern? Genossen, wer wird denn durch die Herabsetzung des Zinsfußes geschädigt? Die Arbeiter? Habt Ihr Geld auf Grund und Boden? Nein! Hat einer wirklich ein bißchen Kapital, dann wird er freilich gerupft, wenn der Zins herabgesetzt wird. Aber nicht der Arbeiter, die Geldleute haben einen gewaltigen Nachtheil, wenn z. B. durch die Zinsenherabsetzung einer Hypothekenschuld von 20 000 Millionen Mark um durchschnittlich nur 1 pSt. eine Summe von 200 Millionen Mark Zinsen erspart wird. Diese Herabsetzung des Zinsfußes wirkt nicht konservativ, sondern revolutionär, weil sie die Kapitalkonzentration weiter befördert, indem sie die mittleren und kleinen Kapitalisten schwerer trifft. Der kleine Bauer gewinnt unter Umständen eine Ersparniß von 60—100 Mk. pro Jahr, aber diese retten ihn nicht; der größere gewinnt mehr, aber die kapitalistische Entwicklung hemmt sie auch bei ihm nicht, weil alle die Umstände weiter wirken, welche die Agrarkrise erzeugen.

Wie ist es nun, wenn dadurch der Staat neue Macht in die Hand bekommt? Der ganze Grundbesitz kommt in Abhängigkeit vom Staate, sagt man. Sind denn nun die Junker wirklich vom Staate abhängig? Nein, das läßt sich nach der frechen Art ihres Auftretens nicht annehmen.

Die Abhängigkeit der Bauern vom Staat als Hypothekengläubiger ist etwa genau so groß wie die des Arbeiters, der in der Invaliditäts- und Altersversicherung versichert ist, und dieser Abhängigkeit besteht nicht. Vor allen Dingen wäre doch die Art der Vergebung der Hypotheken gesetzlich zu ordnen.

Wie müßte nun aber ein Gesetz dieser Art lauten? Der Staat übernimmt die Verstaatlichung der Hypotheken, aber nicht ins Ungemeine, sonst müßte er auch alle bankerotten Betriebe übernehmen, und die Allgemeinheit hätte den Schaden. Durch ein Gesetz wird also eine Grenze festgestellt werden müssen, bis zu der die Beleihung geht, sagen wir bis zu 50 pSt. oder 60 pSt.

des Ertragswerthes. Jeder hat also ein gesetzliches Recht, diesen Kredit zu erhalten, und die Art, wie der Ertragswerth festgestellt wird, wäre ebenfalls genau durch Gesetz vorzuschreiben, damit Parteilichkeiten ausgeschlossen sind.

Wir dürfen uns nicht dadurch abschrecken lassen, daß angeblich eine Abhängigkeit der Bauern vom Staat geschaffen würde. Diese Abhängigkeit besteht für zahlreiche Arbeiter und Beamten schon heute in viel höherem Grade, als ihr jemals der Bauer als Besitzer einer staatlichen Hypothek verfallen könnte. Ich erinnere nur an die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, und diese geht immer weiter. Sogar mit unserer Zustimmung. Nach der neuesten Statistik haben wir in Preußen augenblicklich rund 110 000 Beamte und 172 000 Arbeiter im Eisenbahnbetrieb, einschließlich der Familienangehörigen nahezu eine Million Menschen. In Sachsen, Bayern, überall liegt es ähnlich. Wenn eine neue Bahnbauplanlage kommt, so begrüßen wir sie jedesmal mit Freude; denn neue Bahnbauten dienen nicht nur der Allgemeinheit, sie dienen sogar auch der Sozialdemokratie. Wo eine Bahn besteht, kommt auch die Sozialdemokratie hin. Also alle diese zahllosen Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben stehen in direkter Abhängigkeit vom Staate. Wollte aber einer unter Ihnen denjenigen Genossen der Quacksalberei beschuldigen, der einträte für neue Bahnen? Je mehr Bahnen, desto besser; gegen die dadurch erzeugte Abhängigkeit vieler Arbeiter vom Staate müssen wir auf anderen Gebieten die Hilfe suchen. Ähnlich wie im Eisenbahnwesen liegt es im Forstwesen; haben wir etwas dagegen, daß die Staatsforsten vermehrt werden und damit die dabei beschäftigten Arbeiter und Beamten? Das Gleiche gilt für den Bergbau, das Salinenwesen, den Straßenbau, das Post- und Telegraphenwesen; in allen diesen Betrieben haben wir Hunderttausende abhängiger Leute und doch treten wir nicht für ihre Abschaffung, wohl aber für ihre Erweiterung ein. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Richtung mit einem alten Vorurtheil brechen. Wir sollen nur da den Staatsbetrieb bekämpfen, wo er kultureinbildend wird und die Entwicklung hemmt, wie das z. B. im Militärwesen geschieht. Nach anderen Richtungen können wir nichts dagegen haben, wenn die Staatsbetriebe nach Zahl und Umfang erweitert werden. Wir müssen sogar den Staat zwingen, immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen; dadurch bringen wir schließlich den heutigen Staat mit aus den Fugen. Es liegt hier ähnlich wie beim Militarismus; je mehr Soldaten er schafft, desto mehr Sozialdemokraten schafft er und bekommt er in seine Armeen. Zuletzt versagt auch die stärkste Staatsmacht in dem Maße, wie der Staat seine Arbeiter und Beamten gegen sich selbst in die Opposition treibt, wie das bei der Post geschieht. Der Standpunkt: die Staatsmacht nicht zu stärken, indem man ihr die Lösung von Kulturaufgaben überträgt, ist manchesterlich. Wir müssen diese manchesterlichen Eierschalen abstreifen. (Zwischenbemerkung: Tabakmonopol!) Beim Tabakmonopol würden zahlreiche Eierschalen vernichtet, und die Einnahmen daraus würden dem Militarismus zufallen, deshalb sind wir dagegen.

Wenn man sich nun auf das kommunistische Manifest beruft, weil dies gewisse Forderungen, wie die Verstaatlichung des Hypothekenwesens erst fordert, wenn wir entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht haben, so hat man Unrecht. Ich gehöre zu den aufrichtigen Bewunderern des Manifestes. Aber so sehr ich seine theoretischen und kritischen Auseinandersetzungen als unübertreffbar schätze, so versagt dasselbe, wo es positive Forderungen aufstellt, denn diese müssen sich nach den Verhältnissen richten, wie sie sich entwickeln. Die praktischen Forderungen des kommunistischen Manifestes sind heute zu einem erheblichen Theil veraltet. Nun sagt man uns weiter: Ihr gebt Euren Forderungen eine Ausführung, die aus dem Wortlaut Eurer Forderungen nicht hervorgeht. Man übersieht hierbei, daß der Entwurf naturgemäß nur knappe Sätze, nicht aber Leitartikel enthalten kann. Das will ich

noch speziell für diejenigen bemerken, die mit dem Einwand kommen: Was Ihr hineinlegt, steht nicht darin. Das kann nicht darin stehen. Wir sind schon jetzt öfter in die Lage gekommen und werden noch mehr in die Lage kommen, obgleich scheinbar eine Forderung von uns verwirklicht wurde, wir doch dagegen stimmten, weil die Art ihrer Verwirklichung nicht unseren Beifall finden konnte. Wir wollen z. B. alle eine Vereinheitlichung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung; wenn aber die Reichsregierung mit einem Entwurf endlich kommt, so wette ich hundert gegen eins, daß wir dagegen stimmen, weil wir mit der Art der Durchführung nicht einverstanden sind. Dessenungeachtet können wir getrostes Muthes vor unsere Wähler treten und unser Verhalten rechtfertigen.

Nun hat Schippel gestern bei seinen Anhängern große Heiterkeit dadurch erregt, daß er sagte: Was wollen wir Sozialdemokraten denn mit der Hypothekenverstaatlichung? Die Antisemiten gehen viel weiter als wir, sie übertrumpfen uns. Hindert das uns, dasselbe zu fordern, weil jene die Ausführung anders, in einer unserer Meinung nach unmöglichen Weise fordern? Wir fordern, der Hypothekenehmer muß die Selbstkosten tragen, d. h. den Zins, den der Staat für das Kapital giebt, plus Verwaltungsausgaben. Hat der Staat das Geld zu 3 pCt. und betragen die Verwaltungskosten $\frac{1}{10}$ pCt., so beträgt der wirkliche Zins $3\frac{1}{10}$ pCt. Das ist selbstverständlich. Daß der Staat billiger Geld geben soll, als es ihn selbst kostet, ist unmöglich, und wer das verlangt, verlangt es auf Kosten der Gesamtheit, also auch der Arbeiter, und das haben wir mit aller Macht als die größte Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Beginge der Staat dennoch diese Ungerechtigkeit, er lieferte uns eine der schärfsten Waffen, die wir erhalten können.

Natürlich würden bei geringeren Selbstkosten des Staats die Hypothekenschuldner eine weitere Herabsetzung der Zinslast verlangen; die kann ihnen gewährt werden, ohne daß sie die Gesamtheit einen Heller kostet; retten würden sie keinen, der schon aus allgemeinen Ursachen dem Untergang entgegen geht. Aber etwas anderes würde erreicht. Wir erhielten mit einer Verwirklichung unserer Forderung eine genaue Inventarisierung des gesamten Grundes und Bodens. Haben wir dann eines Tags die Macht, unsere Forderungen weiter durchzusetzen, so machen wir mit den bisherigen Eigenthümern in Bezug auf ihren Bodenbesitz kurzen Prozeß, wir kaufen ihnen dann den unverschuldeten Rest durch eine Rente ab. Nach dem Maße von Macht und Gewalt, die wir haben, müssen sich unsere Maßregeln richten. Damit sind Sie natürlich alle einverstanden! (Sehr richtig! Heiterkeit.) Wir haben aber wahrscheinlich ein gewisses Uebergangsstadium durchzumachen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir zwar einen sehr großen Anhang im Volke haben — für uns stimmen ca. 1 800 000 Wähler —, daß wir aber im Falle der Verwirklichung unserer sozialistischen Forderungen eine große Zahl bisheriger Anhänger verlieren. (Sehr richtig!) Wir haben immer mit einem mehr oder weniger großen Schwanz von Leuten zu rechnen, die zwar mit uns sympathisiren, denen aber doch unsere letzten Forderungen zu weit gehen. Da brauchen wir also Uebergangsmaßregeln, und ich kann mir nichts Großartigeres vorstellen, als wenn wir einmal, zur Herrschaft gelangt, sofort den Werth und die Verschuldung des gesamten Grund und Bodens schwarz auf weiß in Händen hätten und danach operiren könnten. Haben die Eigenthümer, wie schon angedeutet, den Grund und Boden etwa zu $\frac{2}{3}$ verschuldet, so könnten wir das letzte Drittel einfach durch Rentenscheine kaufen. Hat doch selbst Marx nach Engels zu diesem mehr als einmal gesagt: am besten kämen wir weg, wir könnten die ganze Bande auskaufen. (Sehr richtig!) Es wäre in der That am besten, wir könnten die Besitzer auskaufen, ich würde ihnen den Boden gern noch etwas theurer bezahlen, als er Werth hat (Heiterkeit), denn

dann sind wir das Agrariertum los und könnten reinen Tisch machen. Dieser Weg wird aber durch die von uns geforderte Verstaatlichung der Hypotheken in erheblicher Weise geebnet. Wenn Leute wie Rasinger noch weiter gehen und sagen, man brauche sogar weniger Zinsen zu zahlen als der Staat giebt, so treten wir gegen diesen Schwindel, oder, um einen Schippel'schen Ausdruck zu brauchen, gegen diese Charlatanerie auf und sagen: Wollt Ihr das, so thut es auf Eure eigene Verantwortlichkeit; auf Euch eines Tages die Folgen. Diese Versprechungen der Antisemiten gehen uns nichts an und geniren uns nicht, wir haben nichts weiter zu thun, als den Humbug aufzudecken. Außerdem liegt darin eine greifbare Ungerechtigkeit, die sich die große Masse gefallen lassen wird. Würde sie dennoch durchgeführt, so würde dies für uns ein ebenso gutes Agitationsmittel, wie die Existenz der indirekten Steuern.

Weiter wird gesagt, die Zentralisation des Kredits in der Hand des Staates sei bedenklich. Nun, diese Forderung stellt auch das kommunistische Manifest und sie ist wider unsern Willen bis zu einem gewissen Grade heute verwirklicht. Eine Nationalbank, die Reichsbank, haben wir heute schon. Aber diese Reichsbank ist doch eine Pseudo-Reichsbank, an der das Privatkapital theilhaftig ist, und deshalb haben wir auch seiner Zeit gegen den Gesehntwurf, der sie ins Leben rief, gestimmt. Sollte die Reichsbank in eine wirkliche Reichsbank verwandelt und die Privatbanken gänzlich aufgehoben werden, so werden wir unbedenklich dafür stimmen, und ich möchte den Genossen sehen, der anderer Ansicht in dieser Frage ist. Auch das Verkehrswesen ist heute bereits verstaatlicht, und wir wollen es immer mehr verstaatlichen. Daher sind wir für Erweiterung der Kanalbauten, für Verstaatlichung des Straßenwesens u. s. w. Dadurch wird die Kulturentwicklung nicht gehemmt, sondern erheblich gefördert. Wer das Gegentheil sagt, vermag sich in den Gang der Dinge nicht hineinzudenken. Das nicht zu wollen, widerspricht auch unserer ganzen bisherigen Thätigkeit in den Einzellandtagen. Es scheint, als ob alle die Dinge, die wir bisher schon gethan haben, dadurch, daß wir sie erweitern und verallgemeinern, plötzlich ein anderes Gesicht bekommen. Ich habe bereits in einigen Volksversammlungen in Berlin nachgewiesen, daß der Bauer im Allgemeinen für bestimmte Forderungen des 2. Theils unseres alten Programms zu haben ist, für andere hingegen nicht. Fast alle Programmpunkte des 2. Theils werden, wenn sie entsprechend vertreten werden, von dem Kleinbauern angenommen. Hingegen ist der Bauer nicht zu haben für Aufhebung der Diensthordenordnung, für eine Verbesserung und Verallgemeinerung des Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherungswesens, für Einführung eines Normalarbeitstages auf dem Lande, für das Verbot der Kinderarbeit u. dgl. (Sehr richtig!) Darin ist er einseitig interessiert, darin ist er zugleich auch bornirt. Hingegen habe ich bereits vor Konstituierung der Agrarkommission in einer Volksversammlung ausgeführt, daß wir dem Bauern ohne Schaden für die Allgemeinheit über unsere Programmpunkte hinaus Verschiedenes gewähren können, so z. B. eine Hypothekenversicherung, Verbilligung der Frachtsätze für landwirtschaftliche Produkte, Förderung des landwirtschaftlichen Meliorationswesens, landwirtschaftliche Schulen u. dergl. Alle diese Forderungen vertritt ich heute noch mit Entschiedenheit und wir kommen auf die Dauer nicht darum herum.

Was sodann die von Schippel erörterte Frage der Aufrechterhaltung und Erweiterung des bestehenden Waldbutzungs- und Weiderechts betrifft, so haben wir doch nicht verlangt, daß diese Forderung aufrecht erhalten werden soll auf Kosten eines rationellen Waldbetriebes. Die Ansicht von Schippel, daß dadurch eine durch und durch verkehrte Waldbewirtschaft erzeugt wird, ist ein alter Glaubenssatz namentlich der liberalen bürgerlichen Oekonomen, sowie der Forstbeamten und Großgrundherren, die am liebsten den ganzen Wald zu

einer guten Stube machten, wo außer ihnen nur noch die Herren Rehe und Hirsche Zutritt haben, von der aber das Volk ausgeschlossen ist. Das Waldstreurecht schädigt an sich den Wald nicht, im Gegenteil, es verhindert, daß sich Ungeziefer entwickelt und kein Grashalm mehr gedeiht.

Ich bestreite, daß, abgesehen von verkehrter Wirtschaft, durch eine Aufrechterhaltung von Walddrechten das Interesse der Gesellschaft geschädigt wird. Umgekehrt. Schippel hat freilich auseinandergesetzt, daß wir gar kein Interesse daran hätten, die arme Bevölkerung, die Kleinbauern, unter ihren jetzigen Lebensbedingungen zu erhalten. Wäre das richtig, was Schippel ausgeführt hat, so hätte ja auch der Zoller gegen die Fuchsmühlern Recht gehabt. Bisher sind noch alle Kleinbauern von den Herren über's Ohr gehauen worden. Auch in Bezug auf die Almenden hat Schippel Unrecht. Die Almend ist nützlich; aber bisher sind die Almenden mit Absicht diskreditiert worden. Erst haben die Großen in den Gemeinden die Almenden mit allen Mitteln ruiniert und verwirwirtschaftet und nachher haben sie das Land für einen Pappenstiel an sich gebracht. (Sehr richtig.) Wenn z. B. von Zoller den Fuchsmühlern für ein geringes Geld die alten Rechte abkauft, zerrinnt ihnen in Kurzem das Geld unter den Fingern und die Basis ihrer Existenz ist vernichtet. Sollen wir dafür eintreten, daß die Hunderttausende in Thüringen, im Speßart u. s. w. dem Kapitalismus zu Liebe mir nichts zu Grunde gerichtet werden, oder sollen wir das Gemeindeseigentum zum Schutze des Kleinen jetzt und für eine bessere Verwerthung in Zukunft zu halten suchen? Das Almendenwesen ist in der Schweiz noch stark vertreten. Da hörten vor Jahrzehnten viele Gemeinden auf den Sirenenruf, daß man die Almendrechte ablösen, das Land verkaufen solle. Die Folgen waren, daß die Verarmung mächtig zunahm und die großen Bauern zum Theil selbst darunter litten. Die Verarmung der großen Menge der Gemeindeglieder stieg von Jahr zu Jahr, sie kamen massenhaft in die Städte und wurden Lohnbrüder, nicht selten Lumpenproletarier; durch die Aufhebung der Almenden waren sie Bettler und existenzlos geworden. Wir haben heute ein Interesse, daß diese Leute auf dem Lande bleiben. Dort müssen sie zu Sozialdemokraten gemacht werden, sie müssen dort unsere Pioniere, unsere Cadres werden, ohne sie bekommen wir auf dem Lande keinen Boden unter die Füße.

Man hat weiter gesagt: Wenn wir für das Land ein Programm machen, müssen wir ein solches auch für die Stadt haben. Ich bin nicht dagegen, ich glaube sogar, daß es notwendig wird, je mehr Gemeindevertreter wir in den Städten haben. Jetzt hat es noch keine Gefahr, weil uns das Wahlrecht fehlt. Wenn wir aber morgen überall das allgemeine Wahlrecht bekämen, da würden wir schon übermorgen einen Parteitag einberufen müssen, um die Grundsätze festzustellen, nach denen wir in den Gemeinden wirtschaften wollen. (Sehr richtig!)

Freilich mit all den Forderungen, die wir heute stellen, wird die Grund- und Bodenfrage nicht gelöst; sie sind Palliativmitteln wie der sogenannte Arbeiterschutz. Aber trotzdem verlangen wir, daß Gasanstalten, Pferdebahnen u. c. in Gemeindebesitz kommen, und über jeden Hektar Land, den wir in Gemeindebesitz verwandeln, müssen wir uns freuen, weil er uns später die Expropriation erspart und die Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens erleichtert. Die Erhaltung des Gemeindebesitzes und seine Erweiterung mit allen angängigen Mitteln liegt also in unserm Interesse. Gemeindebesitz ist nicht mehr Privateigentum und erweist sich sein Nutzen oft gering, so liegt das nicht am Besitz, sondern an der schlechten Verwaltung.

Der Rautsky'sche Antrag sagt: „Dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus“. Das ist durchaus falsch, was ich glaube nachgewiesen zu haben.

Nun noch eine kurze Bemerkung über einen andern Punkt. Wir ver-langen in unserm Vorschlag die Beseitigung aller Realsteuern. In dieser Frage steht einer der Hauptgegner unseres Entwurfs, der viel genannte Parvus auf unserer Seite, der alle übrigen Forderungen in einer Unzahl von Artikeln vermöbelte. Ein anderer Theoretiker, Rautsky, sagt, er halte für angebracht, die Frage nach Aufhebung der Grundsteuer jetzt nicht zu erörtern, sondern diese Erörterung zu verschieben, bis wir einmal über die Steuern überhaupt sprechen. Ihm erscheint die Frage noch streitig. Anders der dritte Theoretiker, Schippel. Er ist der grimmigste Gegner der Aufhebung der Grundsteuer. Nun, Parteigenossen, wir müssen unser Programm gerade in den Steuerfragen klar und zweifelsobne gestalten. Wird die Grundsteuer abgeschafft, so muß durch eine entsprechende Quotifizierung der progressiven Vermögenssteuer das wieder herausgeholt werden, was der Boden dem Staate heute bringt. Die progressive Einkommensteuer genügt dazu nicht. Ich kann mich jetzt über die Frage nicht weiter verbreiten, sie ist außerordentlich wichtig und sie muß in der Spezialdebatte gründlich erörtert werden.

Man hat weiter gesagt, ein Agrarprogramm sei überhaupt nicht nöthig. Ich halte es im Gegentheil für durchaus erforderlich. Auch unser verstorbenen Freund Engels war, wie Duard gestern nachgewiesen hat, über die Nothwendigkeit, dem kleinen Bauern, soweit möglich, unter die Arme zu greifen, auf unserer Seite. In seinem Buche über das Erfurter Programm macht auch Rautsky Vorschläge für das Uebergangsstadium in den sozialistischen Staat in bezug auf die Erhaltung des Kleinbauern, die nach meiner Ansicht sogar zu weit gehen. Uebrigens hat Parvus in einer der letzten Nummern der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ einen Vorschlag gemacht, der in direktem Widerspruch zu dem steht, was er bisher gesagt hat. Damit stößt er die 30 oder noch mehr Zeilenartikel, die er gegen den Entwurf veröffentlicht hat, selbst über den Haufen. (Sehr gut!) Parvus hat schließlich entdeckt, daß es ohne Agrarprogramm nicht abgeht. Er nennt das Agrarprogramm, das er will vorgeschlagen haben, ein sozialrevolutionäres, vielleicht, weil er weiß, daß durch diese Bezeichnung schon viele gewonnen werden. (Seiterkeit.)

Bebel geht nun zu einer Kritik des letzten Vorschlages von Parvus über; er findet, daß indem sogar Parvus ein Programm will, er ebenfalls einseht, daß es ohne ein solches nicht abgeht. Er wolle aber konstatieren, daß, wenn man zur Aufstellung praktischer Fragen komme, etwas Besseres als die Kommission vorschläge, nicht zu haben sei. (Lebhaftes sehr richtig.) Das müßten also sogar die Gegner eingestehen. Dafür spreche ferner, daß in der ganzen Debatte auch nicht ein neuer annehmbarer Vorschlag gemacht worden sei. Und wenn Ihr heute sagt, fährt Redner fort, es muß etwas anderes geschaffen werden, und Ihr setzt Euch drei Jahre lang hin und arbeitet, dann kriegt Ihr doch nichts anderes fertig, als wir fertig machten! (Sehr richtig!) Schaffen müssen wir etwas. Unsere Abgeordneten in den Landtagen, in den Gemeinden müssen wissen, wie sie sich den brennenden Fragen gegenüber zu verhalten, welche Grenzlinie sie einzuhalten haben. Lehnen Sie das ab, so rufen Sie Verwirrung, Streit und Zanf hervor.

Parteigenossen! Ich habe nie in meinem Leben etwas versprochen, von dem ich wußte, daß ich es nicht halten könne. Ich habe auch niemals an die schwierigen Fäuste der Arbeiter gegen die sogenannten Intelligenzen appelliert. Das that einst Herr von Schweizer, wenn er nicht weiter kam. Dann spielte er die Arbeiter, das „Volk“ gegen die Opposition, die Achtels- und Viertelsintelligenzen, wie er sie nannte, aus. Wie Schweizer machte es später Hasselmann. Jetzt kommt Schippel und macht es nach. (Dhorufe. Sehr richtig!) Und mit einem gewissen Erfolg, das bewies der Beifall, der gerade diese Stelle seiner Rede fand. Die Agrarkommission hat alles aufs Gründlichste erwogen.

Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, wir hätten uns überstürzt. Was wir Ihnen mit unserm Entwurfe bieten, reicht nicht im Entferntesten heran an das, was Ihre Frankfurter Resolution forderte. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Sie haben sich von der Frankfurter Resolution überrumpeln lassen. Ich habe mir das Wort gegeben, so viel an mir liegt, nie mehr eine wichtige Resolution so zu Stande kommen zu lassen. Sie ist in der Eile, über Hals und Kopf zusammengebraut worden.

Parteigenossen! Ihr habt alle Ursache, Euch genau zu überlegen, was Ihr thut, wenn Ihr unsere Vorschläge ablehnt. Nehmen Sie den Rautsky'schen Antrag an, so würde eine Spezialdebatte Zeitverschwendung sein, denn es wird damit ausgesprochen, daß praktische Forderungen in der Agrarfrage gegenwärtig unmöglich sind. Sie glauben heute die Frage abthun zu können, aber seien Sie sicher, sie kommt wieder und immer wieder. Und Sie werden zu ihr auf die Dauer keine andere Stellung nehmen können, als wir sie bereits eingenommen haben! (Lebhafter Beifall.)

Rautsky-Stuttgart: Der Anfang der Bebel'schen Rede hat auf mich einen niederschlagenden Eindruck gemacht, denn ich hatte die Empfindung, daß er von der Mehrheit des Parteitage voraussetzt, sie verstehe nichts von der Agrarfrage. Dann begreife ich nicht, wie man diesen Parteitag für berufen hält, der Partei ein Agrarprogramm zu geben. (Sehr richtig!) Dann hätte Bebel doch Alles aufbieten müssen, um die Beschlußfassung zu vermeiden; dann hätte er besser gethan, den Antrag Parvus anzunehmen. Man hat Parvus mißverstanden; er hatte sich das Programm ähnlich gedacht, wie etwa das kommunistische Manifest; man kann ihm den Vorwurf des Widerspruchs nicht machen. — Ich bin mit Bebel darin einverstanden, daß eine große Unklarheit in vielen Organisationen und an vielen Orten über die Agrarfrage herrscht; ich gehe indeß nicht so weit, daß ich dem ganzen Parteitage Unklarheit vorwerfe. Es wäre sicher an der Zeit, Klarheit zu schaffen, es fragt sich aber, ob der vorliegende Entwurf dazu geeignet ist. Das ist nach meiner Ansicht nicht der Fall; denn dieser Entwurf ist so, daß er nur die Quelle neuer Konfusion und Zwietracht in der Partei sein würde. Ich lege einem Programm an und für sich keinen übermäßigen Werth bei. Ein Programm ist sehr schön und gut, wenn es ein Zeugniß ist der Klarheit, die in der Partei herrscht. Aber ein Programm kann nicht Klarheit schaffen dort, wo man sich selbst unklar ist. Wir haben die Sache verkehrt angefangen; zuerst haben wir in Frankfurt die Grundsätze aufgestellt, heute wollen wir uns das Programm schaffen, und dann wollen wir anfangen, die Agrarfrage zu studiren. Das Umgekehrte wäre wohl besser gewesen. Unser Antrag fordert keineswegs heute schon Stellungnahme zu der Agrarfrage. Wenn Unklarheit vorherrscht, so muß man sich doch zunächst zurückhalten und so vorsichtig wie möglich sein.

Die Hauptfrage, die wir jetzt zu entscheiden haben, ist die, welches überhaupt unsere Aufgabe auf dem Lande ist. Haben wir die Aufgabe, die kleine Bauernschaft zu erhalten oder nicht? Genosse Quard hat gesagt, wir hätten überall die Sache des Fortschritts zu vertreten. Ich habe einmal behauptet, die Sache des Proletariats sei die Sache des Fortschritts. Aber Quard hat das umgedreht und gesagt: Wenn wir für den Fortschritt eintreten, treten wir für das Proletariat ein. Das ist zu unbestimmt. Wir müssen zunächst einen festen Maßstab für unser Ziel gewinnen, und das nächste Ziel ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir für alle Reformen eintreten, die die Widerstandsfähigkeit des Proletariats vermehren, aber die entgegengesetzten bekämpfen. Ferner müssen wir den Klassencharakter unserer Bewegung in Betracht ziehen und bedenken, daß wir als Vertreter des Proletariats einer Reihe von Klassen feindlich gegenüberstehen. Wo die politischen Interessen mit denen der anderen Klassen nicht übereinstimmen, da werden wir diese nicht

gewinnen und wenn wir mit Engelszungen redeten. Wir müssen also zunächst sehen, mit welchen Schichten wir auf dem Lande zu thun haben.

Auf das Gesinde und die von den Unternehmern ausgebeuteten Arbeiter brauche ich wohl nicht einzugehen. Dann kommt eine Reihe von Besitzern, die auf Nebenerwerb angewiesen ist. Hierzu kann man wohl diejenigen rechnen, die unter 2 Hektar haben. Die uns gestern von Quard vorgelegte Statistik der Kleinbauern läßt sich wohl dahin ansechten, daß unter den Leuten, die bis zu 5 Hektar Grund und Boden haben, eine ganze Anzahl von Arbeitern einbegriffen ist, die ein Stückchen Land nebenbei bebauen und die eher zum Landproletariat, als zur Kleinbauernschaft zu rechnen sind. Wenn wir diese als Landwirthe „packen“ wollten, so würden wir sie bei der unrichtigen Stelle packen; die Interessen als Lohnarbeiter sind identisch mit den Interessen des Proletariats und sie müssen deshalb in den großen Kampf des Proletariats aufgehen. (Sehr richtig!) Haben wir aber erst einmal auf diese Weise jene Schichten gewonnen, dann haben wir auch die Hauptschichten der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande gewonnen; denn sie bilden die große Mehrheit der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Man hat von den nagelbeschlagenen Schuhen der Bauern gesprochen, vor denen man sich zu fürchten hat. Vor den nagelbeschlagenen Schuhen dieser Schichten brauchen wir uns nicht zu fürchten; sie werden ausgebeutet von unseren Gegnern, und wenn wirklich einmal die nagelbeschlagenen Schuhe eine Waffe im politischen Kampfe werden sollten, werden diese sich gegen unsere Gegner wenden, nicht gegen uns. (Sehr richtig!)

Die nächste Schicht sind die Kleinbauern, die, ohne regelmäßige Lohnarbeiter zu beschäftigen, doch auch nicht gezwungen sind, regelmäßige Lohnarbeit zu leisten und im Großen und Ganzen vom Ertrage ihres Landes leben. Bei diesen finden wir zunächst die Eigenthümlichkeit, daß der Kleinbetrieb in der Landwirthschaft den Drang nach Privateigenthum erzeugt. Das wissen auch unsere Gegner ganz gut; sie wissen, daß der Kleinbauer das feste Bollwerk des heutigen Privateigenthums ist, und darum suchen sie auf alle mögliche Weise dessen Position zu stützen. Aber hoffnungslos ist dort unsere Sache doch nicht. Wir in Deutschland stehen günstiger als unsere Bruderparteien in anderen Ländern, weil bei uns der Kleinbauer eine geringere Rolle spielt.

Die Zahl der Besitzer von 2 bis 5 Hektaren beträgt nicht ganz eine Million. Die Bevölkerung dieser Güter beläuft sich auf etwa 4 Millionen, also etwa ein Fünftel der landwirthschaftlichen Bevölkerung Deutschlands. Wir können die Bauern nicht gewinnen, so lange sie im Vollbesitz ihres Eigenthums sind und sich wirklich als Bauern fühlen. Aber alles drängt darauf hin, daß auch auf dem Lande der Kleinbesitz dem Untergange verfallen ist, wenn auch der Entwicklungsgang dort anders ist als in der Industrie. Gegen Bebel's Ansicht, ich wolle dem Kleinbauern gegenüber eine andere Haltung einnehmen als zum Kleinhandwerker, muß ich protestiren. Ich stehe in dieser Beziehung mit Engels auf gleichem Boden. Ich gebe zu, daß in Einzelheiten der Entwicklungsgang in der Landwirthschaft ein anderer ist als in der Industrie, daß z. B. der Großbetrieb in der Landwirthschaft nicht die Uebermacht besitzt wie in der Industrie, aber die eigenthümlichen Vortheile des Kleinbetriebs in der Landwirthschaft werden durch eigenartige Nachtheile aufgewogen, so daß wir wohl eine Analogie zwischen Kleinhandwerkern und Bauern ziehen können. Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitze befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren wie sonst. Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm anknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnothwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne. Ich gebe zu, daß

diese Taktik schwer ist, aber unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie den Muth gehabt hat, den Leuten unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Beifall.) Ich erinnere nur an unsere Haltung in der Sedanfrage, wo wir uns nicht darum gekümmert haben, ob wir uns die Sympathie mancher Volksschichten verschmerzten. (Beifall.) Wenn wir dem Bauer mit dem Agrarprogramm kommen, so würden wir uns in unser eigenes Fleisch schneiden. Zuerst setzen wir ihnen den ersten Theil des Erfurter Programms auseinander. Wir sagen, ihre Lage ist hoffnungslos, ihnen ist nicht zu helfen. Und dann sagen wir, mit dem Agrarprogramm wollen wir euch helfen. (Heiterkeit.) Die Bauern werden verwundert den Kopf schütteln. Oder aber wir setzen ihnen nur den zweiten Theil auseinander, dann gewinnen wir wohl hier und da eine Stimme, aber die Leute bleiben im Unklaren.

Die zwischen dem Arbeiterschutz und dem Bauernschutz gezogene Parallele muß ich bekämpfen. Beim Arbeiterschutz erklären wir ausdrücklich, daß es nicht möglich ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Eingriffe des Staates zu heben, und deshalb haben wir ja auch den Muth gehabt, allen Anträgen auf Einführung des Rechts auf Arbeit und des Minimallohns zu widerstehen, obgleich wir dadurch agitatorisch viel gewonnen hätten. Wir wissen, daß wir den Entwicklungsgang des Kapitalismus nicht hemmen können, daß wir nur dafür sorgen können, daß der Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger wird. Dasselbe Ziel müssen wir uns auch gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung setzen, auch die dürfen wir nicht verkommen lassen. Unser Programm hat ja aber heute schon Forderungen in dieser Hinsicht; ich erinnere an die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Verstaatlichung der ärztlichen Hilfe. Das Agrarprogramm hingegen verlangt, daß wir dem Bauer auf dem Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Das können wir nicht. Und wenn wir es könnten, würden wir das Gegentheil dessen erreichen, was wir durch den Arbeiterschutz bezwecken. Denn der Bauer fristet heute seine Existenz nur noch dadurch, daß er Weib und Kind aufs Aeupferste schindet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden, und sie körperlich herabdrückt. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degeneriren; deshalb haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen. (Sehr richtig.)

Bebel und Quader haben sich auf Engels berufen. Ich freue mich darüber, daß Quader so gute gymnastische Kunststücke zu machen versteht. (Heiterkeit.) Er erklärt sich in demselben Athemzuge für den Artikel von Engels und für das französische Programm, das Engels in diesem Artikel zerzaust. Mir ist es unbegreiflich, wie Jemand, der für dieses Programm eintritt, behaupten kann, er stehe auf dem Boden von Engels.

Im Programm ist von der Landeskultur die Rede. Landeskultur ist aber doch Landwirtschaft; für die Landwirtschaft einzutreten, bedeutet heute unter der Herrschaft des Privateigenthums aber nichts anderes als für die Interessen der Grundbesitzer eintreten. Und dem entspricht das ganze Programm. Ist das aber unsere Aufgabe? Man sagt weiter: Wir müssen doch dafür sorgen, daß unser Grund und Boden so ertragfähig wie möglich bleibt. Aber das Gegentheil davon wird durch die Stützung des heutigen landwirtschaftlichen Systems erreicht. Das heutige Grundbesitzsystem führt zur Devastirung und zum Raubbau. Jede Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion in der heutigen Gesellschaft ist eine Verbesserung der Mittel, die den Boden ausaugen. Und um alle diese Resultate zu erreichen, deren Nutzen ein so problematischer, sollen wir uns auf die schiefe Ebene des Staatssozialismus begeben.

Bebel meint, wir müßten soviel wie möglich verstaatlichen. Er hat bei

dieser Gelegenheit gegen mich polemisiert und meine Behauptung bestritten, daß die Verstaatlichung der Hypotheken ein gutes Geschäft für die Hochfinanz bilde. Es ist nicht richtig, daß der Staat die Macht hat, den Zinsfuß festzusetzen. Wonach richtet sich der Zinsfuß? Nach der Profitrate, und diese hängt nicht vom Belieben des Staates ab. Die Kleingrundbesitzer bekommen ihre Hypotheken nicht von den großen Kapitalisten, sondern von kleinen Wucherern auf dem Dorf. Verstaatlichen wir die Hypotheken, so nehmen wir den kleinen Ausbeutern ihr Geschäft und schaffen ein neues Ausbeutungsgebiet für die großen Ausbeuter der Hochfinanz. Uebrigens möchte ich hierbei die Agrarkommission fragen, ob der Selbstkosten-Zinsfuß des Staates für alle Hypotheken gelten soll, auch für zweite und dritte? Dann würde doch der Staat sehr schlechte Geschäfte machen. Er würde bei den schlechten Geschäften ausfallen, und dieser Ausfall wäre zu decken von der Masse des Volkes. Den Vortheil hätten die Großkapitalisten, denen der Staat ihre Zinsen garantiert. Die Verurufung von Bebel auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist nicht angebracht, denn hier handelt es sich um ein Monopol, das ganz eigenthümlichen Gesetzen unterliegt und das man unter Umständen ganz ruhig dem Staate überlassen kann, denn die Abhängigkeit der Arbeiter ist bei den Staatsbahnen kaum größer als bei den Privatbahnen. Etwas anderes ist es beim Bauern, der heute nicht vom Staate abhängig ist, oder beim Arbeiter in den meisten Privatbetrieben. Auch in Köln wurde ja seiner Zeit gegen die Forderung, daß jeder Parteigenosse einer Gewerkschaft angehören sollte, geltend gemacht, daß das bei den Arbeitern in Staatswerkstätten nicht möglich wäre.

Die Ausführungen Bebel's beweisen, auf welche schiefe Ebene wir gerathen. Wenn wir das Bedürfnis haben, „positiv“ für den Bauernschutz zu wirken, dann bleibt uns nur der Staatssozialismus übrig, und diese Konsequenz hat die Agrarkommission gezogen. Ich mache ihr keinen Vorwurf daraus, daß sie den Ehrgeiz gehabt hat, eine Aufgabe zu lösen, die nicht zu lösen ist. Wir brauchen sie nicht zu verurtheilen, aber wir dürfen ihr auch nicht folgen. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an. Es ist möglich, daß wir durch Ablehnung des Agrarprogramms das Gewinnen von Stimmen auf dem Lande erschweren, aber es ist nicht unsere Aufgabe, Mitläufer heranzuziehen, die über unsere Prinzipien unklar sind, die von uns etwas verlangen und, damit sie es bekommen, eine Zeit lang mit uns gehen, aber im entscheidenden Moment uns verlassen. Wir gehen großen und schweren Kämpfen entgegen und müssen Mitkämpfer erziehen, die entschlossen sind, Alles mit uns zu theilen und den großen Kampf zu kämpfen bis ans Ende! (Lebhafter Beifall.)

Stücken-Hof: Die Wichtigkeit der Agrarfrage steht außer Zweifel, und gerade die Genossen auf dem Lande verlangen eine Marschrouten für die Agitation. Für uns Süddeutsche kommt vor allem der Bauer, der kleine wie der mittlere, in Betracht. Man muß doch zugeben, daß wir „im Rahmen der bestehenden Gesellschaft“, sowie auch für die Landarbeiter und Bauern Forderungen nicht nur aufstellen, sondern auch durchdrücken müssen. Rummern wir uns um diese gar nicht, dann verelenden sie immer weiter, wie man das in Schlesien besonders beobachten kann.

Die Leute vom Lande verlangen von uns etwas; ich habe in Versammlungen vor wirklichen Bauern geredet und bin mit dem bisherigen Programm ganz gut ausgekommen. (Heiterkeit.) Ja, warten Sie nur auf den Nachsatz — ich kam deshalb mit dem Programm aus, weil ich eben das, was aus dem Programm hervorgeht, aber nicht direkt betont ist, den Bauern gesagt habe. Wir müssen die Bauern heranziehen. Wenn aber Jedem, der den Bauern die Hand reicht, sofort die Finger geklopft werden, dann schreckt man den Bauern ab. Schippel wies mit besonderem Nachdruck auf die Uebereinstimmung

des süddeutschen Entwurfs mit dem Gesetzentwurf des österreichischen Ministers v. Falkenhayn hin. Seit wann ist denn etwas nur deshalb schlecht, weil es vom Gegner stammt? Dann könnten wir getrost einen großen Theil unseres Programms verwerfen, das alte Forderungen der Liberalen enthält. Warum hat Schippel denn nicht in der Kommission auf den Falkenhaynschen Gesetzentwurf hingewiesen? Grillenberger schrieb kürzlich von der Bosheit Schippel's. Als ich das las, hielt ich das Urtheil für zu scharf. Durch seine gestrige Rede hat mich Schippel überzeugt, daß Grillenberger mit seinem Urtheil über ihn recht hat. Die Agrarfrage läßt sich nicht beseitigen, wenn Sie auch diesmal den Entwurf ablehnen. Die Fragen drängen sich an uns heran und schließlich werden Sie gezwungen sein, ein Landprogramm zu machen; hoffentlich ist es dann nicht zu spät! (Beifall.)

Dertel-Münberg: Der springende Punkt in der Sache ist der: sind wir in der Lage, neue Forderungen aufstellen zu können, und können wir es thun, ohne mit unseren bisherigen Grundsätzen in Widerspruch zu gerathen. Bei Bebel's Ausführungen konnte man glauben, daß das ginge; und doch geht es nicht. Viele von uns haben angenommen, daß wir überhaupt keine Ursache haben, uns darum zu bekümmern, ob wir auf dem Lande die bisherige Produktionsweise erhalten oder ihre Aenderung beschleunigen können. Bebel sagte, die verlangten Maßregeln dienen nicht zur Konservierung, sondern nur zur Erleichterung der Existenz. Aber das Gefährliche ist: wenn man erst einmal anfängt, solche Forderungen aufzustellen, so läßt sich gar nicht absehen, wie weit wir noch gehen werden müssen mit ähnlichen und neuen Forderungen. Die ganze Frage läuft auf die Konkurrenzfähigkeit des Bauernthums hinaus, und da wissen wir doch ganz genau, daß wir ihm die Konkurrenzfähigkeit durch alle möglichen Reformen nicht retten oder verschaffen können.

Eine Forderung ist besonders herausgehoben worden: die Verstaatlichung der Hypothekenschulden. Bebel von 1893 war darüber ganz anderer Meinung als Bebel von 1895 es ist. Da erklärte er in Köln, daß die Verstaatlichung der Hypothekenschulden konservativ sei, und er war es, der da sagte: „Ich kann diejenigen Genossen, die in Landtage kommen, nur warnen, durch die Zustimmung zu solchen Forderungen in Kreisen zu agitiren, von denen wir nichts gewinnen können.“ Heute ist Bebel einer der glühendsten Verehrer der Hypothekenschuldenverstaatlichung.

Wenn man zu fränkischen Kleinbauern kommt und ihnen die Verstaatlichung der Hypotheken verspricht, dann sind die Bauern damit einverstanden, aber sie wollen dann immer mehr; vor allem wollen sie höhere Preise für ihre Produkte; denn ohne Preiserhöhung kann der Bauernstand nicht existiren. Können wir aber für eine solche Erhöhung sprechen, die den Arbeitern schadet?

Der süddeutsche Entwurf war ungeschminkt. Er versprach den Bauern eine Regelung der Volksernährung, eigentlich eine sozialistische Kaniskerei. (Sehr richtig.) Und diese Offenheit ist ein Vorzug. Die Verstaatlichung der Hypotheken erscheint mir sehr bedenklich. Eine Reihe praktischer Bedenken sprechen, von allem andern einmal abgesehen, dagegen. Wie soll die Abschätzung erfolgen? Bebel meint, der Staat solle nur die guten Hypotheken übernehmen. Dann ist es klar, daß das Wucherkapital, das nicht mehr die Hypotheken an erster und zweiter Stelle erhält, sich die Hypotheken an dritter und vierter Stelle für seine Wirksamkeit aussucht. (Sehr richtig.) Was der Bauer also bei den verstaatlichten Hypotheken an Zinsen spart, das muß er bei den letzten wieder zulegen. Unter 3 pSt. wird der Staat das Geld auch nicht hergeben können. Schon jetzt zahlen viele Bauern, die Geld aus Stiftungen haben, nicht mehr wie $3\frac{1}{2}$ und 4 pSt. Und wie hoch ist das Kapital, das der Kleinbauer aufnimmt, im höchsten Falle? 5000 Mk. Jetzt zählt er fagen wir 5 pSt. dafür; macht 250 Mk., dem Staat hätte er bei

3 pSt. 150 Mk. zu zahlen. Macht eine Ersparniß von rund 100 Mk. jährlich. Kann ihm das helfen? Nicht die Hypothekenschuld veranlaßt seine schlechte Lage, sondern seine schlechte Lage die Hypothekenschuld. Der Zinsfuß hat keine steigende Tendenz. Die Konkurrenz auf dem Geldmarkt treibt die großen Bankinstitute zur Herabsetzung der Zinsen. Das ist ein ganz natürlicher Prozeß. Was wir also dem Bauern bieten, ist heute schon durchgeführt. Die Werbekraft des Agrarprogramms würde also nicht bedeutend sein. (Sehr richtig.) Besser ist es zunächst, das Material zu untersuchen und dann aus dem Studium allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, die sich zu einem Programm verdichten können. Lehnen Sie also den Entwurf der Agrarkommission ab mit Ausnahme des letzten Vorschlags, der die Einsetzung einer Kommission will. — Zum Schluß noch ein Wort an Schippel. Ich habe keine Veranlassung, mich zum Vertheidiger Vollmar's aufzuwerfen. Aber das Wort Schippel's von seiner Charlatanerie, seiner Gewissenlosigkeit ist nur geeignet, neue persönliche Kämpfe heraufzuführen. Das geht zu weit. Dagegen muß ich namens der bayerischen Genossen Verfarung einlegen. (Beifall.)

Mollenbuhr stellt fest, daß er nicht so weit gehe, wie der Frankfurter Parteitag gegangen ist; er habe nicht für die Frankfurter Resolution gestimmt und würde auch heute nicht für dieselbe stimmen, weil diese unerfüllbare Forderungen stelle. Anders liege es mit den Forderungen der Agrarkommission. Wenn Genosse Schippel mit einem großen Aufwand von Kraft sich gegen die reaktionäre Einrichtung der Einzelbewirthschaftung der Allmenden gewendet habe, so hätte man erwarten müssen, daß er als Konsequenz seiner Ausführungen die Annahme der Forderung verlangt hätte, daß Gemeindeland in eigener Regie der Gemeinde oder durch Genossenschaften bewirthschaftet werden soll. Statt die Konsequenzen seiner eigenen Ausführungen zu ziehen, läßt er die Frage offen und sucht dadurch den Anschein zu erwecken, als habe die Agrarkommission sich zur Vertheidigerin der von ihm verurtheilten reaktionären Einrichtungen aufgeworfen. Ähnlich verhalte es sich mit seinen weiteren Ausführungen. Er bekämpft etwas, was von jedem Sozialisten bekämpft wird. Wenn ich für die Forderungen der Agrarkommission eintrete, dann geschieht es nicht, weil ich glaube daß unser Programm für die Agitation nicht ausreicht, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine politische Partei, wie die Sozialdemokratie, zu allen Tagesfragen Stellung nehmen muß. Dem Agitator wie dem Theoretiker steht die Wahl offen, welche Fragen er behandeln will, dem Politiker nicht. Als politische Partei müssen wir zu allen Fragen Stellung nehmen und können uns nicht, wenn uns die Noth zu hart erscheint, mit vornehm philosophisch klingenden Reden über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens hinwegsetzen. Die Agrarfrage beherrscht heute das öffentliche Leben, weil die Landwirthschaft sich in einer schweren Krisis befindet. Die Krisis wird von keiner Seite geleugnet, aber von vielen Seiten wird die Meinung verbreitet, daß jeder Zusammenbruch den Sozialismus fördert; das ist aber nicht richtig. 1867 brach in Ostpreußen die bis dahin betriebene Wirthschaft zusammen. Tausende Arbeiter verelendeten und verhungerten; aber Sozialisten haben wir an ihnen nicht gewonnen. Ein Zusammenbruch wird erst dann unsere Sache fördern, wenn vorher alle Hilfsmittel der kapitalistischen Produktion erschöpft sind. Die gegenwärtige Krise geht tiefer, sie ist allgemeiner, und daher suchen fast alle Parteien Abhilfsmittel vorzuschlagen. Fast sämtliche gesetzgebende Körperschaften werden sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen haben, und deshalb muß der Parteitag die Richtung angeben, in welcher sich unsere Genossen zu bewegen haben.

Zwei Richtungen lassen sich bis jetzt in den alten Parteien feststellen, die preußischen Junker, sowie der von diesen geleitete Bund der Landwirthe, wollen die Massen durch höhere Zölle, Geldverschlechterung, den Antrag Kanis

und ähnliche Mittel ausbeuten und die Landarbeiter durch Heimstätten, Renten-güter u. s. w. in tiefere Versklavung herabdrücken. Diese Richtung müssen wir unter allen Umständen bekämpfen. Demgegenüber giebt es hervorragende Landwirthe, wie z. B. der freikonservative Schulz-Lupitz, welche die Mittel der Junker und des Bauernbundes verschmähen; sie wollen weniger die Massen und die Arbeiter, als den Grund und Boden stärker ausbeuten. Sie behaupten, durch rationelle Bearbeitung und intensivere Wirthschaft können dem Boden viel höhere Erträge abgerungen und die Noth der Landwirthe verringert werden. Unter den von der letztgenannten Richtung vorgeschlagenen Mitteln giebt es solche, die wir unterstützen können, weil durch diese die Entwicklung gefördert und beschleunigt wird und schneller zur Erschöpfung der Hilfsmittel der heutigen Gesellschaft führt. Die Gegner der Vorschläge sagen aber: durch die vorgeschlagenen Mittel würden den Unternehmern besondere Vortheile bewilligt und deren Privateigenthum gestärkt; es ist ungerecht, Einzelnen Nutzen zu bringen, und reaktionär, den Kampf der Kleinbesitzer um die Existenz zu verlängern. Die Ungerechtigkeit, welche in diesen Vorschlägen liegen soll, wird jetzt schon oft begangen. Wird nicht durch alle Kulturunternehmungen, denen wir bis jetzt zugestimmt haben, vielen Grundbesitzern und ganzen Unternehmungskreisen ein großer Profit in die Taschen gespielt? Der Bau von Eisenbahnen erhöht die Bodenwerthe in Nähe der Bahnhöfe; der Bau des Nord-Elbe-Kanals hat die Grundstückspreise in Brunsbüttel und Holtzau mehr als verdoppelt, und die Unternehmer sind es, welche durch Verbesserung der Verkehrsmittel den höchsten Profit einheimen. Obwohl diese Wirkung jedem Genossen bekannt ist, treten wir stets für Vermehrung der Verkehrsmittel ein, weil auch die ganze Bevölkerung mit an dem Nutzen dieser Einrichtungen theilnimmt.

Ähnlich verhält es sich mit den von der Kommission vorgeschlagenen Mitteln. Hebung der Ausbildung der Landleute durch Fachschulen, Musterwirthschaften, Versuchstationen, Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch Meliorationen, Ausdehnung des Jagdrechts u. s. w. sind Forderungen, die zunächst einzelnen Grundbesitzern großen Nutzen bringen; aber das vermehrte Angebot von Ackerbauprodukten drückt die Preise und nützt also der ganzen Bevölkerung. Die Meliorationen fördern das Genossenschaftswesen und dadurch den Großbetrieb. In der Landwirtschaft können Großbetriebe nicht so leicht wie in der Industrie gebildet werden, weil der Großunternehmer den bereits in festen Händen befindlichen Boden haben muß. Gilt es aber Vortheile auszunützen, welche den Großbetrieb bedingen, dann entschließt sich der Bauer leicht zur Genossenschaft, wie dieses die zahlreich vorhandenen Genossenschaftsmeiereien beweisen. Die Redensarten vom antiskollektivistischen Bauernschädel und von der bäuerlichen Einsichtslosigkeit sind Verlegenheitsphrasen, deren Haltlosigkeit aus tausenden Beispielen des praktischen Lebens leicht nachgewiesen werden kann. Unser Programm hat bisher hauptsächlich den Industrie-Arbeiter ins Auge gefaßt, das zeigen unsere „Forderungen“. Den Bauer zu schmeicheln ist mir widerlich; aber es ist auch unklug, wenn man ihn nutzlos insultirt, wenn man von bäuerlicher Einsichtslosigkeit und Besitzfanatismus spricht. Mit dem bloßen Beiseitenschieben der Agrarfrage erreicht man nichts; sie tritt im Leben an uns heran, und wir können uns nicht aus dem Leben heraus drängen lassen. Dann wären wir schlechte Kämpfer. (Lebhafter Beifall.)

Grünwaldt-Hamburg: Wer wollte bestreiten, daß Mollenbuhr mit seiner Taktik große Erfolge in Schleswig-Holstein erreicht hat. In dieser Provinz liegen die Verhältnisse aber auch eigenartig. Das Genossenschaftswesen ist dort außerordentlich verbreitet, aber es ist auch nicht zu verkennen, daß zum Theil die Verhältnisse der Arbeiter durch das Genossenschaftswesen verschlechtert worden sind. Was den Entwurf der Agrarkommission betrifft, so erscheinen mir die Fragen, in denen er bereits eine bindende Direktive geben

will, noch nicht spruchreif. Wir wollen ruhig noch 3, 4 Jahre debattiren und dann sehen, was wir zu thun haben. Vor Stegmüllereien werden wir dadurch doch nicht geschützt. Im Gegentheil; was würden nicht Leute, die zur Stegmüllerei neigen und Landtagsabgeordnete sind, anfangen, wenn sie das so erweiterte Programm in die Hand bekämen. — Die eigentlichen Bauern werden nach wie vor unsere Feinde bleiben. Ein wirkliches Aktionsprogramm werden wir erst nach Jahren bekommen. Deshalb bitte ich, die Rautsky'sche Resolution anzunehmen.

Die Debatte wird auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt

Duarc, daß die Aeußerung von Rautsky, er (Redner) habe sowohl den Engels'schen Ausführungen, als auch dem entgegengesetzten, von Engels verurtheilten Gedanken des französischen Programms zugestimmt, auf einer irrthümlichen Auffassung beruhe.

Schippel: Nach den Ausführungen von Bebel müssen die Genossen glauben, der Gipfel meiner Perfidie gegen die Agrarkommission sei durch den Brief erreicht, in dem ich mein Fehlen in den letzten Tagen zu entschuldigen bitte. Ich werde, um Klarheit zu schaffen, den Brief verlesen. (Geschrie.) Sie sehen also, daß darin vorgeschlagen ist, statt des Programmentwurfs nur die Punkte desselben als Gerippe und Unterlage für eine Diskussion vorzulegen.

Bebel: Ich habe Schippel wegen des Briefes nicht den Vorwurf der Perfidie gemacht, sondern nur auf seine fortwährend wechselnde Gesinnung hingewiesen und betont, daß er in den Brief wieder denselben Standpunkt eingenommen hat, den er in seinem ersten Artikel im „Sozialdemokrat“ vertrat. Eine widerspruchsvollere Haltung ist mir bisher nicht vorgekommen. Mir ist freilich dieser seltsame Widerspruch nicht unerklärlich.

Schippel: Ich hatte nur die Absicht, durchzusetzen, daß aus dem Programm die agrarischen Forderungen entfernt werden sollten.

Singer: Wir ist die Mittheilung geworden, daß seitens des hiesigen Polizeipräsidiums (Rufe: Aha!) eine Verfügung an die Gekräftbeamten ergangen ist, jede Ansammlung sowohl Abends hier vor dem Lokal als auch bei dem beabsichtigten Besuch der Friedhöfe mit aller Schärfe zu verhindern. (Hört, hört!) Was mit der Ansammlung vor dem Lokal gemeint ist, ist mir unersichtlich, da wir ja auf den Kommerz verzichtet haben und die Delegirten keine Veranlassung haben, sich heute Abend hier anzusammeln. Vielleicht handelt es sich um eine Ansammlung der Polizei. (Heiterkeit.) Was über die Verfügung inbezug auf den Besuch der Gräber anbelangt, so seien Sie sich bewußt, daß wir beschloffen haben, in zwanglosen Gruppen den Gräbern unserer verstorbenen Vorkämpfer einen Besuch abzustatten. Wir werden abwarten, ob man versuchen wird, uns an der Erfüllung einer Pflicht der Pietät zu verhindern. (Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 10. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Mehrere Begrüßungsschreiben sind eingegangen; das von „einigen Mitgliefern der Ferienkolonie“ gesandte wird mit großem Beifall aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Antrick namens der Mandatprüfungskommission mit, daß nachträglich Proteste gegen die Gültigkeit der Mandate von Röhrle-Heilbronn und Gehr-Bremerhafen eingelaufen seien. Da beide Mandate für gültig erklärt und die Proteste verspätet eingelaufen sind, beantragt die Kommission, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage ohne Debatte bei.

Hierauf wird in die Tagesordnung (Fortsetzung der Berathung des Agrarprogramms) eingetreten.

David-Gießen: Parteigenossen! Die Vorschläge der Kommission sind von dem Korreferenten Schippel unter der Devise „nichts als Diebstahl“ eingeführt worden. Zu diesem Vorwurfe des Diebstahls muß ich einige Bemerkungen machen. Der der Agrarkommission mitgegebene Auftrag erforderte natürlich Kenntnißnahme auch der Forderungen und Wünsche, welche aus den Kreisen der an der Agrarfrage unmittelbar mit dem eigenen Leibe Beteiligten in Presse und Parlamenten zu Tage getreten sind. Unsere Vorschläge sollten nichts anderes sein als Vorschläge für die Stellung, die die Partei zu den agrarpolitischen Tagesforderungen nehmen sollte; Tagesfragen erfindet man nicht. Wir mußten da natürlich auch die Forderungen kennen lernen, die heute bereits von anderen Parteien geltend gemacht werden. Soweit diese Forderungen dem Interesse landwirtschaftlicher Kapitalisten und Unternehmer dienen, mußten wir sie von vornherein ausschneiden. Was übrig blieb mußten wir prüfen daraufhin, ob es nicht nur der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, sondern auch der gesammten Bevölkerung zugute kommt. Diesen Forderungen mußten denn auch wir positiv näher treten.

Wenn Sie also erwartet haben, die Agrarkommission werde Ihnen das Produkt einer ganz neuen agrarpolitischen Phantasie vorlegen, dann allerdings haben wir Ihre Erwartungen getäuscht. Aber zu dieser Erwartung waren Sie der Natur des uns gegebenen Auftrages nach nicht berechtigt.

Sodann habe ich noch die Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses gegen einen besonders schweren Vorwurf des Diebstahls und der Hehlerei zu verwahren. Der Genosse Schippel hat behauptet, wir hätten unsere Vorschläge dem Grafen Falkenhayn gestohlen und er hat dessen Name ganz geschickt dazu benutzt, die Vorschläge zu verdächtigen. Aber zunächst ist nicht, wie Schippel es dargestellt hat, fast das ganze Programm von Falkenhayn entlehnt: Unser Entwurf enthielt 15 Punkte. Es handelt sich um einen Punkt desselben; ja nicht einmal um einen ganzen Punkt, sondern um einen Passus in einem Punkte, nämlich um das Eintreten der Gemeinde bei Vergantungen. Schippel hat zwar behauptet, daß noch weitere Forderungen dem Falkenhayn'schen Gesetz entnommen seien, nämlich der staatliche Ankauf von Getreide direkt von den Produzenten und die Beleihung landwirtschaftlicher Produkte. Aber Schippel wird doch wohl nicht im Ernst behaupten wollen, daß das Dinge sind, die man an den Namen Falkenhayn anknüpfen kann. Das sind Dinge, die in fast allen agrarpolitischen Programmen vorkommen. Genosse Schippel hat uns der beabsichtigten Verheimlichung geziehen. Die Falkenhayn'sche Forderung ist seit Jahren in der Presse behandelt worden, sie ist jedem bekannt, der sich überhaupt mit diesen Dingen beschäftigt. Wir sind doch nicht so einfältig, Dinge, die seit Jahren diskutiert werden, als unser Eigenthum reklamieren zu wollen.

Nicht nur in der bürgerlichen Presse, auch in der Parteipresse hat der Falkenhayn'sche Vorschlag längst vor unserem Entwurf Beachtung gefunden. Das heißt, ich setze bei dem allem zunächst einmal voraus, unsere Forderung sei identisch mit der Forderung Falkenhayn's, was aber keineswegs der Fall ist, worauf ich nachher komme. Genosse Bollmar hat in seiner bekannten Agrarrede im bayrischen Landtag auch dieses Vorschlags Erwähnung gethan. Diese Rede ist als Sonderabdruck aus unserem Würzburger Parteiorgan in Tausenden von Exemplaren als Bauernagitationsbroschüre verbreitet worden. Es handelt sich also durchaus nicht um Dinge, die im Schoße der Kommission geheimnißvoll behandelt worden wären. Der Genosse Schippel hat dann in sehr dramatischer Weise die Person des Grafen Falkenhayn, „an dessen Händen das Blut der Bergarbeiter fließt“, dazu benutzt, um gegen den Vorschlag Stimmung zu machen. Ja, wenn wir alle die Dinge verurtheilen wollten, die

von unseren Gegnern stammen, dann hätten wir noch manches andere zu verurtheilen, z. B. auch das allgemeine Wahlrecht, weil es von dem „Blut- und Eisenmann“ stammt. Schippel selbst hat sich ja nicht geschaut, für seine Auffassung über die Wald- und Weiderechte Männer als Autoritäten heranzuziehen, die unsere schärfsten Gegner sind. Wollte ich mich in ähnlich dramatischer Weise ausdrücken, so würde ich sagen, er hat sich auf die Autorität der Männer gestützt, „an deren Händen das Blut der Bauern von Fuchsmühl fließt“. Ein derartiger Kritik ist werthlos; nicht die Person, sondern die Sache haben wir zu prüfen.

Was nun die Sache anlangt, so unterscheidet sich unser Vorschlag ganz wesentlich von dem Vorschlag Falkenhayn's. Ja, in seinem Endziel ist er das Gegentheil desselben. Man hat uns untergeschoben, wir wollten damit das Privateigenthum des zur Vergantung kommenden Bauern retten. Falkenhayn's Vorschlag läuft allerdings darauf hinaus, indem er Rentengütr schafft. Davon ist in unserem Vorschlag keine Rede, er spricht nicht von Renten, sondern von Lehengütern. Wir sagen, der Ankauf durch die Gemeinde und die Uebertragung des Gutes an den früheren Besitzer als Nutznießer soll dem Nutznießer durchaus nicht neuen Privatbesitz verschaffen. Aus taktischen Gründen wollten wir nicht von Pacht sprechen, denn Pachtverträge sind heute anrücklich, und wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn man einem Landwirth die Nutznießung giebt, doch die Pachtfrist so stellen muß, daß genügende Zeit bleibt, Verbesserungen zu machen und sie vergolten zu erhalten. Also die Pacht soll über das Maß der heutigen Pachtzeiten hinausgehen; aber vor dem Schritt zum Privateigenthum, das verkauft und vererbt werden kann, haben wir durch das Wort Lehen, welches von „leihen“ kommt, scharf Halt gemacht. Und so paßt sich unser Vorschlag in die Forderung, das Gemeineigenthum zu vermehren, hinein. Falkenhayn wollte mit seiner Politik die Landwirth, auch eine breitere Masse von Kleinen, hinter sich bekommen als Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung. Eine solche Absicht läuft den unseren natürlich schnurstracks entgegen. Von dem in unserem Entwurf enthaltenen Vorschlag ist in der von der Gesamtkommission gemachten Vorlage nur noch ein Gedanke festgehalten, nämlich das Verkaufrecht der Gemeinde bei Vergantungen von Grundstücken. Er entspricht dem Ziel, das Gemeineigenthum zu vermehren und die heutige bloß politische Gemeinde allmählig in eine Wirtschaftsgemeinde überzuleiten. Die ganze Darstellung Schippel's war also falsch und seine Vorwürfe ungerecht. Ich will nicht in denselben Fehler wie er verfallen und Vorwürfe wie Unverstand und Gewissenlosigkeit gegen ihn erheben. Ich überlasse es dem Urtheil der Genossen, auf wessen Seite hier der Mangel an Verstand und Gewissen zu suchen war.

Bezüglich des Waldstreurechts haben wir uns nach Schippel nicht von wissenschaftlichen Grundsätzen leiten lassen. Wäre Schippel in der Kommission dabei gewesen, so hätte er außer seinen Gesichtspunkten noch manches Andere und Bessere hören können. Etwas Neues hat er uns nicht gesagt. Schippel hat die Interessen der rationellen Forstkultur mit dem Interesse der Gesamtheit, das Interesse des Fiskus mit dem des Volkes zusammen geworfen, obgleich das heute zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Forstverwaltung ist eine staatskapitalistische Verwaltung. Die Holzkultur ist ihr die Hauptsache. Deshalb ist es ihr angenehm, wenn der Bauer mit seinem Vieh ganz aus dem Walde fernbleibt. Die Darstellung vieler Forstbeamten über die Wirkung der Wald- und Weiderechte ist also einseitig, und kann nicht für uns maßgebend sein. — Uebrigens wenn es sich um die Erhaltung und Vermehrung des Wildstandes handelt, wenn das Jagdvergnügen der Herren in Betracht kommt, dann muß die „rationelle Forstkultur“ hinstehen. Da können Tausende und aber Tausende von jungen Stämmchen jährlich geschält werden, ohne daß

das „fiskalische Interesse“ dagegen aufgeführt wird. Wohl aber tritt es sofort den Bauern gegenüber in Kraft, dessen Existenz an die Benutzung des Waldes gebunden ist.

Genosse Schippel hat sodann die Frage der Almende ausführlich erörtert. Er zitierte aus Buchenberger und Anderen. Der Haupteinwurf war, daß die Almenden zur Schollenfleberei führten. Ich sage hierzu: die Almendtheilhaber sind einsichtig genug, um zu wissen, ob es für sie sich lohnt zu bleiben oder auszumandern. Es soll durch Zurückhalten der Almendberechtigten Uebervölkerung und Lohnrückerei in den betreffenden Dörfern entstehen. Betreffe der Lohnrückerei hat aber die Sache noch eine ganz andere Seite. Ich meine die Lohnrückerei, die in den Städten entsteht dadurch, daß die ländliche Bevölkerung in die Städte getrieben wird. Sie wird um so schlimmer, je mehr durch Aufhebung der Almenden und des Waldstreurechtes so und soviel bäuerliche Elemente vernichtet und aus ihrem Eigenthum getrieben nach der Stadt kommen. (Beifall, Zuruf.)

Es wird mir zugerufen: „Das heißt also revolutioniren!“ Ja, wenn die Lohnrückerei revolutioniren würde, dann wäre doch die ganze Thätigkeit unserer Gewerkschaften eine antirevolutionäre. (Sehr gut!) Sind denn die Gegenden, wo Hungerpreise gezahlt werden, der Boden, auf dem wir Gelegenheit zum Revolutioniren haben? (Zuruf: An die Scholle gefesselt!) Ja, bei dieser „Fessel“ hat es der Kleinbauer doch jederzeit in der Hand, sie zu lösen, sobald er eingesehen hat, daß dies seinem Interesse entspricht. Was man jederzeit von sich schütteln kann, ist nach meiner Meinung keine Fessel.

Was nun die Verstaatlichung der Hypotheken betrifft, so hat nach Rautsky die Börse den Vortheil davon. Dem gegenüber frage ich, wo werden denn die Dividenden hinkommen, die heute die privaten Bodenkreditbanken in so reichem Maße ziehen. Heute haben die Kapitalisten den Vortheil des Hypothekengeschäfts und der soll ihnen gerade genommen werden. Das wissen die Herren auch und deshalb sind sie erbitterte Gegner der Hypothekenverstaatlichung. Dem Genossen Viertel gegenüber bemerke ich, daß technische Schwierigkeiten sich hier wie allermärs finden, aber auch überwinden lassen. Auf seinen Einwurf will ich nur bemerken, daß man ja für Grenztagen die erste, zweite und höhere Hypotheken festsetzen kann. So gut wie Private kann auch der Staat eine Risikoprämie in die Selbstkosten aufnehmen. Die Endgrenze wird da liegen, wo der eigentliche Werth des Gutes aufhört. Will man über den Werth des Gutes hinaus noch ein Geldleihen ermöglichen, so kann nur Personalbeleihung erfolgen. Auch hier ist man ja schon auf dem Wege, Organisationen zu schaffen. Das dem Privatkapitalisten durch die staatliche Organisation des Realcredits schon eingeschränkte Gebiet für Zinsziehung und Wucher wird dann noch weiter eingeschränkt.

Genosse Rautsky ließ dabei das Gespenst der Staatsklaverei des Bauern aufmarschieren. Jetzt haben wir die Sklaverei des Privatkapitals, die unter Umständen ganz offen politischen Druck auf den Bauern ausübt. Diese Privatsklaverei, die durchaus nicht zu unterschätzen ist (ich erinnere an die Schweger Stichwahl), würde doch zunächst beseitigt. Und ferner: Der Bauer ist eine viel demokratischere, widerstandsfähigere Natur als etwa der ostelbische Landarbeiter. Sollte es dem Staat einfallen, den Bauern mit den Hypotheken zu fusioniren, so würde es wohl bald lebensgefährlich für den Landrath werden, in die Dörfer zu kommen. Der Staat würde dadurch die Bauern selber gegen sich revolutioniren.

Nun zur geforderten Vermehrung des Gemeinlandes und zum Verbot des Verkaufs öffentlicher Ländereien. Diese Forderung bezeichnet Schippel als Charlatanerie, deren sich kein westeuropäischer Sozialist mehr schuldig machen dürfte. Nun, auch westeuropäische Sozialisten, die wir bisher nicht gewohnt

sind, als Charlatane zu bezeichnen, stimmen in der Forderung der Vermehrung des Gemeinlandes mit uns überein. Das Programm unserer französischen Genossen enthält diese Forderung und unser Genosse Vandervelde hat dies ebenfalls in seiner Rede im belgischen Parlament als eine agrarsozialistische Forderung aufgestellt. Unserem Prinzip entspricht ja diese Forderung auch voll und ganz, es könnte sich nur darum handeln, ob es jetzt schon an der Zeit ist, diese Forderung praktisch geltend zu machen. Wir wollen das Gemeindeeigenthum doch prinzipiell vermehren. Und da kann schon heute manches geschehen. So können wir dafür bereits überall da eintreten, wo Grundbesitz zwangsweise den Eigenthümer wechseln soll. Ein Bauer, der zum Pächter von Land geworden ist, ist für uns infolge der veränderten wirtschaftlichen Existenzunterlage viel leichter zu gewinnen, als wenn er noch Eigenthümer wäre. — Nebenbei bemerkt: Wenn Rautsky sagt, der Kleinbetrieb bedingt das Privateigenthum an Boden, so ist das nicht richtig. Wo wollten Sie denn theoretisch den kleinen Pächter unterbringen?

Die Forderung des Naturalzinses im süddeutschen Programm ist als etwas ganz Ungeheuerliches hingestellt worden. Wir wollten dadurch dem Bauern das Aufgeben seines Privateigenthums bei der Vergantung erleichtern; ihm den Gedanken des freiwilligen Uebergangs zum Lehnsinhaber nahelegen. Wir boten ihm dadurch die Möglichkeit, aus der heutigen Zwangslage: auf der einen Seite zu festen Ausgaben gezwungen und auf der andern Seite auf schwankende Einnahmen angewiesen zu sein, herauszukommen. Wir Süddeutschen sind mit dieser Forderung in der Kommission nicht durchgedrungen; viel gewichtigere Erwägungen wurden uns entgegengehalten als die Schippel's.

Die Frage: ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen, ist eine theoretische, und ich halte, trotz der freundlichen Anmerkung des Genossen Rautsky, den Parteitag nicht für den Ort, sie zu erörtern. Sie zu entscheiden ist nicht Sache einer politischen Partei, sondern der landwirtschaftlichen Fachleute und vor allem der praktischen Landwirthe selbst. Hier heißt es auch: Probiren geht über Studiren. Die Frage ist übrigens eine unter den Fachleuten durchaus unentschiedene Streitfrage. Ein „fester Boden der Wissenschaft“ existirt nicht; es giebt nicht zwei Professoren, die in einer Frage das gleiche denken. Die Wissenschaft hat den Muth, sich beständig zu manövern.

Wir haben in dem Sinne auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, daß wir ihr Fortschreiten wahrnehmen und uns zu nütze machen. Darum haben wir uns auch mit unseren Vorschlägen betreffs der Bewirthschaftung des öffentlichen Grundeigenthums nicht auf eine Theorie festgenagelt. Gerade die Freilassung verschiedener Bewirthschaftungsformen hat man so als ein leuchtendes Beispiel dafür angeführt, daß wir selbst noch nicht wüßten, was wir wollen. Wenn wir Forderungen für die Gegenwart aufstellen, so müssen wir doch den heute gegebenen thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Wir verlangen, die Gemeinde soll Grundeigenthum erwerben. Sie hat oder erwirbt heute ein Stück Wald, morgen eine Wiese, übermorgen ein großes angrenzendes Gut und demnächst vielleicht einige Ackerparzellen. Wald, Wiese oder Obstand kann und soll sie heute schon in eigene Regie nehmen. Für ein großes Gut ist eine Genossenschaft nicht unmöglich. Für wenige zerstreute Ackerparzellen wäre sie ein Unsinn. In solchen Fällen müssen wir es eben an Selbstbewirthschafter vergeben. Unter keinen Umständen aber dürfen wir zugeben, daß das Gemeinland einem kapitalistischen Bewirthschafter überlassen wird. Denn das Prinzip verlangt Beseitigung der Ausbeutung, Verhinderung jeder Ausbeutungsmöglichkeit.

Nun sagt Rautsky, durch Ausschluß der kapitalistischen Bewirthschaftung bewirken wir, daß der betreffende Boden nicht rationell bewirthschaftet werden kann. Das ist eine Streitfrage; lassen wir sie dahingestellt. Aber eine

Außerung vom Genossen Rautsky hat mich doch verblüfft. Rautsky meinte, je mehr die kapitalistische Landwirtschaft sich entwickle, desto mehr werde der Boden ausgeraubt, da die erhöhte Ausbeutung des Bodens mehr Lebensmittel in die Städte bringe, dort mehr Dünger erzeugt werde und dieser kostbare Stoff dann in die Flüsse und ins Meer geschwemmt werde. Ja, wenn das wahr wäre, dann müßte man ja gerade den Bauern ihre „rückständige Betriebsweise“ im Interesse unseres heimischen Bodens lassen.

Es sind immer noch falsche Auffassungen im Gange über den Begriff Kleinbauer. So wurde wieder von Kleinbauern mit Dienstboten gesprochen. Der Bauer mit Dienstboten ist nicht in Masse für uns zu gewinnen. Darüber ist auch die Kommission einig.

Rautsky hat Quard gegenüber, der Engels zitierte, von Seiltänzerei gesprochen. Ich habe Engels ebenso verstanden und habe ich mich also auch der Seiltänzerei schuldig gemacht. Ich glaube ihn aber richtig verstanden zu haben. Engels kommt in dem Artikel trotz seiner Ansicht, daß es mit dem Bauern zu Ende gehe, doch zu der Meinung, es müsse für den Bauern in der Gegenwart etwas geschehen. Er spricht ausdrücklich davon, daß der Abstieg der Bauern ins Proletariat gehindert werden müsse im Parteinteresse. Das kann sich nicht auf die „revolutionäre Uebergangsperiode“ beziehen.

Rautsky sagt in seiner Resolution, das Interesse der Landeskultur sei das Interesse der Besitzer. Wenn Sie dieses Prinzip der Resolution annehmen, so legen Sie sich in dem Sinne fest, daß Ausgaben für Landeskultur in Zukunft nicht mehr bewilligt werden dürfen. Das würde uns ungeheuer schaden. Ueberall werden für Landeskulturzwecke jährlich von unseren Genossen Mittel bewilligt; so in Bayern, Württemberg, Baden und auch in Sachsen. In Hessen ist vor einigen Jahren eine Landestreditbank ins Leben gerufen worden, für die unverzinsbare Darlehen aus Staatsmitteln bewilligt sind, und dafür sind unsere Genossen eingetreten. Ähnliche Beispiele lassen sich in großer Menge nicht nur aus Hessen, sondern auch aus anderen Einzelstaaten anführen. Durch die Resolution Rautsky's aber wird diese bisher geübte Praxis unmöglich gemacht. Dasselbe gilt für Summen, die man für Gewerbeausstellungen, Gewerbeschulen und dergl. bewilligt. Wir dürfen uns nicht bloß verneinend verhalten. Für uns ist vielmehr die politisch gebotene Stellung in diesen Fragen die, daß wir in die Forderungen der Agrarier unser demokratisches Del hineingießen. Wir dürfen nicht einfach sagen, wir lehnen es ab, sondern wir treten auch dafür ein, aber wir zwingen Euch, es so zu gestalten, daß es nicht den Großbesitzern allein, sondern der Gesamtheit der Kleinen zu gute kommt. Von dem Standpunkte aus müssen Sie unsere Forderungen betrachten. Thun wir für die Landeskultur nichts, so leisten wir den Großagrariern einen Dienst, die uns dafür beim Bauern verklagen können. Wir treiben ihnen die Bauern in die Arme.

Ich will noch auf ein Beispiel aus der Wirklichkeit verweisen. Wir in Hessen hatten Ende vorigen Monats eine Jahresversammlung der zentralisirten landwirtschaftlichen Vereine, Genossenschaften u. Da wurde beschlossen, die Viehzucht im ganzen Lande einheitlich zu gestalten. Dazu sind staatliche Hilfsmittel nötig, also unsere Genossen werden demnächst im Landtage mit dieser Frage zu thun bekommen. Zugleich wurde beschlossen, den Getreideverkauf über das ganze Land einheitlich zu organisieren und den Staat um Beihilfe anzugehen zur Errichtung von Bezirkslagerhäusern. Auch dazu werden unsere Vertreter Stellung nehmen müssen. Außerdem liegt der hessischen Kammer ein Antrag des Bauernvereinses Köhler vor, die Bodenmeliorationen und Bewässerungen nach einem einheitlichen Plane mit Staatshilfe zu organisieren. Wenn wir da nach der Resolution Rautsky's alle Hilfe verweigern, dann jagen wir ja vollends die Bauern ins Elend. Wir wollen Landeskultur im Interesse der kleinen

Bauern treiben, nicht im Interesse der Großen. Rautsky hat weiterhin gemeint, es wäre leicht, über die Frankfurter Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Wir beanspruchen, eine zielbewußte Partei zu sein, und spotten über den Zickackkurs unserer Gegner. Dann dürfen wir doch selbst keinen Zickackkurs einschlagen. Hüten Sie sich, den Gegnern durch solche rasche Ueänderungen Ihrer Beschlüsse eine Waffe in die Hand zu geben und das Vertrauen auf unsere Zielbewußtheit zu erschüttern.

Wenn Sie meinen, daß die Fragen noch nicht spruchreif seien, so ist hiergegen nichts zu sagen. Aber nehmen Sie nicht die Rautsky'sche Resolution an, die dem Beschluß des Frankfurter Parteitages eine Ohrfeige giebt. Nicht dadurch haben wir, wie Rautsky sagt, die Massen gewonnen, daß wir die Köpfe revolutionirten. Durch die praktische, an die Gegenwart anknüpfende Thätigkeit haben wir die Massen gewonnen. Mit dem Revolutioniren der Köpfe können wir einige Studenten gewinnen. Mit Zukunftshoffnungen, mit Ideen, die keineswegs leicht zu begreifen sind, gewinnen wir die Massen nicht. Die Revolutionirung der Massen geht nicht vom Kopfe, sondern vom Magen aus. Mit der Revolutionirung der Köpfe wären wir eine kleine Setze wissenschaftlicher Sozialisten geblieben, hätten aber keine Massenbewegung. Das ist nicht meine Ansicht, die Ansicht eines jungen Mannes, allein. Die erfahrensten, ältesten Genossen stimmen mit mir überein. Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Bebel's auf dem Halleischen Kongreß.

Sie haben dem Genossen Stücken Beifall gegeben, als er betonte, die gemachten Vorschläge ließen sich schon auf Grund des prinzipiellen Programms vertreten. Dann sprechen Sie dies durch eine Resolution aus, damit sind wir ganz einverstanden. Unser Prinzip fordert Gemeineigentum, Beseitigung des privaten Geld- und Kreditwesens, höchste Entfaltung der Landeskultur u. s. w. Alles das billigen wir im Prinzip. Es handelt sich also hier nur um die Frage, ob wir schon jetzt für derartiges praktisch eintreten dürfen. Wenn wir aber mit der Resolution Rautsky zu dem Bauern kommen, so müßten wir ihm sagen, heute stimmen wir gegen alles, was wir selbst für die Zukunft fordern, weil es nicht der Gemeinheit zu gute kommt, erst muß der Zukunftsstaat eintreten. Damit erreichen wir aber nichts. Rautsky sprach von der Diktatur des Proletariats, aber darauf können wir lange warten, wenn wir 4—5 Millionen Menschen für garnichts halten und dem Bauern sagen, ihr müßt erst zu Grunde gehen. Wenn wir den Uebergangszustand haben wollen, so müssen wir praktische Politik treiben. Ich weiß aus persönlicher Anschauung, daß der Bauer im Allgemeinen ein einsichtsfähiger und praktisch denkender Mensch ist. Man darf des Bauern Eigenart nicht als Rückständigkeitsbeil betrachten.

In der Frage des kleinbäuerlichen Privateigentums läßt sich auch mit dem prinzipiellen Programm ganz gut auskommen. Wenn die Bauern danach fragten, so verwies ich sie zunächst auf den prinzipiellen Satz, daß wir nur den kapitalistischen Besitz an Grund und Boden, also den Besitz, der groß genug ist, um als Mittel zur Ausbeutung von Lohnarbeitern zu dienen, angreifen. Wollten sie etwas über unsere zukünftige Haltung wissen, so las ich ihnen den Satz vor, der sich in unserer offiziellen Erläuterungsbroschüre zum Erfurter Programm Seite 25 findet und von Rautsky geschrieben ist. Es lautet: „Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantastieren bloß unsere Gegner.“ (Zuruf.)

Sie meinen, ich hätte dann auch die nächsten Sätze vorlesen sollen. Ist auch geschehen; sie betonten ausdrücklich, daß es in die freie Hand der Bauern gestellt wird, zum Gemeinbetrieb überzugehen. Es also seiner eigenen Einsicht von dem, was ihm zum Besten dient, überlassen bleibt. Das sagt unser

Programm zur Zeit über das Kleinbäuerliche Eigenthum. Und dasselbe wird schon in Liebknecht's „Grund- und Bodenfrage“ sowie von Engels erklärt.

Der Genosse Hertel hat die erste Forderung des süddeutschen Entwurfs ins Lächerliche gezogen. Er wird seinen Scherz selbst nicht für Ernst nehmen wollen. So war die Sache nicht gemeint. Wir wollten vielmehr, indem wir von der Ernährungsfrage ausgingen, von vorn herein sagen: Die ganze Frage ist nicht nur eine Bauernfrage. Sie ist in höchster Linie die Ernährungs-, die Brotf Frage, also eine Volksfrage! Das war der Grundgedanke. Nicht aus theoretischer Spielerei sprechen wir ihn aus, sondern aus praktischen und taktischen Gründen. Er legt am schärfsten unseren Gegensatz zu den eigentlichen Agrariern dar, welche als höchstes Ziel die Erhaltung der Landwirthschaft, der „Bauern“, der „festesten Stütze der Monarchie“ durch Zölle, Kanispreise, Liebesgaben u. s. w. hinstellen. Uns steht das Interesse der Gesamtheit am höchsten, nicht das Interesse eines Berufsstandes. Wir gingen nicht von dem Recht, sondern von der Pflicht der Landwirthschaft aus.

Die Agrarfrage ist eine politische Frage ersten Ranges. Daß sie in den Reihen der Genossen noch nicht volles Verständniß findet, liegt nicht an einem intellektuellen Mangel. Die Schwäche des Standes der Kommission liegt darin, daß hinter ihr nicht eine Masse steht, die die ländlichen Verhältnisse am eigenen Leibe empfindet, die Agrarfrage nicht als ihre eigene Existenzfrage fühlt. Diese Masse soll ja erst gewonnen werden. Die Kommission befindet sich in derselben Lage, wie die ersten Sozialisten aus der Bourgeoisie. Aber diese Schwierigkeit muß überwunden werden, sonst gefährden wir den Fortschritt der Partei. Die Ablehnung der Vorschläge der Kommission wird von unseren Feinden als feindselige Stellung gegen die Bauern, als Gleichgiltigkeit gegenüber ihrer Nothlage ausgebeutet werden.

Wenn Sie den Vorschlägen der Kommission nicht zustimmen wollen, so lassen Sie sich wenigstens Zeit. Wir sind in den Bauern nicht verliebt, das ist Unsinn. Aber wir halten es im Parteiinteresse und ich scheue mich nicht zu sagen, auch aus humanen Gesichtspunkten für geboten, einer großen Arbeiterschicht in der Noth des Lebens zu helfen. (Beifall.)

Singer theilt mit, daß Genosse Rauch aus Hannover durch die Verhaftung seines Kollegen an der „Volksstimme“ zur Abreise gezwungen worden ist. An seine Stelle tritt Fülle in die Meurer-Kommission.

Ein Antrag, die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken, wird von Hoffmann-Bielefeld begründet, von Liebknecht bekämpft und vom Parteitag abgelehnt.

Zetkin-Stuttgart: Ich drücke zunächst mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht zu Ihnen sprechen kann in der Rolle der „Stubengelehrten“, von denen man hier verschiedentlich so wegwerfend gesprochen hat, aber ich will betonen, daß unsere Theoretiker nicht auf eine Stufe mit Stubengelehrten zu stellen sind, welche einen engen Ausschnitt des Lebens im engen Lichtkreis ihrer Studirlampe betrachten. Den Theoretikern unserer Partei ist die eingehende Kenntniß der Wirklichkeit eigenthümlich, die genaue Kenntniß der verschiedenen sozialen Erscheinungen und ihrer tiefen Zusammenhänge. Wir haben den Theoretikern ebenso viel zu verdanken wie den Männern der Praxis. Uebrigens kommt der Widerstand gegen die Vorschläge der Agrarkommission durchaus nicht lediglich aus den Kreisen der Theoretiker. Umgekehrt, die Masse der Genossen ist es, welche sich in schärfster Kritik gegen diese Vorschläge gewendet hat. Und dies nicht zufällig, sondern naturnothwendig, geleitet vom klaren Klassenbewußtsein, geleitet vom gesunden revolutionären Klasseninstinkt.

Nun zur Sache! Die Befürworter der Vorschläge der Agrarkommission meinen, dieselben seien nun annehmbar, weil sie in veränderter Form vorgelegt werden. Durch diese formale Aenderung ist meines Erachtens die

Situation nicht verändert worden. Die Kritik rügte an den Vorschlägen nicht bloß, daß dem Programm Forderungen eingefügt werden sollten, die nicht in dasselbe gehören. Sie richtet sich vor allem dagegen, daß ein großer Theil der erhobenen Forderungen, die wichtigsten derselben, nicht dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie entsprechen. Charakteristisch für das Wesen dieser Vorschläge war der ursprünglich vorgeschlagene Einleitungspassus, daß wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung demokratisiren und sozialisiren wollen. Damit wurden der Sozialdemokratie Aufgaben gestellt, die sie im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen kann. Jede Demokratisirung zertrümmert einen Theil des Rahmens der heutigen Staatsordnung. Den Rahmen der bestehenden Staatsordnung demokratisiren wollen, läuft auf die bekannte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ hinaus. Dieser Geist des Widerspruchs, das Findenwollen der Quadratur des Kreises beherrscht die Vorschläge der Kommission nach wie vor. Man hat gesagt, wir müßten ebenso für den Bauernschutz wie für den Arbeiterschutz eintreten. Andernfalls würden wir die Nothwendigkeit praktischer Reformarbeit leugnen, uns in Widerspruch mit uns selbst setzen. Auch vor den Vorschlägen der Agrarkommission ist die Sozialdemokratie für Reformen eingetreten. Aber diese Reformen, der Arbeiterschutz, bezweckten, die Arbeiterklasse körperlich, geistig und sittlich zu heben, sie damit wehrthätiger zu machen für den proletarischen Klassenkampf, ihn mit größerer Energie führen zu lassen. (Sehr richtig!) Wochten die von uns angestrebten Reformen noch so friedliche sein, sie wirkten dadurch eminent revolutionär. Außerdem bewegten sie sich in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung und nicht gegen sie. Wir lehnten es — in Erkenntniß der Gesetze der bestehenden Wirtschaftsordnung — ab, die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters zu sichern. Die Rücksicht auf die vom Referenten betonte Internationalität bestimmte uns nicht, dem Beispiele der Franzosen folgend die Forderung eines Maximallohnes in unser Programm aufzunehmen. Wir wiesen die Forderung des Rechts auf Arbeit als eine utopistische ab, wir hoben hervor, daß in der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter nicht bloß das Recht auf Arbeit besteht, sondern der Zwang zur Arbeit, so daß man eher das Recht auf Muße fordern könnte. Ganz anders liegen die Dinge bezüglich des Bauernschutzes. Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so treten wir ein für den Schutz des Bauern als Privatbesitzer. (Sehr richtig.) Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, welche die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erstrebt, das Privateigenthum gegen die Eventualitäten sichern zu wollen, welche die wirtschaftliche Entwicklung für den Privatbesitz zeitigte. (Sehr richtig.) Und obendrein in dem Augenblicke, wo Dank der wirtschaftlichen Entwicklung beim Bauer der Glaube an die Vorzüge und an den ewigen Bestand des Privateigenthums langsam ins Wanken geräth. Der antilokalistische Bauernschädel ist trotz Mollenbuhr's gegentheiliger Behauptung keine fromme Sage. Und wenn er jetzt allmählig anfängt, sich unserem Werke der Aufklärung zugänglicher zu erweisen, so, weil ihm seine Verhältnisse zeigen, wie richtig wir die sozialen Zustände erfassen, weil er beginnt einzusehen, daß er als Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft kulturwürdiger zu leben vernag, wie als „Besitzer“ in der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Genosse Quard hat nun allerdings behauptet, die Vorschläge bezweckten nicht in erster Linie, etliche Tausende von Bauern für uns zu gewinnen, sie geschähen vielmehr mit Rücksicht auf die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Gesamtheit und der Zukunft auf dem Gebiete der Landeskultur zu lösen hätte. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist meines Erachtens, den proletarischen Klassenkampf zu führen und zu organisiren. Für die Hebung der Landeskultur kann sie sich im Rahmen der heutigen Gesell-

schaftsordnung nicht programmatisch verpflichten. Da führt die Hebung der Landeskultur zu einer Hebung der wirtschaftlichen Lage von Privatbesitzern. Genosse Quarc befindet sich mit seiner Auffassung in Uebereinstimmung mit Professor Schmoller, der der nothleidenden Landwirtschaft eine Milliarde von Staatswegen zugewendet wissen wollte, und diese Forderung dem Sinne nach, ja fast wörtlich wie Genosse Quarc begründete. Wenn ich jene Ausführung lese, so ist es mir, als höre ich Dr. Quarc. Aber Schmoller's Vorschlag ist mir noch lieber als die Vorschläge, welche Dr. Quarc befürwortet. Ihm ist gleich die Rechnung beigelegt, welche das Volk begleichen muß und die auf eine Milliarde lautet.

Aber nicht nur mit Rücksicht auf den programmatisch festgelegten Bauernschutz sind die Vorschläge der Kommission entschieden zu verwerfen, auch mit Rücksicht darauf, daß sie die Sozialdemokratie in das staatssozialistische Fahrwasser lenken. Wir leben in einem kapitalistischen Staate, der durch Militarismus und Bureaucratismus verbösert ist. Und die Machtmittel dieses Staates sollten wir vermehren, indem wir für die staatliche Monopolisierung des Hypothekentredits eintreten, für Vermehrung der Staatsländereien und Staatsbetriebe, für landwirtschaftliche Genossenschaften mit Staatshilfe u. s. w. Kurz für Maßregeln, welche weite Schichten der Bevölkerung wirtschaftlich und damit politisch vom heutigen Staat abhängig machen? Es ist zwar betont worden, wir stimmten auch ohne Furcht vor der Abhängigkeit der Eisenbahnbeamten für die Errichtung von Staatsbahnen. Aber es ist ein Anderes, für eine Maßregel stimmen, und eine Maßregel im Programm festlegen. Und die politische Unfreiheit der Eisenbahnbeamten ist nicht gerade ein ermutigendes Beispiel, die gleiche Vormundschaft für weitere Schichten der Bevölkerung herbeizuführen. Gedenken Sie der Ausführungen über die Postbeamten, welche unser Postetatredner, Genosse Schoenlant, in jeder Session des Reichstags mit eingehender Sachkenntnis und gewohnter Schneidigkeit kritisiert. (Sehr gut.) Wieber und wieder hat er nachgewiesen, welches Uebermaß der politischen Bevormundung die Postbeamten erleiden, wie Maßregelung auf jede Äußerung einer politisch mißliebigen Meinung folgt, wie der Staat in das Privatleben seiner Angestellten eingreift, darüber wacht, daß nicht ein grüner Junge an dem ersten besten Frauenzimmer hängen bleibt. Nun sagt man, Stumm's Arbeiter sind nicht weniger unfrei. Aber Neunkirchen ist doch nicht überall und die Bevormundung des Staates braucht nicht größer zu sein als bei Stumm.

Webel meinte gestern, die Junker benützten den Kredit der Landschaftskassen und sie seien trotzdem nicht abhängig vom Staat. Meines Wissens sind die Landschaftskassen keineswegs gleichbedeutend mit einer staatlichen Monopolisierung des Hypothekarkredits. Aber auch wenn dem so wäre, würden die Junker in der Folge allerdings nicht in Abhängigkeit vom Staate gerathen. Der Staat hat nicht die Junker. Die Krautjunker, zusammen mit den Schlotjunkern haben den Staat. (Sehr gut.) Könnte das Proletariat erst sagen: „Die Staatsgewalt bin ich!“ so lägen die Dinge wesentlich anders. Wir würden dann die Maßregeln, welche die Kommission fordert, unbedenklich durchführen können; mehr noch, wir würden sie durchführen müssen; wir würden in den einschlägigen Reformen viel weiter gehen müssen. Aber wir müssen mit der Wirklichkeit rechnen, mit dem heutigen Staat. Webel äußerte sich dem Sinne nach genau so auf dem Parteitage zu Köln gelegentlich der Frage des Antisemitismus. Er erklärte die Verstaatlichung der Hypotheken und ähnliche positive Maßnahmen für bedenklich und will sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gelten lassen, unter der Herrschaft einer revolutionären Regierung. Genosse Liebknecht, der bereits vor 1868 in weitgehender Voraussicht auf die Bedeutung der Grund- und Bodenfrage hingewiesen hat, sprach sich auf dem Berliner Parteitage in der entschiedensten Weise gegen den Staatssozialismus

aus. Nachdem er das Wesen des heutigen Staats gekennzeichnet hatte, führte er aus: „Wenn in Deutschland den Großgrundbesitzern, die immer klagen, nicht bestehen zu können, vom Staat ihre Grundstücke nominell genommen, dafür aber angemessene „Liebesgaben“ und das Recht verliehen würde, gewissermaßen als Satrapen des Staats, wie die Satrapen des alten Perserreichs, als Oberflavenhalter über die kleinen Leute und die Landarbeiter den Landbau zu leiten — wäre das nicht eine große Verbesserung für die Herren Junker, und glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke oft schon in den Köpfen der geschiederen Junker aufgefliegen ist? Selbstverständlich würden sie nur dann einwilligen, wenn sie sowohl an Einkünften als an Einfluß gewinnen würden, allein, das wäre auf dem Boden des Staatssozialismus leicht zu machen. Der Gedanke ist also durchaus nicht als völlig in der Luft stehend abzulehnen. Und sicher ist, daß diejenigen, welche in den oberen Klassen dem Staatssozialismus hulbigen, keineswegs sich auf die Industrie beschränken wollen, sondern auch die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Auge haben, aber immer selbstverständlich im Sinne des heutigen Junker- und Polizeistaats. Je stärker der Gegensatz wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus, je mehr der Kapitalismus unter den Konsequenzen seines eigenen Wesens, unter den Wirkungen seiner eigenen Entwicklungsgesetze leidet, je mehr ihn die Furcht vor der anwachsenden Sozialdemokratie quält, desto näher rücken wir der Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Gedankens.“ Webel bestritt damals, daß in größeren kapitalistischen Kreisen die Neigung zur Verstaatlichung vorhanden sei. Liebknecht hielt seine Ausführungen aufrecht, aber das konnte auch er nicht voraussehen, daß wenige Jahre später eine staatssozialistische Meinung sich geltend machen würde im Lager der Sozialdemokratie, zwar nicht in weiten Kreisen derselben, dafür aber in einflußreichen Kreisen. Und das ist erklärlich genug: der Staatssozialismus steht in so schroffem Widerspruch zu dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie, er trägt sich so wenig mit den geschichtlichen Bedingungen, unter denen diese sich entwickelt und kämpft, daß Niemand das Auftauchen einer Strömung voraussehen konnte, welche die Sozialdemokratie zu staatssozialistischen Experimenten drängen wollte. (Sehr wahr und Heiterkeit.)

Im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung würden wir den staatlich monopolisirten Hypothekarkredit als Unteroffizierprämie bekommen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Staatshilfe würden treffliche Stellen liefern für das Heer der Militärämtern. (Beifall.)

Aber auch als praktische Agitatorin wende ich mich gegen die Vorschläge der Agrarkommission. Ich gehöre auch zu denen, „welche ein paar Versammlungen auf dem Lande abgehalten und einmal mit ein paar Bauern gesprochen haben“. Mit Bauern, die nicht aus einem Roman genommen waren, deren Bekanntheit ich auch nicht auf der Bühne gemacht hatte. Ich habe vor ihnen unser Programm mit dem größten Erfolge entwickelt. Nicht, daß ich diese Erfolge überschätze. Aber ich unterschätze auch nicht, was durch diese Agitation ausgerichtet wird. Ich meine, wir haben schon sehr viel gewonnen, wenn die nämlichen Bauern uns hören, die uns bisher mit Hunden aus dem Dorfe hezten. (Sehr gut.) Wenn ich dabei auf meine persönlichen Erfahrungen verweise, so aus einem bestimmten Grunde.

In meiner Eigenschaft als Frau und als Sozialdemokratin hatte ich ein zweifaches Vorurtheil der ländlichen Bevölkerung gegen mich. Wenn sie meinen Ausführungen Beifall zollte, so beweist dies, daß auch die Bauern unserer aufklärenden Agitation auf Grund des jetzigen Programms zugänglich sind. Bieten wir überhaupt dem Bauer gar nichts, wenn wir ohne die schönen Geschenke der Agrarkommission aufs Land kommen? Keineswegs. Wir bieten ihm schon jetzt viel in unserem Reformprogramm. In Sachen der Steuer-

fragen, des Militarismus, der Bildung bieten wir der bauerlichen Bevölkerung viel mehr, als irgend eine bürgerliche Partei bieten kann. Deren miserable Haltung den Volksinteressen gegenüber bietet unserer Kritik die Breitseite dar. (Sehr wahr.) Gerade umgekehrt würde die Sache liegen bezüglich der Vorschläge der Kommission. Da werden wir von den Versprechungen der demagogischen Antisemiten und nicht minder demagogischen Konserverativen um mehr als Nasenlänge geschlagen. (Sehr richtig.) Wir sind bei unseren Versprechungen gebunden durch die Rücksicht auf das Interesse des Proletariats. Die bürgerlichen Parteien kennen diese Fesseln nicht. Unsere Haltung gegenüber den Bauern wäre also beständig eine verklausulierte. Der Bauer würde demgegenüber erklären: Verklaufulirung hin, Verklaufulirung her. Mir ist der bürgerliche Politiker ohne Verklaufulirung lieber. (Bravo!) Er wird den bürgerlichen Reformen uns vorziehen. Dieser verspricht ihm wirtschaftlich mehr und paßt sich außerdem den politischen, religiösen und sozialen rückständigen Anschauungen des Bauern an. (Sehr richtig!) Wir werden durch die Vorschläge der Kommission seine Sympathien nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer! Von heute auf morgen würde er es vielleicht mit uns versuchen, nach dem Sprichwort: Neue Besen kehren gut. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen, hassen mit der ganzen Wuth der enttäuschten Hoffnung! (Beifall.)

Daß die angeschnittene Frage eine brennende ist, bestreite ich durchaus nicht. Aber sie gehört meines Erachtens zu jenen Fragen, die wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht lösen können. Es giebt eine Reihe solcher Fragen, so die der Krisen. Solche Fragen haben wir kritisch zu untersuchen, unsere Haltung ihnen gegenüber in Theorie und Praxis festzulegen. Wir dürfen uns aber nicht zum Zwecke ihrer Lösung in Experimente einlassen. Mit dem guten Willen allein ist's hier nicht gethan. Genosse David hat zwar erklärt, die Sozialdemokratie ist nicht die Partei des Wissens, sondern des Willens. Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie die Partei des zielklaren Willens ist, weil sie die Partei des zielklaren Wissens ist. (Beifall.) Bequemen wir uns der Auffassung des Genossen David an, daß Probiren über Studiren geht, so treten wir in die Fußstapfen des Zickackkurse. Er ist bis jetzt der sozialen Frage gegenüber vor lauter Probiren — mit dem Zuckerbrot, mit der Peitsche, mit allen möglichen Mitteln — nicht zum Studiren gekommen. (Sehr gut!)

Ueberraschen muß uns, daß von den Befürwortern der Kommissionsvorschläge wieder und wieder betont werden muß, daß dies oder jenes nicht gemeint war, daß die oder jene Konsequenz nicht beabsichtigt wurde. Ein Programm soll klipp und klar sagen, was wir wollen. Was ist das für ein Programm, daß zu jedem Punkt einer Exegese bedarf, was damit eigentlich gemeint ist? Außerdem können wir nicht mit dem rechnen, was die Kommission gemeint hat. Nicht ihr gutes Herz ist maßgebend für den Werth ihrer Vorschläge, vielmehr die Einwirkung derselben auf den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Die Wirklichkeit ist so rücksichtslos, daß sie nicht bloß über die guten Absichten der Agrarkommission zur Tagesordnung übergeht, sondern über die Auffassung der ganzen Sozialdemokratie, sobald diese sich vom Boden der tatsächlichen Verhältnisse entfernt. Die Gegner würden sich beeilen, die Konsequenzen aus den zu Beschläüssen und Programmpunkten erhobenen Vorschlägen der Kommission zu ziehen. Und dies mit um so größerem Eifer, je fehlerhafter die Prämissen sind, von denen wir ausgehen. Wir müssen die Vorschläge der Kommission um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Lokalisierung jener Strömung in unserer Partei ist, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über dem Reformeifer den Charakter unserer Partei vergißt, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschafts-

ordnung überfiehet, die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Wir haben gerade gegenwärtig um so mehr Ursache, diese Richtung zurückzuweisen, als sich Genosse Bebel in Sachen der Agrarfrage für sie mit aller Wärme ins Zeug legt. Ich bitte, die folgenden Ausführungen durchaus nicht persönlich aufzufassen. Unter den Vertretern jener Richtung befinden sich Leute, die als Parteigenossen meine höchste Achtung besitzen, Leute, die mir als Freunde persönlich sehr nahe stehen. Nichtsdestoweniger sind sie mir als Richtung greulich. (Geisterzeit.) Und wenn ich Bebel unter ihnen sehe, so drängt sich mir unwillkürlich die Stelle aus „Faust“ auf die Lippen: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh'“. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir erleben, daß der Genosse, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als Saulus gegen die gekennzeichnete Richtung zu Felde gezogen ist, in der Agrarkommission sein Damaskus gefunden hat, so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Sozialdemokratie geht nicht nach Soienjaß. Halten wir an dem revolutionären Charakter unserer Partei fest. Seien wir Reformen, seien wir Praktiker, allzeit und überall, wo wir es sein können, ohne den revolutionären Charakter der Partei preiszugeben. Aber sein und bleiben wir zum ersten Male revolutionär, zum zweiten Male revolutionär, zum dritten Male revolutionär! (Inhaltender stürmischer Beifall.)

Liebkecht: Ich bin in der angenehmen Lage, allen theoretischen und prinzipiellen Ausführungen der Vorrednerin volle Zustimmung zu geben. Meine Worte über den Staatssozialismus, die sie zitierte, decken sich auch heute noch mit meiner Ansicht. Und wenn sie weiter zitiert hätte, würde sie sogar festgestellt haben, daß ich damals schon, im Gegensatz zu allen übrigen Rednern, die Kanikerei voraussetzte. Aber hier handelt es sich doch gar nicht um unsere theoretischen Grundsätze. Hier handelt es sich um eine Frage der Praxis.

Allein zunächst habe ich einige Worte über Wesen und Gang der gegenwärtigen Debatte zu sagen. Eine solche Debatte, in der mit solcher Sachlichkeit für und wider gesprochen wurde, ist bei keiner andern Partei möglich. Und so lange die Partei besteht, hat niemals eine Diskussion gründlicher und tiefer geführt werden können, als die über die Agrarfrage. Die Objektivität der Debatte hat in der Presse wochenlang gedauert; erst zuletzt kamen Vorwürfe und Angriffe unfaßlicher Natur. Der erste, etwas merkwürdige Vorwurf war, daß sich die Mitglieder der Kommission in die Diskussion nicht hineingemischt hätten: man warf ihnen deshalb sogar Feigheit vor. Ich dachte aber, daß es positiv ein Beweis von Muth war, das Programm ohne jegliche Kaptivierung den Genossen vorzulegen, und, ohne sich einzumischen, es ihrer freiesten Kritik zu überlassen. Auch das persönliche Moment hat sich hineingemischt: Bebel ist angegriffen worden, weil er entsprechend dem Ruf, der durch die Wai, auf dem Parteitag in Frankfurt an ihn erging, sich nicht auf den rein negativen Standpunkt stellte wie früher, sondern in die Kommission ging und dort arbeitete. Statt ihn zu tabeln, sollte man das als Erfüllung einer Parteipflicht anerkennen. (Sehr richtig!) — Dann warf man den Kommissionsmitgliedern vor, sie hätten mit den drei Entwürfen der Unterkommissionen hinter dem Berge gehalten. Nun, sobald wir merken, daß die Veröffentlichung gewünscht wurde, haben wir sie freudig und einstimmig beschloffen. — Wirklich, diese Vorwürfe hätte man der Kommission nicht machen sollen, sie waren recht häßlich. (Sehr wahr!)

Die Diskussion hier auf dem Parteitage ist nur durch einen Mißklang gestört worden. Nur von einer Seite ist der sachliche Boden verlassen und das persönliche Gebiet betreten worden. Das geschah von Seiten des Korreferenten Schippel. (Sehr richtig!) Er hat um sich geworfen mit Ausdrücken wie: Bosheit, Charlatanismus und Gewissenlosigkeit! Er hat die Kommissionsmitglieder als Kinder hingestellt, die sich an eine Aufgabe herangemacht haben, von der sie nichts verstehen. Jedes Kommissionsmitglied muß darüber doppelt empört

gewesen sein, daß dieser Vorwurf von Schippel kam. Jedes Mitglied konnte diese Vorwürfe in viel schärferer Form und mit viel mehr Recht gegen Schippel erheben. Hat er das, was er vorgestern sagte, erst gelernt, seit er in der Kommission war, so kann man vor seinem Wissen sehr wenig Respekt haben. Hat er es aber schon vorher gewußt, so hat er zum Mindesten sehr wenig loyal gehandelt, mit seiner Weisheit in der Kommission hinter dem Berg zu halten und seine Kollegen hernach hinterrücks zu überfallen. In keinem Fall hat er eine beneidenswerthe Rolle gespielt.

Ueber die Geschichte des Programmwerfes brauche ich weiter nichts zu sagen. Aber wie stehen die Dinge? In Frankfurt auf dem vorigen Parteitag wird fast einstimmig ein Beschluß gefaßt, dahingehend, ein agrarpolitisches Programm durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen, das den „Bauernschutz“ enthalten soll. Die Mitglieder der Kommission mußten da entweder ihr Mandat zurückgeben, wenn sie sich von der Nutzlosigkeit des Bauernschutzes überzeugt hatten, oder sie mußten, wenn sie an die Möglichkeit und Nützlichkeit des Bauernschutzes oder richtiger besonderer Maßnahmen zum Vortheil gewisser Schichten der Landbevölkerung glauben, sich ihrer Aufgabe unterziehen und in der Kommission arbeiten. Ich gestehe, daß mir die Hast, mit der man nach dem Falle des Sozialistengesetzes in die Agrarfrage wie in ein neues Amerika hineinstürzte, sehr wenig gefiel. Ich warze der Meinung, daß wir mit dem vorhandenen Programm ganz gut auskommen könnten. Wäre in Frankfurt Zeit geblieben, dann würde ich mich gegen die Motivierung und den Wortlaut der Resolution gewandt haben, wie es auch Weber beabsichtigt hat.

Es muß aber zugegeben werden, seit den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse geändert: die Agrarfrage ist brennend geworden. Und wir waren vor die Frage gestellt, ob wir die ökonomische Revolution, die in der Landwirtschaft ausgebrochen war und die ganze Landbevölkerung in ihren Lebensinteressen berührt, ignorieren wollten oder nicht. Die Bedeutung der Agrarfrage ist von allen Parteien, vom Junker herab bis zum bürgerlichen Demokraten, erfaßt worden, und sie alle wissen die Gelegenheit zu benutzen, um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Müßten wir jetzt, da alle Parteien Forderungen im Interesse der Landbevölkerung stellen, nicht auch Forderungen aufstellen, die den Genossen bei der Agitation auf dem Lande als Richtschnur dienen? Ich für meine Person war von vornherein dagegen, daß ein neues, besonderes Programm gemacht werde. Ich war, wie ich es nannte, gegen alle Doppelwährung, denn es giebt nur eine Wissenschaft, nur eine Wahrheit, nur ein Prinzip. Indes die vor uns liegende Frage ist keine Frage der Theorie, es ist eine Frage der Praxis und Taktik. Es giebt kein einziges Mitglied der Kommission, das nicht alle theoretischen Ausführungen Kautsky's und der Frau Zetkin unterschriebe. Seit die Partei konstituiert ist, haben wir auf den Parteitagen wenig theoretische Diskussionen gehabt. Die Feststellung des Programms ist rasch vor sich gegangen, nachdem das Sozialistengesetz vorüber war. Und die Einstimmigkeit der Annahme unseres Programms beweist, daß in bezug auf theoretische und prinzipielle Dinge Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Aber was uns auf allen Kongressen beschäftigt und uns in unserer ganzen Thätigkeit die meiste Zeit und Arbeit kostet, das sind die praktischen Fragen. Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen; und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Thatfachen. Und in praktischer Hinsicht hat man die Vorschläge der Kommission ganz falsch aufgefaßt. Das Gespenst der Stärkung des Klassenstaats geht um. Aber es handelt sich ja bei den vorgeschlagenen Forderungen zunächst um die Stärkung der Staatsgewalt. In allen ähnlichen Fällen haben wir uns für die praktische Thätigkeit entschieden. Wir haben für den Nordostseekanal Geld be-

willigt; wir haben für den Arbeiterschutz gestimmt, obgleich die betreffenden Gesetze auch die Staatsmacht bedeutend ausdehnen. Wir sind für Staatsseisenbahnen, obgleich wir dadurch gerade das hervorbringen, was Kautsky und Frau Zetkin als das verwerflichste und gefährlichste hingestellt haben: nämlich die Abhängigkeit zahlreicher Existenzen von dem Staat.

Wenn die Vorschläge der Agrarkommission angenommen und verwirklicht werden, dann wird allerdings die Macht des Staates ausgedehnt, aber sie wird nicht gestärkt; es ist hier wie mit dem Heere: je größer das Heer wird, desto mehr Elemente des Volkes kommen hinein, desto schwächer wird es Bollwerk gegen das Volk; und je mehr Existenzen vom Staat abhängen, desto weitere Verpflichtungen werden dem Staat aufgezungen, desto weniger kann der Junker den Staat beherrschen. Es ist nicht zu befürchten, daß bei Verwirklichung unserer Vorschläge der Staat diese Machtmittel ausbeuten kann gegen die Sozialdemokratie; im Gegenteil: während er jetzt von den paar Junkern monopolisiert wird, mit denen die Millionäre der Großindustrie verbündet sind, werden wir nach und nach die gegenwärtige Hauptstütze des Staates, die Masse der Landbevölkerung gewinnen. Der Staat selbst wird verpflichtet sein, für die Kleinbauern zu sorgen, und der Staat wird dadurch mehr und mehr demokratisiert.

Ich komme bei dieser Gelegenheit auf die sogenannte Demokratisierung der Staatseinrichtungen und auf das, was Frau Zetkin sagte in bezug auf die Einleitungsworte: „im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung“. Wir wollen keine Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Was da gesagt ist, deckt sich mit der durchaus korrekten Fassung früherer Parteiprogramme und widerspricht unseren Prinzipien nicht im Mindesten. Die Dinge stehen doch etwas anders als Frau Zetkin sagte. Im zweiten Theile unseres Programms haben wir ausschließlich Forderungen aufgestellt, welche die „Demokratisierung der Gesellschaft“ herbeiführen sollen, und sie bewegen sich sämtlich „im Rahmen der heutigen Gesellschaft“. Wer also von der Demokratisierung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nichts wissen will, muß den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. (Sehr richtig!)

Es handelt sich überhaupt nicht um prinzipielle, sondern lediglich um praktische Fragen. Daran glaubt doch niemand mehr unter uns, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Großbetriebe auf die Dauer bestehen und gedeihen könne. Um solche Wahrheiten, die in unser aller Fleisch und Blut übergegangen sind, auszusprechen, dazu braucht man keinen Parteitag. Die Frage ist: ist es praktisch, liegt es im Interesse der Partei, derartige Forderungen aufzustellen, wie es die Kommission gethan hat? Früher hat man öfter gesagt: das einzige Mittel, die Massen für den Sozialismus zu gewinnen, sei, sie völlig verelenden zu lassen; die Verzweiflung werde sie uns dann zutreiben. Diesen Aberwitz glaubt heute niemand mehr, jedenfalls kein Mitglied der Kommission. Und gerade, weil diese die Anschauung für Aberwitz hält, hat sie geglaubt, Ihnen die Vorschläge machen zu müssen, die sie Ihnen gemacht hat.

Arbeiterschutz und Bauernschutz sind allerdings zwei sehr verschiedene Dinge — darin hat Kautsky vollkommen recht; die Arbeiter stehen im Kampfe, die Bauern nicht, sie sind Opfer des Kapitalismus, aber wir haben noch Gruppen in der Bauernschaft, die mit den Arbeitern sehr wohl auf eine Stufe und in eine Schlachordnung gestellt werden können.

Wir müssen bei der Landbevölkerung unterscheiden: 1. die Landarbeiter, über sie sind wir uns klar; 2. die Großbauern und Großgrundbesitzer, auch über sie sind wir uns klar; jetzt hat sogar Vollmar eingesehen, daß wir diese Gruppe nicht gewinnen können; 3. die Kleinbauern. Sind sie für uns auch nicht so wichtig wie die Landarbeiter, so bilden sie doch einen bedeutsamen Faktor, und sie sind für uns zu gewinnen — nicht durch Bauernfang, aber

durch Belehrung über ihre wirthschaftliche Lage. Ueber die Agitation unter den Kleinbauern haben wir verschiedene Urtheile gehört. Frau Zetkin sagte nur, daß sie keine nennenswerthen Erfolge gehabt hat, während Molkenbühr mit seiner Agitation unter den hollsteinischen Kleinbauern recht zufrieden ist und sein kann. Ja, wenn Frau Zetkin vor den Bauern so gesprochen hat, wie heute hier, dann wundert es mich nicht, daß sie wenig ausgerichtet hat. Mit theoretischen Reden und radikalen Schlagworten ist da nichts auszurichten. Man muß zu den Bauern, die genau so intelligent sind wie die Städter, die aber ihren eigenen Wirkungs- und Ideenkreis und ihre eigene Sprache haben, in ihrer eigenen Sprache reden, man muß an ihre Verhältnisse anknüpfen und ihnen sagen, weshalb sie verelenden. Ich habe die Landagitation nie anders betrieben; ich habe sehr lange halb ländliche Wahlkreise vertreten, und in Oberhessen, meiner Heimath, wo die agrarische Bewegung besonders lebhaft ist, habe ich mit gutem Erfolg Landagitation getrieben. Ich habe gefunden, daß man den Bauern, ohne daß wir unsere Ziele zu verschleiern brauchen, den Sozialismus beibringen kann. (Sehr richtig!) Wir müssen ihnen die ganze Wahrheit sagen, und nichts als die Wahrheit, aber so, daß sie die Wahrheit durch die greifbare Wirklichkeit verstehen. Wenn man ihnen sagt: der Staat übernimmt alle Eure Hypotheken, wir wollen Euch die alten Rechte erhalten und vermehren, das Gemeineigenthum nicht verzetteln lassen — so wird das den Bauern sehr wohl einleuchten. Freilich, wollte man dann hinzufügen: wenn dies durchgeführt wird, so ist Eurer Nothlage abgeholfen, so werdet Ihr reich und unabhängig, so wäre das Charlatanerie; aber so kann doch kein Sozialdemokrat reden. Kein Mitglied der Agrarkommission hat behauptet, daß das Kleinbauernthum im Besitz erhalten werden kann durch derartige Vorschläge, wie wir sie machen. Wir wollen nur den Bauern die Existenz erleichtern, sie ihnen nicht sichern als Besitzer. Wenn Manche die thatsächlichen Verhältnisse von der Warte der Theorie herab vornehm ignoriren wollen, so ändern sie damit nichts an den Thatfachen. Wenn man in Thüringen sieht, welche Bedeutung das Beerenlesen, Streuholen für die Bewohner hat, dann kann man diese Sachen nicht als Kleinigkeit betrachten. Von einer Verderbung der Wälder kann übrigens dabei nicht die Rede sein; an Wegnahme alles Streulaubes denkt kein Mensch. Es handelt sich da beiläufig um die Rechte aus dem Mittelalter, und die Leute, denen diese unsere Forderungen zu gut kommen, sind Proletarier, sind zum Theil schon jetzt sozialistisch gesinnt. Wenn man sagt, man soll die Kleinen je eher, desto besser zu Grunde gehen lassen, so verweise ich Sie auf Fuchsmühl: Aus Furcht vor kapitalistischer Verwässerung des Programms dem Kapitalismus freien Lauf lassen, das heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben und den Kapitalismus stärken. Wenn man schon nach dem alten Programm unter der Landbevölkerung Ersprießliches leisten kann, dann doch erst recht mit den neuen Forderungen, die das Programm nicht abändern und gegen unsere Prinzipien nicht im geringsten verstoßen. Man muß den Bauern klar machen, daß wir sie als Einzelne unterstützen, als Klasse aber sie nicht retten können.

Man thut vielfach, als ob unsere Vorschläge etwas ganz Neues wären. Aber haben denn diejenigen von uns, die auf das Land hinausgegangen sind, dort nur prinzipielle Theorien entwickelt? Nein, wir sind dem Landvolk mit praktischen Forderungen gekommen. Ich z. B. habe — wie jedenfalls die meisten von uns — auf die Bedeutung der Demokratisirung der Gemeinde durch das allgemeine Wahlrecht, auf die Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems, auf die Uebel des Militarismus hingewiesen und nachgewiesen, daß die Gemeinde gewissermaßen eine natürliche Genossenschaft ist, daß das Genossenschaftswesen, von dem man lange geglaubt hat, es sei wesentlich auf die Stadt beschränkt, auf dem Lande schon vor langer Zeit bestanden hat und daß die Gemeinde

auch heute noch den natürlichen Rahmen für genossenschaftliche Produktion bildet. In allen Gegenden Deutschlands sind unsere Genossen mit einem bestimmten, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Programm vor die Landbevölkerung getreten. Wir könnten Ihnen fast aus allen ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Deutschlands Agrarprogramme vorführen, in denen zum Theil weit, weit mehr als Parteiforderung formulirt ist, als in dem vorliegenden Entwurf. (Sehr richtig!) Die Agrarfrage liegt in der Luft, wir können uns ihr nicht entziehen, wir müssen ebenso wie alle übrigen Parteien Stellung nehmen. Wenn wir je nach Art, Zeit und Gelegenheit ein Gelegenheits- und Lokal-Programm aufstellen, so lockern wir die Einheitlichkeit der Partei und schwächen damit die Partei. Wir haben jetzt zwar kein Agrarprogramm, aber wir haben Duzende von Agrarprogrammen. Das ist die reinste Anarchie. Wir müssen diesen anarchischen Zuständen ein Ende machen und einen Entwurf aufstellen, an den die Genossen überall sich halten können und über den hinauszuweichen Niemandem gestattet ist. Ob wir mit unseren Vorschlägen das Richtige getroffen haben, darüber läßt sich streiten, und darüber läßt sich reden, wenn wir in eine Spezialdebatte treten.

Der erste Entwurf ging von dem Grundgedanken aus, die aufzustellenden Forderungen in das Programm hineinzuflechten, um nicht den Verdacht einer prinzipiellen Doppelwährung zu erwecken. Wir in dem norddeutschen Unterausschuß haben uns nach Möglichkeit bemüht, unserem Standpunkt gerecht zu werden, es wurde jedoch die weit ausführlichere Fassung des mitteldeutschen Ausschusses dem Programmentwurf zu Grunde gelegt, und dadurch erlangten die einzelnen Punkte eine so große Ausdehnung, daß diese sich mit der Einverleibung in das Programm nicht recht vertrug. Da wir nach dem Verlauf der Diskussion in der Presse bezweifeln mußten, daß unsere Fassung vom Parteitag angenommen werde, so hat die Kommission in ihrer letzten Sitzung den Entwurf revidirt und geheilt. Sie hat diejenigen Punkte, von denen sie glaubte, daß sie in das Programm nothwendig gehören, in den zweiten Theil des Programms eingefügt und die übrigen Punkte als Agitations-Direktive für die Genossen in die Form einer Resolution gekleidet. Daß dieser oder jener Punkt auch in der revidirten Fassung einer Verbesserung fähig ist, bestreiten wir nicht, aber wir leugnen, daß irgendwie Forderungen aufgestellt sind, die unserem Prinzip zuwiderlaufen und den reaktionären Bestrebungen unserer Gegner Vorschub leisten. Es handelt sich nicht um „ein reformatorisches Pflüchwerk“, nicht um ein Abweichen von unseren revolutionären Zielen, sondern um eine praktische Thätigkeit, wie wir sie auch im Reichstage und in unserer ganzen Parteipolitik üben. Ich muß die Kommission entschieden dagegen verwahren, daß sie irgendwie eine Verwässerung der Prinzipien beabsichtigt habe.

Man hat sich hüben und drüben auf Engels berufen. Den kenne ich doch auch, und ich kenne auch die zitierten Stellen. Mit Engels' Aeußerungen betreffs der Bauern verhält es sich genau so wie mit der Bibel; es sind Stellen da, die sich so auslegen lassen, und andere, die man anders auslegen kann. Außerdem stand ja Engels, als er jene Aufsätze schrieb, gar nicht vor einer so brennenden und scharf zugespitzten Frage wie wir heute. Hier noch ein Wort. Genosse David hat die Worte Privatkapitalist, privatkapitalistisch gebraucht. Ich habe bereits auf dem Erfurter Parteitage dargelegt, daß in diesem Ausdruck die Anschauung versteckt sei, als ob es einen Kapitalismus gäbe, der nicht kapitalistisch, d. h. nicht ausbeuterisch sei. Einen solchen Kapitalismus giebt es nicht. Wohl giebt es aber einen Kapitalismus, der nicht privatkapitalistisch ist — es ist das der Staatskapitalismus, den andere fälschlich als Staatssozialismus bezeichnet haben. Der Anschauung, daß durch die Stärkung der Macht des Staates die Arbeiter mehr geknebelt werden, halte ich entgegen, daß die immer intensivere Knebelung der Arbeiter überhaupt in der

kapitalistischen Entwicklung liegt. König Stumm als Privatindustrieller knechtet die Arbeiter genau so wie der Staatsbetrieb. Durch die Konzentrierung des Kapitalismus wird die Möglichkeit der Arbeiterorganisation nicht zerstört — auch die Arbeiter gewinnen dadurch an Machtmitteln. In Bezug auf die kapitalistische Entwicklung ist England weiter voran als Deutschland, und trotzdem haben wir dort so gewaltige Arbeiterorganisationen in Gestalt der Trades Unions gegen den Kapitalismus, daß dieser neuerdings in großen Klassenkämpfen hat erliegen müssen. Allerdings kann durch solche Rückzugsgesechte — denn Rückzugsgesechte sind es — der Sieg des Kapitalismus, so weit er lebensfähig ist, nicht aufgehalten werden, aber zugleich entwickelt sich immer mehr das organisierte Proletariat, und die Macht des Staates sinkt dementsprechend.

Dieser Entwurf kann umgearbeitet werden, Sie dürfen sich aber nicht in den Aether der Theorie verlieren. Die Praxis fordert ihr Recht. Sie müssen entscheiden, was unsere Partei in der Landfrage thun soll. Wenn wir, wie es in einer Resolution beantragt ist, alles verwerfen, so bereiten wir unseren Gegnern ohne Ausnahme einen großen Triumph. (Sehr richtig!) Sie werden einen solchen negativen Beschluß für sich ausbeuten und dem Landvolk sagen: die Sozialdemokratie, die Euch durch ihre Agitation auf Grund lokaler Programme so viel versprochen hat, hat durch den Parteitag erklärt, daß jeder Versuch, der ländlichen Bevölkerung innerhalb des heutigen Staates zu helfen, gegen ihr eigenes Prinzip und Programm verstoße. (Sehr richtig!) Damit arbeiten wir allen diesen sozialen Kurpfuschern in die Hand und leiten Wasser auf die Mühlen der Reaktion. In diesen Fehler dürfen wir nicht verfallen.

Es liegt der weitere Vorschlag vor, daß die Agrarkommission als solche ihr Mandat für erloschen hält und daß der Partei-Vorstand beauftragt wird, unter Benützung der Kommissionsarbeiten durch geeignete Personen die Landfrage erforschen zu lassen und als Ergebnis in geeigneter Form der Partei vorzulegen. Diesen Antrag werden Sie ja wohl einstimmig annehmen, aber Sie nehmen ihm seine ganze Bedeutung, wenn Sie nicht mindestens eine Resolution fassen, welche die Stellung der Partei zu der ländlichen Bevölkerung präzisirt.

Ich weiß, daß die Einigkeit der Partei nicht gestört wird, wie auch die Entscheidung fallen möge; ich weiß, daß diese Diskussion zur Klärung beigetragen hat und beitragen wird, und ich bin sogar überzeugt, wenn der Beschluß des vorigen Parteitages nichts weiter als diese Diskussion zur Folge gehabt hätte, so brauchten wir ihn nicht zu bebauern. (Sehr richtig!)

Sie haben die Frage geprüft, und Sie haben zu entscheiden, wie Sie stimmen. Ich weiß, daß die Partei in guten Händen ist, in den Händen dieses Parteitages. Die hier versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie werden nichts thun, was nicht der Würde, den Interessen und den Prinzipien der Partei entspricht. Und so wie das Wohl der Partei es erheischt, fordere ich Sie auf, zu stimmen! (Beifälliger Beifall und Händeklatschen.)

Nachstehender Antrag (124) ist eingelaufen und wird mit zur Debatte gestellt:

In Anbetracht des Umstandes, daß die erst in letzter Stunde vor Zusammentritt des Parteitages von der Agrarkommission in mehreren Punkten umgeänderte Vorlage einer absolut nothwendigen öffentlichen Debatte in der gesammten Partei nicht unterstellt werden konnte und der Vorschlag der Kommission, die Agrarforderungen nicht dem Parteiprogramm direkt einzuverleiben, denselben einen völlig veränderten Charakter verleiht, den unter anderen Voraussetzungen zum Parteitag gekommenen Delegirten jedoch unbedingt die Möglichkeit gelassen werden muß, mit ihren Mandatgebern eine Verständigung darüber zu suchen; — in fernerer Erwägung, daß die Agrarfrage von so eminenter, von keiner Seite bestrittenen Bedeutung für die Entwicklung der Partei ist, daß in dieser Sache die größte Vorsicht geboten

erscheint bei für die Gesamt-Partei maßgebend sein sollenden Beschlüssen, verlagert der Parteitag die heute als noch nicht spruchreif erkannte Frage und beschließt:

Den Partei-Vorstand zu beauftragen, den abgeänderten Entwurf mit ausreichender Begründung seitens der Agrarkommission versehen und unter Beifügung des dafür hauptsächlich maßgebend gewesenen Materials der Parteipresse und den Vertrauenspersonen gedruckt zuzustellen und letztere zu beauftragen, denselben in allerorts einzuberufenden Versammlungen zur öffentlichen Debatte zu stellen.

A. v. Elm. Baudert-Apslba. Theodor Schwarz-Bübeck.

Bruno Schumann. Otto Stolten-Hamburg. Julius Bruhns. Frohme. A. Walter-Stübenbach. L. Emmel. M. Heinrich. A. Göbel-Mainz. Reichert. Joh. Heine-Ottensen. S. Deppe-Langensfelde. Schaal-Solingen. W. Haselbauer. H. Steinbach. Bérard. Förster. Mariette. Garbe.

Herbert-Stettin: Ich bin gegen die Vorschläge der Kommission. In der Provinz Pommern, wo große Erfolge in der Landagitation erzielt worden sind, ist auch nicht eine Stimme für den Entwurf laut geworden. Wir betrachten den Entwurf als ein Danaergeschenk, das uns gefährlich werden kann. Im Jahre 1893 schlug ich als Kontrolleur bei der Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Kongresses vor, die Landagitation zu berücksichtigen. Ich dachte dabei aber nur, daß die praktischen Erfahrungen über die Landagitation ausgetauscht werden sollten. — Der Entwurf widerspricht dem Denken und fühlen der Landbevölkerung, soweit ich sie kennen gelernt habe. Wir würden höchstens Mitläufer gewinnen, die Konservative und Antisemiten werden, wenn diese ihnen mehr versprechen. Was nützt uns der große Schwarm, der uns im entscheidenden Moment in Stich läßt. Die Verstaatlichung der Hypotheken nützt dem Bauer gar nichts. Bis zur Beleihungsgrenze bekommt er bei dem heutigen Geldüberfluß zu billigem Zinsfuß Geld. Und über die Beleihungsgrenze hinaus kann ihm der Staat, ohne die Gesamtheit zu schädigen, auch nicht Geld geben. Warum schlägt man nicht gleich die Verstaatlichung aller Schulden vor? Dann wäre es wenigstens ein Glück, Schulden zu haben. Der Bauer ist sehr mißtrauisch; er hält uns für Schwindler; er ist in gereizte Stimmung gegen uns gerathen, seit der Entwurf bekannt ist. Die Aufhebung der Grundsteuern wäre den Junkern sehr angenehm. Ein Schauspiel für Götter: Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Kanik und Kardorff's. Deshalb muß der Entwurf definitiv begraben werden. Man darf den Gegnern des Entwurfs nicht vorwerfen, sie wollten, daß nichts geschehe. Im Gegentheil: wir wollen, daß etwas geschehe, nur in anderer Richtung. Das unentgeltliche Vertheilen von Druckschriften auf dem Lande halte ich für ein geeignetes Mittel. Aber dazu gehört Geld. Auch auf dem Lande wird durch das Eindringen der Maschinen die Wirtschaftsweise revolutionirt. Ueberschnürzen wir nicht, der Landmann kommt zu uns, langsam aber sicher. Unsere Stellung zur Agrarkommission ist nicht durch persönliche, sondern durch sachliche Gegnerschaft bestimmt. Aber um so entschiedener rufen wir: Laßt Euch von der Agrarkommission nicht umgarnen! (Beifall.) Die Debatte wird abgebrochen.

In persönlicher Bemerkung Rautsky: Genosse David hat behauptet, ich hätte mich dahin ausgesprochen, als seien von jetzt ab alle Ausgaben im Interesse der Landeskultur zu verwerfen. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur dagegen protestirt, daß das Agrarprogramm und der Referent das Interesse der Landeskultur für gleichbedeutend erklären mit dem Interesse des Proletariats. In ein Parteiprogramm gehört das Interesse der Landeskultur nicht.

In persönlicher Bemerkung David: Ich habe mich gegen die Rautsky'sche Resolution, nicht gegen eine Aeußerung Rautsky's gewandt. In dieser Resolution wird das Prinzip ausgesprochen, daß die Ausgaben für Landeskultur nur den

Besitzenden nützen. Durch die Annahme dieses Prinzips würde der Praxis, die unsere Genossen in den Landtagen bei Aufwendungen für die Zwecke der Landeskultur bisher immer befolgt haben, der Todesstoß versetzt werden. Noch ein Wort gegen Frau Zeifin. Ich habe nicht, wie sie behauptet, gesagt: Unsere Partei ist eine Partei des Willens, nicht des Wissens. Im Gegentheil, ich bin ganz ihrer Meinung: unsere Partei ist eine Partei des Wissens und des Willens. Nur in Bezug auf die betriebs technische Frage in der Landwirthschaft habe ich gesagt: das ist eine Frage der landwirthschaftlichen Theorie und Praxis. Binden wir uns nicht und machen wir diese Frage des Wissens nicht zu einer des Willens.

In Rücksicht auf die Erledigung der Geschäfte macht Singer dem Parteitage den Vorschlag, die Debatte über die Agrarfrage in der heutigen Nachmittagsitzung auf jeden Fall zu beendigen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird deshalb festgesetzt, daß für den Rest der Diskussion die Bestimmungen der Geschäftsordnung (10 Minuten Redezeit) wieder gelten sollen. Eingeschrieben sind noch 14 Redner für, 37 gegen den Entwurf der Agrarkommission.

Singer: Ich habe dem Parteitage noch eine Mittheilung zu machen. Vor mir liegt die Nummer 470 der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vom 8. Oktober d. J. Das Blatt ist vermuthlich nationalliberal. Es heißt in seinem Spitzartitel:

„Der sozialdemokratische Parteitag in Breslau hat sich wieder einmal mit den Parteigelehrten zu beschäftigen gehabt. Es giebt nämlich unter den Sozialdemokraten immer noch sonderbare Schwärmer, welche mit zäher Hartnäckigkeit an den Grundsatz festhalten, niemand habe ein Recht auf Ueberfluß, so lange es einem Mitmenschen, in specie einem Parteigenossen noch am Nöthigsten fehle und die in Konsequenz dieser Anschauung die Parteigelehrten für viel zu hoch halten. Herr Liebknecht erhält bekanntlich 7200 Mark als Chefredakteur vom „Vorwärts“ und außerdem noch mehrere tausend Mark an Diäten als Reichstags-Abgeordneter, trotzdem ihn diese parlamentarische Thätigkeit keinen Pfennig kostet. Denn er ist ja ohnehin in Berlin sesshaft und die Zeit, die er im Parlamente verbringt, geht seiner redaktionellen Thätigkeit im „Vorwärts“ verloren, in dessen Bureau er sich überhaupt nur selten, höchstens honoris causa einmal sehen lassen soll. Er läßt sich also für seine Arbeitskraft, die nie groß gewesen, doppelt bezahlen. Wie er, so machen es aber auch alle Parteibeamte, die zugleich Abgeordnetenmandate besitzen, und das ist die Mehrzahl. Als deren Wortführer warf sich gestern Parteisekretär Fischer ins Zeug, der ein Gehalt von 5000 Mk. bezieht und auch nicht gern auf die Extradiäten verzichten möchte, wie man ihm ansinnt. Herr Fischer ist vierzig Jahre alt und von Hause aus Schriftsetzer. Er hat es somit schon recht weit gebracht. Im Jahre 1880 war er noch in so bedrängten Verhältnissen, daß er Wein und Wein nicht gehörig unterschied und in Altona wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt wurde. Er ist aber nichts destoweniger sehr stolz und vollkommen davon überzeugt, daß er sein Proletariatsgehalt redlich verdiene. „Wenn ich ihn nicht verdiene, dann ist es Ihre Pflicht, mich zum Teufel zu jagen“, hat er gestern stolz ausgerufen. Danach scheint es ja, daß sich sein Schaffenstrieb seit der Zeit, da er wegen Arbeitslosen und Landstreicherei drei Monate im Arbeitsbause geessen, etwas gestärkt hat, aber unsozialdemokratisch ist sein Ansinnen an die Partei, ihn und seine Fraktionsfreunde im Genuß ihrer Doppel Einkünfte zu lassen, ohne Zweifel. Bemerkenswerth ist übrigens, was bei der Diskussion über die unterschiedliche Werthung der körperlichen und geistigen Arbeit richtiges gesagt worden ist. Ausdrücklich wurde der Qualifikationswerth der geistigen Arbeit anerkannt und damit das Grundprinzip der sozialdemokratischen Doktrin über den Haufen geworfen. Stimmt die Versammlung diesen Anschauungen bei, so beweist sie damit, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitage zwar viele Menschen, aber wenige Sozialdemokraten anwesend sind.“

Da es sich hier um ein Mitglied des Parteitages handelt, über das derartige Dinge gesagt sind, so habe ich zu erklären, daß Alles, was diese Notiz über Fischer enthält, Wort für Wort niederträchtige, infame, gemeine Lüge ist! (Lebhafter Beifall.) Dieser Schrabshneider, mit der sich in letzter Zeit gewisse Presseorgane an Mitglieder unserer Partei heranwagen, muß ein Ende gemacht werden. So sehr wir das Preßgesindel, das seine Feder zu solchen Verleumdungen hergiebt, verachten, so halten wir es doch mit Rücksicht auf unsere Partei und mit Rücksicht darauf, daß diesem Volke endlich einmal zur Warnung der Mund geklopft werden muß, für geboten, daß Fischer in diesem Falle den verantwortlichen Redakteur verlagte. (Beifall.) Für die Parteigenossen aber möchte sich vielleicht aus diesem Vorfall eine Mahnung ergeben. Die Genossen, die solche Dinge zur Sprache bringen, sehen, welche Freunde und Kampfgenossen sie sich damit erwerben. Vielleicht ziehen sie daraus die Lehre, diese Fragen in Zukunft mit mehr Rücksicht und Delikatesse zu behandeln, als es bisher manchmal geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Singer mit, daß an Stelle von Rauch Genosse Wiehle aus Hannover eingetroffen sei. In die Neunerkommission trete an Stelle Rauch's Genosse Fülle, der nach Rauch die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ferner bemerkte Singer, es seien ihm von verschiedenen Seiten Vorhaltungen gemacht worden, daß er nur die gegen Fischer, nicht aber die gegen Liebknecht erhobenen Angriffe der „Braunschweiger Landeszeitung“ zurückgewiesen habe. Der Parteitag sei wohl einstimmig in der Anschauung, daß Liebknecht zu hoch stehe, als daß ihm irgend jemand den Vorwurf der Faulheit machen könne. (Beifall.) Um aber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, betone er ausdrücklich, daß die gegen Liebknecht erhobenen Beschuldigungen mit Ausnahme der Angaben über die Höhe seines Gehaltes als Redakteur genau so aus der Luft gegriffene Verleumdungen sind, wie die gegen Fischer erhobenen Beleidigungen. (Lebhafter Beifall.)

Beim Bureau ist folgende Erklärung eingegangen:

„Die unterzeichneten Delegierten von Berlin und Umgegend protestiren dagegen, daß die von ihnen vertretenen Anträge mit den Verleumdungen der Braunschweiger Landeszeitung in Verbindung gebracht worden sind.“ (Folgen die Unterschriften sämtlicher Berliner Delegirten.)

Seitens der Parteigenossen aus Oberau (Osterr. Schlessien) ist der Genosse Marx zum Parteitage entsandt worden, der das Wort zu folgender Ansprache ergreift: Ich bin beauftragt worden, Ihnen die besten Wünsche zu Ihrem Parteitage zu überbringen. (Beifall.) Leider habe ich gestern die Nachricht von der Ausweisung des Genossen Ellenbogen bekommen. Ich hätte nicht geglaubt, daß in Deutschland die Redefreiheit und das Versammlungsrecht so sehr beschränkt wären, bisher dachte ich, Oesterreich allein liegt an der russischen Grenze, aber jetzt bin ich anderer Meinung geworden. (Heiterkeit.) Ich bin gestern und heute den Verhandlungen über das Agrarprogramm gefolgt. Diese Frage ist so wichtig, daß sie mit aller Energie und Kraft zu Ende geführt werden muß. Sie ist um so schwieriger, als wir meistens aus Industriezentren stammen und die Landwirthschaft aus eigener Anschauung wenig kennen. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage der Taktik, und ich bin überzeugt, daß Sie, wie immer, den richtigen Weg finden. Hier herrschen zwei Richtungen vor, die eine will den Bauer erst frei machen und dann gewinnen, die andere schlägt den umgekehrten Weg ein. Ähnlich stand es ja vor Jahren in Oesterreich,

als wir die Frage erörterten, durch Freiheit zur Bildung oder: durch Bildung zu Freiheit. Wird man in der Agrarfrage heute nicht einig, so vertage man den Beschluß auf das nächste Jahr, bis man einig ist. Mögen die Berathungen, die Sie führen wollen, zum Wohle der Partei sein! (Bravo!)

Zur Geschäftsordnung beantragt von Elm, dem Genossen Schoenlant eine halbstündige Redezeit zu gewähren. Schoenlant war Referent auf dem Frankfurter Parteitag; es ist ihm unmöglich, in zehn Minuten auf die zahlreichen Angriffe zu antworten.

Börner spricht gegen den Antrag. Es dürfe keine Ausnahme gemacht werden. Was Schoenlant antworten könne, hätten andere schon gesagt.

Der Antrag wird abgelehnt. In der wieder eröffneten Diskussion über das Agrarprogramm erhält das Wort

Dr. Schoenlant: Es ist mir leider nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von 10 Minuten auf alle die Einwände auch nur skizzenhaft einzugehen, die gegen den Entwurf und die Arbeit der Kommission geltend gemacht wurden.

Was ich als Eindruck gewonnen habe von den Verhandlungen, und was ich unverhohlen ausspreche, besteht darin, daß ich mich sehr freue, in Köln den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Es ist von der höchsten Bedeutung, daß endlich einmal die Sozialdemokratie gezwungen worden ist, in der Agrarfrage Farbe zu bekennen. Es ist charakteristisch und für mich war es selbstverständlich, daß durch solche Differenzen der Meinungen eine solche Spaltung in zwei Lager eingetreten ist. Für den Psychologen, für den Historiker wird es sehr lehrreich sein, zu sehen, wie sich diese Gruppen gebildet haben und was für Leute auf der einen oder auf der andern Seite stehen. Es ist ein Symptom der Umbildung der Begriffe in der Partei, und bloß die, die nicht sehen wollen, werden glauben, daß es im alten Schlandrian weiter geht. Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor; wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten, der Nothleidenden aller Schichten, und die Politik, die die Gegner des Entwurfs treiben wollen, ist reine Industriearbeiterpolitik (Gelächter). Das Gelächter ist keine Widerlegung; Thatsachen beweisen. Die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln. Das Klassenbewußtsein erwacht schon in breiten Schichten des Landproletariats, und große Gruppen sind noch kraft ihrer Lage zu gewinnen. Sie werden noch einsehen, daß wir jetzt mit der Agrarfrage auf das Ernsthafteste zu rechnen haben werden, mit neuen Begriffen, mit neuen Zielen. Das Agrarwesen läßt sich nicht nach der alten Schablone behandeln, die bisher so oft an die Stelle der Forschung und der Erkenntnis getreten ist. Der Dogmenfanatismus ist viel schlimmer als der Eigentumsfanatismus der Parzellenbauern. Außerdem ist der Parteidogmatismus durchaus nicht die Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung. Marx und Engels würden sich schön dafür bedanken, daß man ihre Anschauung so, wie es geschieht, als Schablone behandelt. Engels hat erst in einem kürzlich veröffentlichten Briefe davon gesprochen, daß gerade die Marxisten Marx oft falsch verstanden und die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung falsch angewendet hätten. Wir müssen nach den veränderten Verhältnissen auch unsere Taktik ändern. Jener Theil der Partei, der von Neuerungen nichts wissen will, ist konservativ, der andere Theil ist revolutionär. (Sehr wahr! Gelächter.) Sie lachen heute, in einigen Jahren vielleicht schon werden Sie traurig sein. Sie kennen doch die Parteigeschichte, oder wenigstens es wäre gut, wenn Sie sie kennen; im Jahre 1869 hat das „Demokratische Wochenblatt“ erklärt, die Schweizerianer lieferten durch ihre Arbeiterschutzanträge die Arbeiter in die Hände Bismarck's, und jüngst ist von

einer Genossin erklärt worden, die Agrarkommission hätte Neigung, sich an den Tisch der Könige zu setzen. Allerdings wurde diese Äußerung revozirt.

Rautsky hat von ehernen Thatsachen und von der Naturnothwendigkeit gesprochen; aber mit Naturnothwendigkeit beweisen die ehernen Thatsachen, daß wir es zu thun haben mit einer Umbildung in der Landwirtschaft und mit einer Umbildung im Gebiete unserer Auffassungen von der Landwirtschaft, die uns entscheidend beeinflussen wird im Gange der Politik. Die „nägelschlagenden Schuhe der Bauern“ sind doch auch ehernen Thatsachen. Wir werden es merken, daß, wenn wir nicht rechtzeitig richtige Agrarpolitik treiben, wir zu spät kommen. Wenn das Landvolk den Ausschlag geben wird bei dem großen sozialen Entscheidungskampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, dann wird sich zeigen, wer im Rechte war. Diese Entscheidung dadurch herbeizuführen, daß man deduziert, man müsse die Bauern erst fertig werden lassen, beim großen Kladderabatsch würden wir sie schon bekommen, heißt, die Bauern der Verelendung und Ver lumpung zu überlassen. Wir haben die Pflicht, jetzt hier einzugreifen.

Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir ja Forderungen aufstellen, die verwandt oder ähnlich seien mit den Forderungen anderer politischer Parteien, so ist das ein schwächlicher Einwurf. Unser Programm hat ja in seinem zweiten Theil eine ganze Reihe solcher Forderungen; aber was wir wollen und was die Gegner wollen, ist grundverschieden; es kommt auf den Zusammenhang an, in dem die Forderungen gemacht werden, auf die grundlegenden prinzipiellen Absichten. Wollte man auf alle praktischen Forderungen verzichten, dann müßten wir auf alle politische Thätigkeit verzichten; dann hätten die englischen Arbeiter auch auf den 10-Stundentag verzichten müssen, weil die Konservativen, die Tories, ihn beschlossen haben. Wir müssen versuchen, auf die Kleinbauern und Landleute Einfluß zu bekommen, und dann für sie dasselbe thun und erreichen, was wir für die Industriearbeiter erreicht haben.

Der Zusammenhang der Forderungen mit den programmatischen Forderungen der Partei ist auch deshalb angefochten worden, weil die Arbeiterklasse dadurch abgehalten würde, auf den Bahnen, die sie bis jetzt beschritten hat, weiter zu gehen! Ich aber behaupte, die Forderungen des Agrarprogramm-entwurfs sind geradezu ein Hebel, um den Klassenkampf zu verallgemeinern; hierin liegt gerade das eminent Revolutionäre des Entwurfs.

Die Stimmung hat sich innerhalb des letzten Jahres bedeutend geändert. In Frankfurt a. M. rief man zu den Referenten über die Agrarfrage Hofmann, jetzt aber: Kreuziget sie. Nicht bloß ich, sondern auch meine Freunde haben sich im Laufe der Zeit eine ziemlich dichte moralische Hornhaut angeeignet, uns werden Sie nicht so leicht unterkriegen, und wenn Sie uns heute noch in die Minderheit zu bringen vermögen, so werden Sie bei uns dasselbe erleben, was unsere Gegner nach der Zukunftsstaatsdebatte erlebt haben, die uns todtgeschlagen zu haben glaubten, während wir zu neuen Siegen eilten. Wir kommen wieder; Sie haben einmal vom Baume der Erkenntnis gegessen; Sie haben die Frankfurter Resolution gefaßt, die Frankfurter Referate gehört, die Agrarkommission gewählt und da wird sich das Sprichwort erfüllen: „Wer vom Papst ißt, stirbt daran.“ Wir müssen praktische Agrarpolitik treiben, oder wir werden scheitern. (Beifall.)

Lesche-Altona: Wenn der Frankfurter Parteitag der Agrarresolution zustimmte, so lag dies daran, daß verschiedene Leute, die Verschiedenes wollten, sich in dieser Resolution zusammenfanden. Dasselbe war in der Agrarkommission der Fall. Die Einen wollten nur den Landproletarier gewinnen, die Andern schwärmten für Bauernschutz, die Dritten, wie Bebel und Liebknecht, sahen revolutionäre Tendenzen in unseren agrarischen Forderungen. Ihr Weg führt

aber direkt in den Staatssozialismus hinein und Vollmar wird sagen: Bebel hat mir ein Schnippen geschlagen; er ist mir im Staatssozialismus über. Auf diesen Weg folge ich ihm nicht. Ich halte die Hoffnung auf eine langsame demokratische Umgestaltung unseres Staates für eine Utopie. Man braucht sich da nur den heutigen Junkerstaat ansehen. Erst aber muß eine wirkliche Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen erfolgen, bevor wir mit staatssozialistischen Forderungen kommen. Näher als die Sorge um die Landeskultur steht uns die Sorge um den Arbeiterschutz und die Erringung des freien Koalitionsrechtes. Lassen wir uns nicht auf sozialistische Experimente ein, halten wir den propagandistischen Charakter unserer Partei hoch.

Stolten-Hamburg: Wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten der Vorschläge einverstanden bin, so gehöre ich doch zu denen, die auf dem großen Scheiterhaufen des Parteiprinzip verbrannt werden sollen, zu dem schon seit Monaten die Scheite zusammengeschleppt sind. Die Diskussion hat mich belehrt, daß es aussichtslos ist, die Vorschläge der Kommission in diesem Jahre durchzuführen, es kann also nur noch darauf ankommen, zu verhindern, daß auf einmal der ganzen Frage Kopf und Kragen abgeschnitten wird. Die Mehrzahl der Genossen ist mit einem Vorurtheil gegen die Vorschläge hergekommen, weil den Genossen die ganze Materie neu ist. Die Partei war bisher wesentlich eine solche von Industriearbeitern und seit 2½ Jahrzehnten haben wir uns daher hauptsächlich mit den Interessen der Industriearbeiter beschäftigt; aber diese Zeit ist vorbei; heute müssen wir uns auch mit anderen Fragen befassen, nicht weil sie uns Agitationsstoff liefern, sondern weil sie sich uns naturthwendig aufdrängen. Dazu gehört die vorliegende Frage. Wir müssen dazu Stellung nehmen, wenn wir nicht als politische Partei abdanken wollen. Man ist gegen die Vorschläge der Kommission mit vielen sehr schön, sehr radikal klingenden Phrasen vorgegangen, die ja immer sehr viel Anklang finden. Man hat gesagt, daß dieselben den Klassenkampf nicht fördern, sondern hindern, und daß Alles, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft thun, nur dann berechtigt sei, wenn es den Klassenkampf fördert. Nach meiner Meinung aber darf der Begriff des Klassenkampfes nicht so eng aufgefaßt werden, sondern wir müssen unser Augenmerk auch richten auf die Klassen, die noch nicht proletarisirt sind, aber nothwendiger Weise der Proletarisierung verfallen. Wenn vielleicht einmal der Augenblick gekommen ist, wo die allerdringendste Nothwendigkeit dazu zwingt, im Interesse der Industriearbeiter grundlegende Aenderungen vorzunehmen, und wenn dann die Bauern noch so weit zurück sind, dann werden wir bereuen, daß wir nicht zeitig genug das gethan haben, was wir hätten thun müssen. (Sehr richtig!) Stellt man sich auf den Standpunkt der Rautsky'schen Resolution, so müßte man die Konsequenz ziehen und den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. Ich gehe in einem Punkte noch weiter als die Agrarkommission und sage, wir müssen die Bauern an ihrem Eigenthumsinteresse packen und sie allmählig auf die genossenschaftliche Organisation hinzulenken suchen. Dadurch wird der starre Eigenthumsbegriff, den wir heute nicht allein auf dem Lande, sondern auch noch in unseren eigenen Kreisen finden, nicht neubelebt, sondern erschüttert.

Wenn andererseits die Rautsky'sche Resolution sagt, der Entwurf stellt dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn das Proletariat die Macht hat, so frage ich, ob ich in einem kapitalistischen Staat, wo das Proletariat die Macht noch nicht hat, etwa die direkte Gesetzgebung, die Umwandlung der stehenden Heere in Volkshere, die stufenweis steigende Einkommensteuer, die Abschaffung der indirekten Steuern, die freie Nichterwahl und andere unserer Forderungen durchgeführt werden können? (Sehr gut!) Ich ersuche Sie vor allen Dingen, daß Sie nicht der ganzen Sache auf einmal ein Ende machen; die Folge davon würde eine ganz ungeheure Blamage

für unsere Partei sein. (Oho!) Rufen Sie noch so sehr oho! Bei Philippin sehen wir uns wieder. Die Verhältnisse drängen dahin, daß wir uns in aller kürzester Zeit von neuem mit diesen Fragen beschäftigen müssen. Nachdem die Kommission ein Jahr lang gearbeitet und Vorschläge gemacht hat, können wir nicht mehr zurück. Nicht nur, weil die Gegner das gegen uns ausnützen würden; das wäre nicht das Schlimmste. Aber wir würden dadurch einen Zwiespalt in unsere Partei tragen. (Widerspruch.) Bedenken Sie doch, daß Genossen in den Singellandtagen für viele dieser Forderungen bereits seit langem eingetreten sind. Diesen Genossen wird es nach Annahme der Rautsky'schen Resolution nicht mehr erlaubt sein, so zu stimmen wie früher.

Es ist ferner darauf hingewiesen, daß ein Theil der Forderungen des Entwurfs bereits in unserem Programm steht, und man hat gelacht und gerufen, das genüge ja dann. Das genügt aber nicht. Sie sind zwar für den, der sich in das Programm vertiefen kann, erkennbar, aber für die meisten Agitatoren ist es nöthig, die Forderungen gut zu spezialisiren. Das gilt noch mehr für die gewöhnlichen Leser des Programms. Unser Programm würde dadurch eminent verbessert. Weisen Sie deshalb entschieden die Rautsky'sche Resolution zurück. Dieselbe bindet uns einen Klotz ans Bein, mit dem wir uns dann Jahre lang schleppen müssen. Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Frage zu lösen, so lassen Sie sie wenigstens in der Schwebe. Ich bin überzeugt, daß wir doch noch zu einer Verständigung kommen, die Verhältnisse werden schließlich lehren, was in dieser Frage zu thun ist. (Lebhafter Beifall.)

Weims-Goslar: Die Agrarleute hätten uns beweisen müssen, daß wir den Bauernschutz haben können. Ich möchte den Mitgliedern der Agrarkommission rathen, sich einmal die Verhältnisse in Deutschland genau anzusehen. Der Bauer, den Sie retten wollen, der existirt nicht mehr (Widerspruch) oder nur in verschwindendem Maße. Wir wollen Landarbeiterpolitik treiben und nichts anderes. Es ist bedauerlich, daß so viel Theoretiker und so wenig Praktiker zum Wort gekommen sind. Ihre grauen Theorien helfen nichts. Agitiren Sie für die Aufhebung der Gefindeordnung, das ist werthvoller. (Sehr richtig!) Der ländliche Proletarier hat vom Gemeindeeigenthum gar nichts. Auch der Kleinbauer ist durchaus abhängig vom Großbauern. Wir können mit der Entwicklung zufrieden sein, wie sie geht. Die Agrarkommission hat nur Arbeitszeit verschwendet. Es wäre agitatorisch viel werthvoller gewesen, wenn Bebel die Zeit, die er dort zugebracht, dazu angewandt hätte, Versammlungen auf dem Lande abzuhalten. (Sehr wahr!) Wenn Sie jetzt dem Kleinbauern besondere Programmpunkte widmen, dann kommen die Kleinhandwerker im nächsten Jahre und fordern auch für ihren Schutz ein besonderes Programm. (Sehr richtig!) Ehrlichkeit ist die beste Politik. (Beifall.)

Boch-Gotha: In meiner 25-jährigen Thätigkeit in Thüringen habe ich zahlreiche Versammlungen auf dem Lande abgehalten. Ich habe ganz andere Erfahrungen als der Vorredner gemacht. Nicht den Gutbesitzer, nicht den Großbauern, den Kleinbauern hat die Agrarkommission im Auge gehabt, der mit seinen Familienmitgliedern die Scholle bebaut und viel elender lebt, als hunderttausende von Industriearbeitern. (Sehr wahr!) Ich habe immer einen sehr großen Respekt vor der Wissenschaft gehabt, und ich habe nicht erwartet, daß Schippel so oberflächlich über die Wald- und Weidrechte sprechen würde. Diese Waldbrechte kommen dem ärmsten Landproletariat vom Thüringer Wald, von der Rhön und vom Riesengebirge zu Gute. Eine armelige Bevölkerung, unter der häufig genug Hungersnoth herrscht. Die Waldkultur wird durch dies Recht gar nicht gefördert. — Ich bin als gothaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten. Wird dies Programm jetzt abgelehnt, dann muß ich mich entweder desavouiren

oder ich lege mein Mandat nieder. Der Tagelöhner, der Knecht ist viel abhängiger als der Kleinbauer. Unter diesen haben wir Vertrauensleute. Nicht um die Rettung des Kleinbauern um jeden Preis war es der Agrarkommission zu thun, sondern um die Verhinderung seiner Verklumpung. Hundert Mark, von denen Dertel so geringschätzig sprach, bedeuten sehr viel für den Kleinbauern. — Gegen den ganzen zweiten Theil des Programms verstoßen die Agrarforderungen nicht. In welche Lage bringen Sie bei einer Ablehnung des Agrarprogramms die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevertretungen? (Beifall.)

Fischer-Dresden: Um die Annahme der Vorschläge der Agrarkommission kann es sich nicht mehr handeln. Das wird die Agrarkommission selbst nicht mehr wünschen. Zu beschäftigen haben wir uns nur noch mit der Kautsky'schen Resolution und mit dem Antrag 124. Dieser Antrag sucht der Agrarkommission noch ein möglichst günstiges Herauskommen zu ermöglichen. Die Resolution verlangt deshalb von Ihnen, Sie sollen Ihre Unfähigkeit erklären, heute schon eine Entscheidung zu treffen. Wir können aber sehr wohl ein definitives Urtheil abgeben. Eine Vertagung der Entscheidung würde unerquickliche Zustände in die Partei bringen. Aus der Debatte gewann ich den Eindruck, daß die Mitglieder der Agrarkommission unter sich selber nicht klar sind. Bebel denkt über entscheidende Punkte anders wie Quard, David wieder anders wie Bebel. Quard will den Kleinbauern vor der Proletarisierung schützen. Es wird immer so gethan, als ob Proletarisierung und Verelendung dasselbe sei. Das ist nicht wahr. Wenn wir sagen, daß wir den Bauern erst gewinnen können, wenn er proletarisirt ist, so meinen wir gar nicht, daß er verelendet, sondern daß er von seinem Eigenthum losgelöst sein muß. Aufhaltung der Proletarisierung ist Befestigung des Privatbesitzes. Da aber die Proletarisierung, d. h. die Loslösung von dem Privatbesitz die Grundlage der sozialistischen Bewegung schafft, so bedeutet die Befestigung des Privatbesitzes, die Erweiterung der Grundlage zur sozialistischen Bewegung zu verhindern, ist daher reaktionär und nicht revolutionär. Bebel giebt die Proletarisierung der Bauern durch die Entwicklung zu, will ihn aber nicht als Lohnarbeiter haben, sondern ihn als Pächter, als Genossenschaftsmitglied auf seinem früheren Felde erhalten. Damit greifen die, die sich als wahre Revolutionäre bezeichnen, zu dem alten Vassalle'schen Vorschlag zurück, mit dem wir längst fertig sind. Die vorgeschlagene Verstaatlichung führt dazu, daß die Stumm'sche Wirtschaft im ganzen Reiche herrscht. Wo sind die vielen Bauern, die wir nach Schoenlank für den Entscheidungskampf erst gewinnen müssen? Sie sind nach der Statistik gar nicht vorhanden. — Ermöglichen Sie der Kommission nicht den Rückzug durch Annahme der Resolution 124, sondern wahren Sie unsere Grundsätze durch Annahme der Kautsky'schen Resolution! (Beifall.)

Rosenstein-Leipzig: Ich bin mir bewußt, daß ich wenig Erfolg haben werde. Auf eine Niederlage mehr oder weniger kommt es nicht an. Aber jedenfalls muß ich Sie warnen, die Sache heute bereits zu entscheiden. Wir haben alles zu vertreten, was die kulturelle Entwicklung fordert, also auch die Landeskultur. Von Seiten der Gegner ist fast durchgehends der Fehler gemacht worden, daß man die Agrarfrage als Agitationsfrage aufgefaßt hat. Das haben wir nicht gethan, auf dieses Niveau haben wir unsere Darlegungen und Forderungen nicht herabgedrückt. Es ist falsch, zu sagen, daß die Entwicklung des Agrarwesens dieselbe sei wie in der Industrie; nicht einmal in der Industrie stimmen unsere Ansichten überall. Die Forderungen der Kommission werden genau so wie früher die Arbeiterschutzgesetze bekämpft; wie mit diesen wird es mit den Agrarforderungen gehen. Wir haben bei unseren Forderungen allerdings nicht bereits an die Zeit der Diktatur des Proletariats gedacht; so weit sind wir noch nicht. Die Proletarisierung der Massen bedeute

allerdings Verelendung; mit verelendeten Bauern aber werden wir nicht den siegreichen Entscheidungskampf ausfechten. — Sie sind in den vorliegenden Fragen noch nicht einig; verzichten Sie einstweilen darauf, heute schon einen bestimmten Beschluß zu fassen. Thun Sie das aber auch: das Agrarprogramm wird doch eine fröhliche Auferstehung feiern. (Beifall.)

Luz-Vangenbielau: Ich ergreife nur das Wort, um Ihnen die Stimmung der Genossen wiederzugeben, die in Kreisen wohnen, die an ländliche Bezirke grenzen, und die mit Bauern in Berührung kommen. Liebknecht betont, daß wir ebenso wie für den Arbeiterschutz auch für den Bauernschutz eintreten müssen, aber wir müssen als Sozialdemokraten einen anderen Standpunkt einnehmen. Versuchen wir doch erst, die 60—70 pSt. der Bauern zu gewinnen, die heute schon im Untergang begriffen sind. Das ist möglich mit Hilfe des Erfurter Programms. Wenn wir Bauernschutz treiben wollen, so heißt das unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes, als Bauernfang treiben. Aus diesem Grunde denke ich mir, ist auch der süddeutsche Entwurf verworfen worden. Den Bauer können wir damit nicht gewinnen, weil der Pfaffe uns in die Quere kommt.

Ges.-Offenburg: Ich glaube auf Grund meiner eigenen Erfahrungen über die ländliche Frage mir ein Urtheil erlauben zu dürfen. Ich bin im steten Verkehr mit dem kleinen Bauernstand und überzeugt, daß wir uns klar werden müssen, wen wir unter Bauer verstehen dürfen und mit welchen Punkten wir ihm kommen können. Es ist sehr gut möglich, dem Bauer, der auf der Grenze zwischen Proletarier und Besitzer steht, seine Affenliebe zum Privateigenthum zu nehmen. Durch eine Vermehrung und rationelle Bewirthschaftung des Gemeindeeigenthums können wir zeigen, was schon heute mit dem Kollektivismus geleistet werden kann. Der Bauer kann belehrt werden, daß er sich abmüht und es auf seinem Privatbesitz zu nichts bringt, während nebenan auf dem Gemeindeeigenthum, wo doch dieselbe Sonne scheint und derselbe Regen herniederfällt, mit einer höheren, kollektivistischen Betriebsform sich bessere Erträge erzielen lassen. Wir können ihn auf die Lage der Arbeiter im Gemeindebetrieb hinweisen, denen es oft besser geht als ihm; die Bauern gehen darauf auch ein und begreifen es. Gerade deshalb finden Sie gerade unter den badischen Genossen (siehe Antrag aus dem I. Wahlkreis) viele, die den Agrarprogrammwurf entweder für gut halten oder doch wenigstens ihm sympathisch gegenüberstehen. Wir brauchen in der Agitation und als Gemeinde- oder Volksvertreter eine gewisse Direktive, die uns zeigt, wie weit wir gehen dürfen. Wir sind in Baden trotz des elenden Wahlsystems im Begriffe, in vielen Orten in die Gemeindevertretung mitzuwirken oder bald einzuziehen; ich habe selbst von der Landeskonferenz den Auftrag erhalten, eine Anleitung zu schreiben für solche, die in Gemeindevertretungen sitzen. Sogenannte „Stegmüllereien“ sind oft nur deshalb vorgekommen, weil die betreffenden Genossen ohne gewisse Richtschnur handelten und stümmten. In dem Landtage kommen wir auch vor agrarische Forderungen. In Baden werden wir nächsten über Kornkammern zu verhandeln haben, für die die Regierung bereits, ohne die Volksvertretung gefragt zu haben, Geld gegeben hat. Ebenso müssen wir uns bei der Vorlage über den Rheinkanal über unsere Stellung schlüssig machen, wenn, wie ich hoffe, wieder eine Parteivertretung in den Landtag einzieht.

Sie sehen also, die Partei ist bereits mannigfach in Fragen engagirt, wie sie im Entwurf angedeutet sind. Sie hat einen Theil derselben sogar im Landtagswahlprogramm vertreten. Da ist doch nöthig, daß der deutsche Parteitag ein ernstes Wort redet und unseren Genossen die Richtung angiebt, in der sie zu gehen haben. Nicht darum handelt es sich, der Kommission einen schönen Abgang zu verschaffen; es ist gleich, ob wir in der Versenkung verschwinden oder durch die Hintertür; sondern darum, daß die Ehre der Partei auf dem

Spiele steht. Bereits sind manche Genossen von dem richtigen Wege abgegangen; pslichten Sie diese zurück. Jedenfalls müssen Sie zu einem positiven Resultat kommen, und sei es auch nur dazu, daß Sie eine endgültige Beschlußfassung aufschieben, um den Genossen Gelegenheit zu geben, über die Ausscheidung der agrarischen Spezialpunkte aus dem Programm, wie sie die Agrarkommission jetzt vornahm, in Versammlungen sich zu äußern.

Kimmel-Hamburg: Wir leiden heute an den Mängeln der Frankfurter Resolution. Die Kommission konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Sie hatte die Direktive, Vorschläge für den Bauernschutz zu machen. Diese haben wir nun zur Entscheidung vor uns. Der Entwurf verlangt nach David praktische Politik, d. h. wir sollen uns auf dem Boden des Experimentirens stellen. Darin widerspricht sich schon die Frankfurter Resolution mit dem prinzipiellen Theil unseres Programms. Man kann aber als guter Praktiker nur gar zu leicht den Boden des Klassenkampfes verlassen. Schoenlant verlangt bereits geradezu eine Revision unserer Prinzipien. Dem kleinen Bauern ist überhaupt nicht mehr zu helfen, er ist auch nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen, die Agrarier würden uns darauf festnageln, daß wir u. A. auch die völlige Aufhebung der Getreidezölle wollen. Wie stände es aber mit dem praktischen Nutzen der Vorlage? Niemals würde eine sozialistische Bauerngemeinde in der heutigen Gesellschaft Staatskredit bekommen. Würde ein Kleinbauer sozialistischer Agitator, so würde ihm der Staat die Hypothek kündigen. Der Klok, der uns an den Beinen hängt, ist die Frankfurter Resolution. Sie müssen wir durch Annahme der Resolution Kautsky abschütteln. Daß die Sache noch nicht spruchreif sei, wie die Resolution v. Elm ausführt, bestritte ich. Wir wollen auch durchaus nicht unsere Thätigkeit einstellen. Auch die Kautsky'sche Resolution verlangt Sammlung des Materials durch eine Kommission. Die Stimmung in den deutschen Parteikreisen ist gegen die Agrarvorlage. Selbst aus Süddeutschland wurde erst eine Stimme für die Vorlage laut.

Frohme-Hamburg: Ich gehöre zwar nicht der Agrarkommission an, aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, zu konstatieren, daß ihre Vorschläge vollkommen dem ihr gewordenen Auftrage entsprechen. Man hätte wohl erwarten können, daß die Gegner gerechter gewesen wären. Statt dessen hat man sich die Kritik sehr leicht gemacht und sich in Redensarten wie Charlatanerie ergangen. Die Ausführungen von Schippel haben auf mich den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht; mir ist in den 27 Jahren, wo ich zur Partei gehöre, schon vieles passiert, aber etwas so Demagogisches, wie die Worte von Schippel, habe ich noch nicht vernommen.

Singer: Ich bitte dringend, die persönlichen Angriffe zu unterlassen.

Frohme: Das war aber bei Schippel nicht der Fall.

Singer: Ich habe den Mitgliedern der Agrarkommission den weitesten Spielraum gelassen, ich kann aber nicht dulden, daß Redner, die nicht angegriffen sind, in denselben Ton verfallen.

Frohme: Sie dachte, daß Jeder das Recht hat, in demselben Maße Kritik zu üben. — Es ist eine irrige Ansicht, daß es sich bei den Vorschlägen der Kommission um etwas ganz Neues handelt. Jeder, der agitatorisch thätig gewesen ist, wird bei der Wahlagitatio schon den einen oder anderen dieser Vorschläge erörtert haben. Daß, wie Schoenlant meint, durch das Programm eine weitere Klärung der Grundsätze eintritt, ist nicht richtig. Nach dem sozialdemokratischen Prinzip haben wir Nothleidenden zu helfen, soweit wir dies mit unseren Grundsätzen, mit dem Rechte und der Vernunft in Einklang bringen können. Die Sache liegt gegenüber dem Bauer nicht anders, wie gegenüber der großen Masse der industriellen Proletarier. Kein Mensch denkt daran, die Bauern vor dem Untergange zu retten, es handelt sich nur darum, ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, ebenso wie wir auch die Lebenshaltung der

Arbeiterklasse heben wollen. Mit elenden, degenerierten Massen läßt sich in einem Kampfe nichts machen. Es ist mir unbegreiflich, wie man sagen kann, wir machen damit den Antisemiten Konkurrenz, wenn wir vernünftige Dinge fordern. — Wenn jetzt der Parteitag den unglücklichen Beschluß faßt, die Vorschläge abzulehnen, bedenken Sie dann nicht, daß wir über kurz oder lang wieder vor Neuwahlen stehen, wo wir die große Masse der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen haben? Wenn mich irgend etwas peinlich berührt hat, so ist es das Herumreiten auf der Phrase von der Diktatur des Proletariats gewesen. Was hat diese Redensart zu thun mit der Frage, um die es sich hier handelt? Aus unserer ganzen Litteratur können Sie immer wieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Sache der Sozialdemokratie die Sache der gesamten Menschheit ist. (Beifall.) Die materialistische Geschichtsauffassung schließt es aus, daß der Einzelne seinen persönlichen Wünschen und seinem Gefühl Rechnung trägt. Die Entwicklung geht ungehindert durch solche Erörterungen ihren Weg. Die Worte von der Stärkung des Privateigentums in der Kautsky'schen Resolution sind nicht stichhaltig. Es kann sich doch zunächst nicht um die Abschaffung des Privateigentums handeln, sondern nur darum, daß jeder Arbeiter die Früchte seiner eigenen Thätigkeit bekommt und daß ihm sein Privateigentum, natürlich unter anderen Voraussetzungen als heute, erhalten bleibt. Auf die Eroberung der politischen Macht werden wir hingewiesen, aber auf die Maßnahmen, die unentbehrlich sind, um die politische Macht zu erlangen, sollen wir verzichten. Im Anfange unserer Bewegung betrieben nicht Proletarier, sondern besser situierte Leute aus bürgerlichen Kreisen unsere Propaganda. Der Proletarier stand demaleinst in Volksversammlungen mit gezücktem Messer und dem Knüttel uns gegenüber, und genau so wird es mit der ländlichen Bevölkerung gehen. Der beständige Hinweis auf die Richtigkeit unserer Prinzipien hat uns die Industriearbeiter nicht zugeführt, sondern sie sind gekommen, weil wir zunächst für ihre wichtigsten Interessen eintraten. Mit welchem Rechte macht man nun einen Unterschied zwischen dem Bauer, der von den Früchten seiner eigenen Thätigkeit leben muß, und dem Lohnproletarier in Industriezentren? Man kann diese Frage nicht einfach bei Seite schieben; mit aller Prinzipienreiterei kommen wir um die Agrarfrage nicht herum, wir müssen den Dingen ins Auge schauen, mit denen wir zu rechnen haben. Die Frage ist spruchreif, und ich würde deshalb unbedenklich für den zweiten Entwurf eintreten und für die allgemeinen Grundsätze stimmen, die die Agrarkommission als Richtschnur giebt. Sollten Sie aber dafür nicht eintreten wollen, so bleibt im Interesse der Ehre und des Ansehens der Partei nichts übrig, als daß wir die Angelegenheit vertagen. Ich bin überzeugt, daß eine ruhige, sachliche Erörterung uns dazu führen wird, so unerquickliche und wenig sachliche Debatten zu vermeiden, wie wir sie jetzt zwei Tage lang über diese Frage gehört haben. (Lebhafter Beifall.)

Braun-Königsberg: Der Entwurf ist im Sinne der Frankfurter Resolution umgearbeitet worden. Für die praktische Agitation bietet der Entwurf nichts. Um Doktorfragen hat man dort wie in der ganzen Debatte gestritten. Wir wären vielleicht etwas weiter, wenn man dem Entwurf auch bald seine Begründung mit auf den Weg gegeben hätte. Daß dem Landarbeiter auch etwas geboten werden soll, davon steht im Entwurfe nichts. Ganz Ost-, Westpreußen, Posen, Schlesien sind grundverschieden von West- und Süddeutschland. Süddeutsche Bauern giebt es bei uns nicht. Den Bauer, wie er in Ostdeutschland ist, können wir nie als Bauer, sondern höchstens als Mensch für unsere Prinzipien gewinnen. Wenn wir mit dem neuen Programm aufs Land kommen, so lacht man uns aus. Die Vertagung der Sache nützt nichts, wir würden beim nächsten Parteitage dieselbe Debatte haben wie heute. Ostelbien hat keine Vertreter in der Kommission gehabt, deshalb sind die Millionen ostelbischer Landproletarier im Entwurf unberücksichtigt geblieben. Wir brauchen kein neues

Programm, uns genügt das alte; höchstens dafür können Sie einige Normen regeln, wie wir mit den Landarbeitern verfahren sollen.

Frau Steinbach-Hamburg. Der Erfurter Parteitag hat zwar das Parteiprogramm einstimmig angenommen noch unter dem Einfluß des Drucks des Sozialistengesetzes — würde es aber heute in allen seinen Paragraphen zur Debatte gestellt, wir würden dieselbe strupulöse Zerfetzerei erleben, wie sie das Agrarprogramm gefunden hat. Die lebhafteste Diskussion ist nicht gefährlich, sie hat uns mitten in die Materie hineingeführt. Verkennen wir doch nicht: die große Masse der Parteigenossen hatte vorher nicht den rechten Ueberblick über die Agrarfrage. Und auch wir haben in diesen Tagen viel gelernt. Ein Anderes ist es, wenn wir jetzt, wo die ganze Welt mit angehaltenem Athem auf die Beschlüsse dieses Parteitages harret, wenn wir jetzt zurückkehren sollten, nur bekleidet mit dem Feigenblatt der Kautsky'schen Resolution. (Große Heiterkeit.) Mir ist es bitter Ernst, mit dem was ich sage. Heiterkeit ist hier nicht am Platze. Wir dürfen nicht vor die Kleinbauern — von den Großbauern redet Niemand, und zu den Kleinbauern rechne ich auch die, die am Tage industriell thätig sind und Abends nach Feierabend ihr Stückchen Feld bebauen — mit dem Odium treten, daß der Parteitag jetzt schon erklärt, wir können den Kleinbauern nicht helfen, die Diktatur des Proletariats muß erst kommen. (Rufe: Oh!) Die Gegner werden behaupten, daß wir dem Kleinbauer sein einziges Arbeitsmaterial, sein Stückchen Land nehmen wollen. (Rufe: Oh!) Im Munde unserer Gegner bedeutet die „Diktatur des Proletariats“ nicht die ökonomische, nicht die wissenschaftliche, sondern die Mistgabelrevolution! (Widerspruch.) Doch! wir haben nicht Zeit und Gelegenheit, uns in Versammlungen dagegen zu verwahren. Wir werden in nächster Zeit auf dem Lande noch weniger Versammlungslokale erhalten und wenn wir in die Versammlungen der Gegner kommen mit nichts als der Kautsky'schen Resolution, so wird man uns dieselbe kräftig um die Ohren schlagen! Die Vorwürfe gegen die Agrarkommission richten sich in der Hauptsache gegen die Dinge, die die Agrarkommission selber schon beseitigt hat. Wo bleibt da die Logik? Wir, die wir die Partei der Bruderkiebe sind, müssen in einer dem Landvolke sympathischen Weise uns auf seine Seite stellen. Es wird Ihnen eine vermittelnde Resolution vorgelegt werden, ich bitte Sie, durch deren Annahme die Partei vor einer Niederlage bewahren zu helfen. Lehnen Sie deshalb die Kautsky'sche Resolution ab. (Beifall.)

Aronsz-Berlin: Für die Aufstellung des Entwurfes durfte die Gewinnung neuer Parteigenossen nicht der Grund sein. Wir haben auch in der industriellen Bevölkerung ziemlich bedeutende Kreise noch nicht für uns gewonnen, und doch soll das Programm gerade für die Industriearbeiter passen. Die völlige Gewinnung des Industrieproletariats ist verhindert durch die mangelhafte Ausbildung und die uns ungünstige Gesetzgebung, die unsere Organisation hindert. Die Bildungs- und geistlichen Schranken sind doppelt und dreifach, wo es sich um das Landproletariat handelt. Diese Schranken müssen wir niederreißen, und dann werden wir auch die Mehrheit des ländlichen Proletariats gewinnen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie als große Partei mit allen brennenden Tagesfragen energisch befassen muß, und da stimme ich allerdings z. B. mit Schoenlauf überein, der da sagte, daß sich ein großer Doktrinarismus allzu breit mache, freilich nicht bei den Theoretikern. Man wird allzu leicht als schlaffer Reformator gebrandmarkt, wenn man einen Gegenstand behandelt, der im Programm nicht berührt ist, selbst wenn man dabei nicht im geringsten gegen die Grundsätze der Partei verstößt.

In Theil III des Entwurfes ist fast nichts zu brauchen. Die in II aufgestellten Arbeiterforderungen sind nicht übel. Ich gestehe, der Theil des Erfurter Programms, in dem vom Arbeiterschutz die Rede ist, erscheint mir ungeläufig, und ich bin dafür, daß man diesen Theil einmal gründlich revidirt. Ich

wünschte dann aber, daß man nicht scheidet Industrie- und Landarbeiter, sondern ich möchte, daß man alle Arbeiter einheitlich behandelt. David meinte, das Gemeineigentum führt zum Sozialismus. Aus einer privaten Enquete der Bodenreformer über das Gemeineigentum kann ich Ihnen das Gegentheil beweisen. Eine Gemeinde schrieb uns zurück, daß es ihr sehr gut gehe, daß sie aber eine genaue Darstellung des öffentlichen Eigentums nicht geben wolle, weil sie nicht wünsche, daß viele andere ihr diese Einrichtungen nachmachen. Eine zweite schrieb unter anderem zurück, daß der größte Vortheil der Gemeindeeinrichtung darin bestünde, daß es in ihr keinen Sozialdemokraten gebe und geben könne. Durch die Hypothekenverstaatlichung, selbst wenn sie nur in dem von Bebel angegebenen Maße durchgeführt würde, könnte nur eine ungeheure Liquidation herbeigeführt werden. Den kleinen brauchbaren Rest in Absatz III erledigen wir dadurch, daß wir ihn der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen.

v. Elm: Für mich ist die Frage, die wir zu entscheiden haben, eine Frage der Taktik und der Praxis. Unsere Partei ist keine kleine Sekte mehr, sie muß zur Agrarfrage Stellung nehmen, die die Hälfte der deutschen Bevölkerung bewegt. Sie muß Stellung im Reichstage wie im Landtage zu ihr nehmen. Natürlich dürfen wir keine Experimente machen. Ist die Frage noch nicht spruchreif, so müssen wir die Entscheidung vertagen. Wollen wir die Erringung der politischen Macht nicht auf eine ferne Zukunft verschieben, so dürfen wir auf die Unterflügelung der ländlichen Bevölkerung nicht verzichten. Wir haben bereits Eingang gefunden, gerade bei Kleinbauern, die eine weit zuverlässigere Stütze in manchem Kreise sind als die verelendeten Landarbeiter. Wir müssen die Kleinbauern zur Demokratisierung unserer Gesellschaft heranziehen; und wir ziehen sie heran durch eingehende Beschäftigung mit ihrer materiellen Lage. Um dem Bauer unser Endziel begreiflich zu machen, müssen wir praktische Vorschläge machen; nur so kommen wir an ihn heran. Die Kautsky'sche Resolution ist die vollständigste Verwerfung und Abweisung der Agrarfrage. Wenn Schippel der Agrarkommission und erfahrenen Genossen Unwissenheit in der Agrarfrage vorwirft, so werden Sie es nicht für einen Schimpf betrachten, wenn Sie erklären, es ist noch nicht genügend Klarheit vorhanden, wir verschieben die Entscheidung um ein Jahr. Die meisten Delegirten haben sich in ihren Wahlversammlungen festgelegt. Jetzt ist der einleitende Passus, der am meisten Widerspruch im Lande fand, zurückgezogen. Ist es denn so gefährlich, wenn wir ans Volk appelliren? Wir sind doch eine demokratische Partei. Gerade daß die Gegensätze in der Partei sich bei der Agrarfrage so schroff gegenüberstellen, sollte uns veranlassen, im Interesse der Gesamtpartei kluger Weise die Entscheidung zu verschieben. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin der erste Redner aus Westfalen, der hier zum Wort kommt. Von der Agrarkommission ist Westfalen leider nicht berücksichtigt worden. Wir Bielefelder haben in der Landagitation viele und gute Erfahrungen gemacht; wir haben besonderen Ansporn, Landagitation zu treiben, denn Bielefeld ist sozialistisch, das umliegende Land dagegen, von dem wir abhängen, ist gegnerisch. Und doch muß ich Ihnen sagen, daß wir mit dem Entwurf der Kommission bei der Agitation lange nicht so gute Erfolge erzielen würden als nach unserer bisherigen Methode. Haben die Verfasser des Entwurfes recht, sind sie wirklich revolutionär, dann wird es trotz unseres Widerstandes wieder dazu kommen, daß wir uns mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Durch den Arbeiterschutz, der gut ist, stoßen wir den Bauern ab; Arbeiterschutz und Bauernschutz vertragen sich nicht. (Sehr richtig!) Nur die kleinsten Bauern sind zu gewinnen; denn sie sind keine Eigentumsfanatiker. Den revolutionären Einfluß des Bauernschutzes und die Aufrechterhaltung der alten Rechte bei den Bauern verstehe ich nicht; im Gegentheil, inbezug auf diese Rechte sage ich: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.“

Harm-Elberfeld: Ich habe mir bereits gesagt: Auch Du rettest den Freund nicht mehr! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie aber, wenn Sie die Vorlage nicht annehmen, auch die Resolution Rautsky abzulehnen. Geschehen muß in der Sache etwas. Die Parteigenossen, die den Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission vor einem Jahre lebhaft begrüßt haben, wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Wir würden nach meiner Ueberzeugung an dem ländlichen Bewohner ein Verbrechen begehen, wenn wir ihn von uns stoßen. Ich bin absolut nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, so z. B. mit der Verstaatlichung. Infolge der Alters- und Invalidenversicherung häuft die Reichsregierung soviel Geld auf, daß sie es zu billigen Zinsen abgeben wird. Auch das Versicherungswesen, wie es die Kommission vorschlägt, wird sich als überflüssig erweisen. In anderen Fragen können wir aber der Kommission zustimmen, und der Bauer wird uns dankbar dafür sein. Wir dürfen den Bauernstand nicht verkommen lassen, denn mit einem degenerierten Stande können wir nichts anfangen. Wir müssen die Bauern gewinnen, und deshalb bitte ich Sie, die Resolution Rautsky abzulehnen.

Singer theilt mit, daß v. Elm seinen Antrag zurückgezogen und statt dessen folgenden Antrag eingebracht hat:

1. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung macht eine Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage notwendig. Da aber der bisherige Verlauf der Diskussion gezeigt hat, daß die Frage einer weiteren Prüfung und Klärung bedarf, steht der Parteitag von einer bindenden Beschlusfassung ab und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, durch Studium und Berathung der ländlichen Frage eine endgültige Stellungnahme vorzubereiten.

2. Der Antrag nimmt den Schlußantrag der Agrarkommission auf.

Leven-Neuß, Riesel-Berlin, Mohs-Leipzig, Fleischmann-Frankfurt und Fischer-Posen verzichten aufs Wort.

Eberle-Warmen: Ich hätte auch verzichtet, wenn nicht gerade Harm, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage ist, vorher geredet hätte. Er hat nur seine persönliche Meinung vorgebracht. Nehmen wir die Vorschläge an, auch wenn sie nicht im Programm stehen, so ist das doch eben so, als ob sie darin ständen. Wenn wir den Bauer als Besitzer, als Steuerzahler beschützen sollen, so ist das doch etwas ganz Neues. Wenn man immer betont, daß man die Wahrheit deshalb wissen muß, weil man schon seit so vielen Jahren in der Partei sei, so sind das Redensarten.

In einer persönlichen Bemerkung spricht Schoenlauf: Genosse Rimmel hat behauptet, ich hätte eine Revision unserer Prinzipien für notwendig erklärt. Davon habe ich nicht gesprochen. Ich habe nur den Beweis zu erbringen versucht, daß wir unsere bisherigen Vorstellungen in der Agrarfrage einer Revision unterziehen. Gerade die agrarpolitischen Forderungen sind revolutionär, sie fügen sich in den Rahmen unserer Prinzipien hinein. Die revolutionäre Phrase mit dem dramatischen rrr... bedeutet demgegenüber gar nichts.

Damit ist die Diskussion geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 11. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß Müller-Darmstadt beantragt, der Rautsky'schen Resolution folgende Fassung zu geben:

„Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Der Parteitag erkennt an . . . (Der weitere Wortlaut stimmt mit der Resolution Rautsky überein).“

Dieser Antrag will also jede Motivierung, warum der Entwurf abzulehnen ist, beseitigen, während Rautsky eine Motivierung vorschlägt.

Ferner ist zu der Rautsky'schen Resolution ein Amendement eingelaufen, welches wünscht, daß die Worte „und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus“ gestrichen werden. — Infolgedessen wird über die Resolution getrennt abgestimmt werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Schlußwort zu den Vorschlägen erhalten die Referenten.

Quard: In den letzten Tagen ward uns öfters gesagt: „Zurück, Ihr rettet den Freund nicht mehr“. Darauf kommt es gar nicht an, ich habe vielmehr die weitgehende Hoffnung, daß durch die weitere Verbreitung unserer hiesigen Verhandlungen über die Agrarfrage das Urtheil der Genossen im Lande geklärt werden wird und zwar in unserem Sinne. Zu den bekannten Beschimpfungen, die von einer Seite gegen uns geschleudert worden sind, muß ich Stellung nehmen. Ich rege mich über diese Beschimpfungen nicht auf; ich erkläre sie mir psychologisch. Schippel hatte sich abseits von allen sachlichen Argumenten in eine so schiefe Lage gebracht, daß er entweder „pater peccavi“ sagen oder das Frühere noch übertrumpfen mußte. Nach seinem Geschmac hat er sich für das Letztere entschieden. Ich meine, die Stellung Schippel's wird im Lande für die Arbeiten der Agrarkommission nicht ungünstig sein und die Sache wird dadurch nur gewinnen. Schippel hat sich übrigens gar nicht an den vorher besprochenen Gang der Debatte gehalten; er ist sofort in die Spezialdebatte eingetreten, hat sich aber über die agrarpolitischen Grundsätze nicht eingelassen, von denen wir uns leiten ließen. Er hat vom Harzscharen, von den Wald- und Weiderechten in Deutschland u. gesprochen. Er hat ferner eine Reihe von Mitteln auf dem Gebiete des Zitirens gebraucht, die, weil sie verwerflich sind, unserer Sache nur nützen können. Ich greife heraus, was er über die Entlehnung des süddeutschen Entwurfes aus dem Falkenhayn'schen Gesekentwurf gesagt hat. Von einem Abschreiben und von einer Verheimlichung kann hier keine Rede sein. Vollmar hat in der Kommission nicht im geringsten ein Hehl daraus gemacht, daß einige Theile des Entwurfes ähnlich manchen Bestimmungen im Falkenhayn'schen Gesekentwurf sind. Um den Effekt seiner Rede zu erhöhen — viele Redner haben ja auf den Effekt spekulirt — hat Schippel etwas verschwiegen, was sehr wesentlich ist. Er hat leise angedeutet, daß alle Forderungen, die so ähnlich sein sollen dem süddeutschen Entwurfe, in Oesterreich für Grundbesitzerberufsgenossenschaften geschaffen werden sollten. Wie aber diese Berufsgenossenschaften zusammengesetzt sein sollten, hat er nichts gesagt. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß der Minister alle jene Kompetenzen den bäuerlichen Berufsgenossenschaften zuwies, die gewählt werden sollen auf Grund des verrotteten österreichischen Gemeindegewaltssystems. Also wären, wenn jener Entwurf Gesetz geworden, jene Forderungen nichts weiter gewesen, als Werkzeuge in den Händen der größeren und mittleren Bauern gegen die kleinen.

Die Genossin Zetkin hat einen ähnlichen Fehler begangen: Sie hat ein Zitat aus Schmoller verlesen und hat nachweisen wollen, daß Schmoller bezüglich der Förderung der Landeskultur etwas Ähnliches gesagt haben soll wie ich. Aber sie hat Pech gehabt; sie hat als eine Aeußerung von mir etwas angegeben, was ich aus Engels zitiert habe. Wenn aber Engels und Schmoller einmal übereinstimmen, so weiß ich nicht, wie man das gegen mich ausspielen kann. In fortwährenden Widersprüchen haben sich diejenigen Genossen bewegt, die uns einerseits Bauernfang vorgeworfen haben, andererseits aber sagten: mit Euren Forderungen laßt Ihr keinen Hund vom Ofen. Entweder das eine oder das andere: entweder sind die Forderungen zugkräftig oder nicht. Die Stimmung unter den Bauern, von der Herbst gesprochen hat, die schon jetzt, seitdem sie unseren Entwurf kennen, gegen uns sehr erbittert sind, existirt wohl nur in der Phantasie Herbert's. Welcher Bauer weiß denn etwas von unserem Entwurf? Das ist ja das Unglück

bei unseren Verhandlungen, daß wir zu wenig wirkliche Bauern unter uns haben. Es ist ferner falsch, daß wir uns um die Landarbeiter nicht kümmern. Unsere Arbeiterforderungen haben wir vorgeschlagen, ins Erfurter Programm zu stellen.

Genosse Arons hat eine Reihe unrichtiger Auffassungen geäußert. Er sagte, wir müßten erst eine bessere Vereinsgesetzgebung haben, ehe wir die Bauern gewinnen. Diese Aeußerung war um so ungeschickter, als in diesem Augenblick der aus bäuerlichen Wählern hervorgegangene preußische Landtag dazu benutzt werden soll, uns durch eine neue Gesetzgebung zu strangulieren. Nein, man muß auf andere Weise dem Bauer beikommen. Eines haben wir durch die Debatte erreicht, daß allgemein zugegeben wird von den Genossen, man muß revolutioniren und reformiren. Selbst Schippel sagte, daß er sich mit auf die Seite des geprellten Bauern stellen will. Nun stellen sich aber alle unsere Forderungen auf die Seite der Kleinbauern gegen den ausbeutenden Kapitalisten. Das ist der maßgebende Gesichtspunkt gewesen, die Ausbeutung der ärmeren zu verhindern, und daher decken sich unsere Forderungen genau mit dem Standpunkt des so oft zitierten Engels.

Gegen die Forderung des Gemeindeeigentums hat Schippel Argumente der liberalen Manchester Schule geltend gemacht, die da sagte: Gesamtgut — Verdammtgut. Bei seinem Zitiren nahm Schippel aus den Autoren das, was ihm paßte, und ließ die Gesamtanschauung des betreffenden Schriftstellers unberücksichtigt. So behauptet er, Bücher und Wörrishofer hätten auf die Schädlichkeit der Almenden hingewiesen. Bücher hat allerdings hervorgehoben, daß sich einige Uebelstände bei den Almenden herausstellten, sein Gesamturtheil aber ist günstig. Die Gefahr der „Schollenkleberei“ ist nach ihm nicht vorhanden. Dasselbe meint auch Wörrishofer. Das Ergebnis seiner ganzen Schrift über die Zigarrenarbeiter ist, daß die reaktionäre Verquickung von Landwirtschaft und Hausindustrie sich allmählig auflöst trotz der Almenden in Baden. Rautsky irrt, wenn er die Reste des Gemeindeeigentums für sehr klein hält. In Württemberg haben 70 pCt. der Gemeinden Waldungsrechte, 85 pCt. sonstige Almendenrechte. 735 000 Morgen Gemeindegut sind dort noch vorhanden mit einem Nutzungswerthe von 1½ Million Mk., das Holznutzungsrecht wird auf 2½ Million Mk. geschätzt. Von den 1582 Gemeinden Badens haben 1286 Almenden in einem Umfange von 126 000 Morgen und einem Nutzungswerthe von 2½ Million Mk. In Hohenzollern befinden sich von den 84 000 Morgen grastragenden Bodens 50 000 in Gemeindeeigentum. Von 27 Gemeinden ist nur 1 ohne Almende. — Auch ist es nicht wahr, daß sich die Gemeindevirtschaft mit rationaler Bodenkultur nicht verträgt.

Die ganze Diskussion hat die Frage zugespitzt auf Erweiterung der Almenden. An der einen Stelle kann die Almende allerdings reaktionär wirken, an anderer wirkt sie eminent sozialistisch, und deshalb muß man eben differenzieren. Rautsky schreibt in seinem „Erfurter Programm“ ja auch, daß der Uebergang in die sozialistische Gesellschaft den Kleinbauern nichts nimmt, sondern ihnen das Parzelleneigentum einstweilen läßt, und gestattet, daß sie ihre Abgaben in Naturalien zahlen. Lesen Sie diese Stelle und vergegenwärtigen Sie sich den Entrüstungsturm, der sich erhob, als Schippel darauf hinwies, daß die süddeutsche Kommission einen Naturalzins vorschlug. Entweder sollte sich Schippel schon längst gegen Rautsky gerichtet haben oder aber er sollte hier nicht herzutreten und gegen die Süddeutschen losziehen, weil sie genau dasselbe wollen, was Rautsky in seinem grundlegenden Buche der Partei sogar für die Zeit, da wir schon die Macht haben, zur Richtschnur giebt.

Auch Genosse Arons hat früher einen ganz ähnlichen Standpunkt vertreten wie die Agrarkommission. Redner verliest unter großer Heiterkeit der Versammlung die Agrarvorschläge, die Arons in einem Artikel im „Spezialpolitischen Zentralblatt“ vor Jahren niedergelegt hat, und die dahin lauten, daß die Ge-

meinde bei Zwangsversteigerungen Grundstücke erwerben, diese wieder an den früheren Eigenthümer verpachten, Staatskredit dazu erhalten, die Hypothekenverstaatlichung anstreben soll u. s. w. Die Hypothekenverstaatlichung ist eine alte Forderung, die bereits im „Kommunistischen Manifest“ ausgesprochen ist. Und wie gingen Marx und Engels bis Ausbruch der deutschen Revolution vor? Nicht mit dem „Kommunistischen Manifest“ wandten sie sich in der praktischen Agitation an die Arbeiter, sondern mit einem Sonderprogramm — dies Verbrechen haben sie auch begangen —, das die Schlussfolgerungen für die Praxis aus der Theorie enthielt. Sie haben im Wesentlichen das gemacht, was wir auf agrarpolitischem Gebiet machen wollen. In der Vorrede zum „Bauernkrieg“ hat Engels die Forderung der Verstaatlichung der Hypotheken wiederholt und zwar für die Gegenwart. Wir befinden uns also durchaus in guter revolutionärer Gesellschaft. Wer sagt denn, wenn wir die Verstaatlichung der Hypotheken verlangen, daß wir uns praktisch für die und die Methode der praktischen Durchführung festlegen? Unter diesen Umständen ist die Verstaatlichung der Hypotheken räthlich, unter jenen nicht. Es kommt dabei ganz auf die politischen Verhältnisse an. Wie kann man von uns verlangen, daß wir im Agrarprogramm Einzelheiten der Praxis, wie die Festsetzung einer Beleihungsgrenze, feststellen. Das gehört nicht dahin. Genosse Dertel will, wenn die Verstaatlichung der Hypotheken naht, vorerst „tüchtig Hypotheken draufsperren“. Dazu gehören doch zwei; er muß erst die dummen Kapitalisten finden, die ihm das Geld dazu herleihen. (Heiterkeit.)

Wir können doch an die jetzigen Verhältnisse, wo der Staat in den 14 deutschen Landeskreditanstalten bereits ca. 500 Millionen Mark an Hypotheken in der Hand hat, anknüpfen und in diesem Sinne weiter wirken.

Was nun die Waldnutzung betrifft, an der Schippel zunächst seinen Witz ausgelassen hat, so ergiebt sich da wieder die merkwürdige Erscheinung, daß der Sozialdemokrat Schippel forsttechnisch kapitalistischer denkt und kapitalistischer spricht als die verranntesten Forstleute. (Sehr richtig!) Wir können uns zur Begründung unserer Ansicht auf Autoritäten berufen, die sogar anerkennen, daß der forsttechnische Standpunkt stets den agrarpolitischen Erwägungen untergeordnet werden muß. Redner verliest hier die diesbezüglichen Aeußerungen des Forsttechnikers Professor Dr. Endres in Karlsruhe. Weit sachlicher ist Rautsky vorgegangen, er hat nicht den Ton der Schippel'schen Selbstgefälligkeit angeschlagen, er ist neben Schippel wie ein bescheidener Predigtamtskandidat. (Heiterkeit.) Er vergißt aber, daß wir nicht die Aufgabe haben, den theoretischen Theil unseres Programms zu wiederholen, sondern festzustellen, was sich an praktischer Politik mit den theoretischen Gesichtspunkten verträgt. Darüber hätte sich Rautsky äußern müssen. Rautsky hat nur im Allgemeinen behauptet, daß das ganze Programm gegen den Entwurf sei; im Einzelnen hat er das nicht nachgewiesen. Die Größe unseres Programms besteht ja gerade darin, daß es mit dem theoretischen Theil einen praktischen verbindet; dadurch ist die Sozialdemokratie eine große Partei geworden. Wir wären eine kleine Schule wie die französischen Sozialisten, wenn wir keinen praktischen Theil im Programm hätten. Auch die Franzosen macht jetzt die praktische Arbeit groß. Und gegen deren praktische Thätigkeit sind wir reine Waisenkinder. Sie haben ein Agrarprogramm, sie haben jetzt ein neues Programm für die Seeleute aufgestellt; sie werden vielleicht weiter gehen und ein besonderes Programm für die Handelsangestellten, für die Eisenbahnarbeiter u. s. w. schaffen. Das ist doch kein Unglück; sondern das darf nur dann bekämpft werden, wenn das Sonderprogramm gegen das Hauptprogramm verstößt, und diesen Nachweis vermiße ich.

Rautsky hat eine praktische Wahrheit gesagt: Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie immer gewagt hat, unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Nun, ich will ebenfalls einige unangenehme Wahrheiten sagen. Auch Frau Zetkin hat sich auf das theoretische Schaukelpferd begeben und eine große theoretische Rede gehalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Frau Zetkin an etwas erinnern, was ihr sehr nahe liegt, an die Frauenbewegung. Was hat sie versucht in der praktischen Agitation? Sie ist z. B. hinter den deutschen Frauenvereinen bei den bekannten Petitionen an alle Bundesstaaten um weibliche Fabrikinspektoren zurückgeblieben. Die Gegner haben der Genossin leider die praktische Tätigkeit abgenommen und die gegnerische Agitation hat tatsächlich schon ganz hübsche Erfolge aufzuweisen. Mit drei Worten hat Rautsky die Folge des Theoretisierens gekennzeichnet: es bleibt nichts übrig in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als daß, wenn solche Fragen, die im Entwurf berührt sind, herankommen, diese Fragen „mit der größten Reserve“ behandelt würden. Aber mit der größten Reserve ist den Genossen nicht gedient, es kommt darauf an, den Genossen zu erklären, wie weit sie in der Reserve gehen sollen. Wenn sie sich darauf beschränken wollen, Reden zu halten und zu sagen, die Sache sei ja ganz gut, aber man dürfe nicht praktische Stellung nehmen, so würde das allgemeine Heiterkeit über die sozialdemokratischen Redner erzeugen. Mit der größten Reserve macht man nichts; handeln muß man. Man kann als Partei auch an Uebertreibung der Theorie zu Grunde gehen; manche Parteien, die Sie alle genau kennen, beweisen das. Und was wird die praktische Folge davon sein, wenn die Resolution Rautsky angenommen wird? Die Fortsetzung der literarischen Debatte wird sich auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränken, auch wenn die Resolution Rautsky das nicht zu wollen scheint. In den großen Kreisen unserer praktisch arbeitenden Parteigenossen, auf deren Mitarbeit großer Werth zu legen ist, wird aber die Diskussion ganz naturgemäß weniger fortgeführt werden, wenn Sie jetzt die Frage hier so kurzer Hand erledigen. Was wollen die Landtags-Abgeordneten und Gemeindevertreter der Partei machen, wenn die Resolution Rautsky angenommen wird? Ihnen bleibt nichts weiter übrig, als ihre Mandate niederzulegen oder ohne Rücksicht auf den Beschluß ihre alte Tätigkeit fortzusetzen. Das soll keine Drohung sein, sondern das einfache Fazit der Annahme der Resolution Rautsky. Die Broschüre über die heftigen Landtagswahlen z. B. befindet sich in den Händen aller Gegner. Darin stehen viele Sätze, die auch im Entwurfe stehen. Was sollen da die heftigen, ebenso die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen machen, wenn wir uns auf die Resolution Rautsky festlegen? Die Folgen wären also Einschlafen der theoretischen und praktischen Arbeit und Uneinigkeit in der Partei.

Singer: Der Referent hat bereits die ihm zustehende Redezeit überschritten. Da für uns jetzt wieder die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Kraft sind, so kann ich eine Ausnahme nur dann machen und den Referenten nur dann eine unbefristete Redezeit gewähren, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. Ich lasse also darüber abstimmen.

Der Parteitag beschließt, die Redezeit der Referenten nicht zu begrenzen.

Duarc (fortfahrend): Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung, denn ich komme gerade zu einer Sache, die unserem Genossen Singer sehr nahe geht. Täuschen Sie sich nicht darüber, daß der Beschluß seine Rückwirkung auf die städtische Agitation ausüben wird. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß uns in Halle die Unabhängigen dasselbe erwidert haben, was gegen das Agrarprogramm eingewandt wird. Wenn der Parteitag diesen Beschluß faßt, dann werden sich in kurzer Zeit in der Großstadt Stimmen erheben, die sagen: Was hat sich Singer um die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung, um die Anlage neuer Pferdebahnen, Elektrizitätswerke, Gewerbeschulen u. s. w. zu kümmern? Er hat nur Prinzipienagitation zu treiben. — Das wäre der logische Schluß, der sich aus der Annahme der Resolution Rautsky ergibt.

Die Resolution Reichert trifft am besten das, was bei dem jetzigen Stand der Sache zu thun ist. Es ist richtig, daß wir über eine ganze Reihe von Punkten nicht im Klaren sind, und deshalb müssen wir die Frage vertagen. Damit sagen wir den Genossen im Lande, sie sollen sich intensiv weiter damit beschäftigen, damit eine größere Klärung eintritt. Ich kann Ihnen die Resolution Reichert um so eher empfehlen, als sie den zweiten Antrag der Kommission aufnimmt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Partei vor einem Wendepunkt steht, wo sie zu entscheiden hat zwischen Theorie und Praxis. Als vor 20 Jahren in Gotha die Programfrage zur Berathung stand, da hat Liebknecht, obwohl er mußte, welche vernichtende Kritik unserer größten Theoretiker Marx an dem Entwurf geübt hat, denselben doch zur Annahme empfohlen, weil er sich genau wie es heute der Fall ist, sagte, es kommt nicht darauf an, Prinzipienreiterei zu treiben, sondern die Sozialdemokratie zu vereinigen. Mit dem geeinigten Proletariat werden wir dann schon der Theorie zum Siege verhelfen. Genau so steht es heute, es handelt sich darum, zunächst gewisse Verständigungspunkte zu gewinnen und dann weiter zu arbeiten. Dann werden wir auch zusammen mit den Bauern, die uns heute gefehlt haben, das richtige Agrarprogramm zur Ergänzung des Erfurter Programms finden. Es ist kein Wunder, daß Liebknecht und Bebel auf unserer Seite stehen, sie handeln nach denselben Grundsätzen wie damals, und ich kann nur wünschen, daß wie damals die Taktik dieser Führer der Partei zum Siege verholfen hat, so auch jetzt ihr Rath uns zum Heile gereicht. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt

Rautsky: Der große praktische Bauernagitor Dr. Duarc hat mich, den reinen Theoretiker, vernichtet und als Beweis für meine Hilflosigkeit angeführt, ich hätte gerathen, daß wir uns in den Landtagen der Agrarfrage gegenüber die größte Reserve auferlegen und womöglich gar nichts darüber reden. Das ist nicht richtig; ich habe nur gesagt, wenn das richtig ist, was die Anhänger des Entwurfs vorbringen, daß unter unseren Genossen die größte Unklarheit in Agrarfragen herrscht, so haben wir alle Ursache, unsere Reformeifer in der Agrarfrage zu zügeln und so vorsichtig wie möglich bei der Stellung von positiven Anträgen zu sein, bevor wir uns selbst über die Sache klar sind. Nun hat Duarc, der das Zitiren so haßt, aus meiner Schrift über das Erfurter Programm Zitate gebracht, die so, wie er sie sagt, falsch sind. Er behauptete, ich sei für den Naturalzins der Bauern eingetreten. Ich habe aber ausdrücklich ausgeführt, daß unter der Herrschaft der Waarenproduktion die Durchführung des Naturalzinses ein Unsinn ist. Auch die andere Aeußerung, die Duarc mir in den Mund legt, von der Erhaltung der Parzellenbauern, ist nicht richtig. Ich habe ausdrücklich erklärt, der Kleinbetrieb sei unhaltbar in der sozialistischen wie in der heutigen Gesellschaft. Aber die kapitalistische Methode, ihn zu beseitigen, sei die Expropriation, die sozialistische die Anziehungskraft der höher stehenden sozialistischen Betriebsform. Angesichts dieser Art zu zitiren, frage ich den Parteitag, ob Duarc Ursache hat, anderen Leuten Vorlesungen darüber zu halten, wie man zitiren soll.

In persönlicher Bemerkung Dr. Arons: Es ist richtig, daß ich vor einigen Jahren im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ die agrarpolitischen Forderungen aufgestellt habe, die Dr. Duarc vorlesen hat. Aber ich wollte nicht wie die Agrarkommission Erwerbung von Gemeinbesitz, sondern Erwerbung zur Rückgabe an den Privatbesitz. Ich halte aber meine Entwicklung vom Bodenreformer zum klaren Sozialdemokraten für richtig und das Umgekehrte für falsch. (Sehr richtig!)

Persönlich bemerkt

Frau Zetkin: Der Parteischulmeister Duarc hat auch mich geschulmeister und mir Vorwürfe wegen meiner Haltung in der Frauenbewegung

gemacht. Ich halte diese Stellungnahme für richtig, wir haben seit 1885 erreicht, daß in den Köpfen von Tausenden von Arbeiterinnen die Nothwendigkeit weiblicher Fabrikinspektoren klar feststeht und wenn die Regierung diese Forderung noch nicht erfüllt hat, so ist das sehr erklärlich . . .

Singer (die Rednerin unterbrechend): Wir haben keine Veranlassung, in eine Diskussion über Fabrikinspektoren einzutreten. (Heiterkeit.)

Frau Zetkin (fortfahrend): Wir haben keinen Grund, uns petitionirend und bettelnd einer Regierung zu nahen, die den Umsturz gegen uns gemacht hat . . .

Singer: Das ist nicht persönlich.

Frau Zetkin: Dann will ich mich nur dagegen verwahren, daß ich in der Frauenbewegung denselben Standpunkt einnehme, wie Dr. Quarc in der Handlungsbewegung. (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quarc (persönlich): Ich habe der Genossin Zetkin nur den Vorwurf gemacht, daß sie nicht früher praktisch vorgegangen ist, als der bürgerliche Petitionsturm stattfand. Was Dr. Arons betrifft, so habe ich ihn eigentlich zu glimpflich behandelt, denn das, was er jetzt gesagt hat, verschlimmert die Sache nur. Zum Beweis dafür, daß meine Ausführungen in Bezug auf Kautsky richtig waren, lege ich das „Erfurter Programm“ auf den Tisch des Hauses nieder, so daß Jeder die zitierten Stellen nachlesen kann. (Zuruf: Kennen wir ja!)

Das Wort erhält nunmehr der Korreferent

Schippel: Die persönlichen Bemerkungen haben uns bereits auf das Gebiet geführt, das ich zunächst auch betreten muß. Genosse Bebel hat meine Haltung in der Kommission und hier in einer Weise angegriffen, wie sie unter Parteigenossen wohl selten stattgefunden hat. Er hat zum Schlusse erklärt, er sei mit mir als Mensch fertig. Ich bedaure, daß Genosse Bebel das Material zu seinen Anklagen so einseitig und leicht nimmt, denn auch ein Mann von seiner Stellung sollte mit dem Namen, mit dem Ansehen eines Anderen nicht spielen. Alles, was er Ihnen vorgeführt hat, sind Dinge, die nur zum Theil richtig sind, die in andere Beleuchtung gerückt, ganz anders erscheinen.

Lassen Sie mich erst den Hergang in der Kommission feststellen. Nach der Annahme der Frankfurter Resolution war die Stimmung in der Partei im Allgemeinen so, daß man sich sagte: die Frankfurter Resolution ist ein Ungeschick, ein Pech; niemand glaubte recht daran, daß man mit der Resolution Ernst machen würde. (Widerspruch.) Es wurde doch Ernst daraus, die Agrarkommission trat zusammen. An ihrer ersten Sitzung konnte ich nicht theilnehmen, weil ich im Gefängniß saß. Was da beschlossen worden ist, weiß ich nicht. Genosse Bebel wird mir aber vielleicht selber bestätigen können, daß man in Berliner Kreisen und auch innerhalb der Reichstagsfraktion über die Agrarkommission vielfach nur in spöttischem Tone sprach und nicht glaubte, daß etwas aus ihr herauskommen würde. (Bebel: Da hört aber doch alles auf.) Ich habe nicht gesagt, daß sich Bebel spöttisch über die Agrarkommission geäußert habe, wohl aber thaten es andere angesehenen Genossen, deren Meinung ihm wohl auch nicht verborgen blieb. Dann traten der mitteldeutsche, der süddeutsche Ausschuß doch zusammen und endlich auch der norddeutsche Ausschuß. Er mußte dazu etwas geschoben werden (Widerspruch), der Sekretär der Kommission kam zu diesem Zwecke, glaube ich, besonders nach Berlin. Es ist richtig, daß ich für die Mehrzahl der Programmpunkte des norddeutschen Ausschusses gestimmt habe. Sie gehen aber alle nicht so weit, wie der schließliche Entwurf der Kommission. Die Verstaatlichung der Grundschulden wird nicht verlangt in norddeutschen Entwürfen, sondern nur die Organisation des Hypothekendarlehens durch den Staat. Das ist doch etwas ganz anderes, fogut wie die Organisation der Arbeiterversicherung durch das Reich etwas ganz

anderes ist, wie die Gründung großer zentralisierter Reichsversicherungskassen, wie die „Verstaatlichung“ der Arbeiterversicherung. Ob mein Standpunkt im norddeutschen Ausschuß richtig war, ob mein Entgegenkommen nicht zu weit ging, das will ich weiter nicht erörtern. Dagegen möchte ich darauf hinweisen, daß ich manche Punkte des ersten norddeutschen Entwurfes im norddeutschen Ausschuß ähnlich kritisiert habe, wie hier in meinem Korreferat. So ist auf meine Anregung das „Verbot“ des Verkaufs von Gemeindegut gestrichen worden u. s. w. Bebel sagt nun, ich hätte auch in der Gesamtkommission für die meisten Punkte gestimmt. Ich habe an einer Sitzung der Gesamtkommission theilgenommen. An diesem Tage wurde zunächst lange darüber diskutiert, ob man die Beschlußfassung wegen Vollmar's Krankheit vertagen solle. Man bezieht sich eine Rücksprache mit Vollmar vor; die Beschlüsse wurden also an diesem Tage nicht als definitive behandelt. Hieran schloß sich eine lange Debatte über einige Allgemeinheiten des süddeutschen Entwurfes. Dann wurden die drei ersten Punkte des mitteldeutschen Programmes erledigt. Ich habe, wie ich offen gestehen muß, die Dinge allzusehr mit leichter Hand behandelt, weil ich die Diskussion nicht ganz ernst nahm und die Beschlußfassung nicht für definitiv hielt. Ob die Zustimmung zu einer Reihe der mitteldeutschen Punkte irgendwie meiner heutigen Stellung widerspricht, lasse ich unerörtert. Bei der Bewirtschaftungsfrage z. B. ist es unzweifelhaft nicht der Fall. Ich soll nun aber auch für die „Verstaatlichung der Grundschulden“ gestimmt haben. Wie verlief hier in der Gesamtkommission die Abstimmung? Ueber diesen wichtigsten Punkt hat — auch das Protokoll stimmt mit meiner Erinnerung hier vollständig überein — gar keine Debatte stattgefunden. Gewissermaßen zwischen Thür und Angel, im Aufstehen und Gehen wurde über diesen letzten Punkt des ersten Tages der Gesamtkommission abgestimmt. Daß die Abstimmung die einstimmige Annahme dieses Punktes ergeben hätte, darüber steht nichts im Protokoll; sonst ist die Einstimmigkeit ausdrücklich verzeichnet. Die Einen sagen, ich hätte dafür gestimmt. Ich sage: ich habe dagegen gestimmt. Ich muß es Ihnen überlassen, wem Sie glauben.

Ich muß ferner noch hinzufügen: weder der süddeutsche, noch der mitteldeutsche Entwurf waren mir bekannt, als ich in die Sitzung kam, in der es sofort auch ans Abstimmen ging. Der Sekretär der Kommission hatte keine Schuld daran, ich jedoch auch nicht. Er hatte rechtzeitig die Entwürfe an einen Berliner Parteigenossen geschickt, der sie vertheilen sollte. Der Genosse hielt es wohl für eine persönliche Liebenswürdigkeit, daß man ihm soviel Exemplare schickte und behielt sie für sich. Ich habe sie nicht erhalten, habe also nicht in der üblichen und nöthigen Weise vor der Abstimmung Kenntniß von den einzelnen Punkten nehmen können. Jetzt bedaure ich es, nachdem ich gesehen habe, wie ernst die Dinge geworden sind, damals war es mir gleichgültig.

Nun zu einer weiteren Aeußerung Bebel's. Er hat mir vorgeworfen, ich sei auch nach der Veröffentlichung des Programms hin- und hergeschwankt. Zuerst hätte ich im Einführungsartikel des „Sozialdemokrat“ den Agrar-Entwurf und die Kommission gelobt, dann hätte ich sie aufs schärfste angegriffen und sei schließlich in meinem Briefe an Liebknecht auf den korrekten Standpunkt zurückgekehrt. In den Parteizeitungen wurde das noch deutlicher ausgedrückt: da wurde behauptet, ich sei im „Sozialdemokrat“ erst für das Programm eingetreten, als dann jedoch die Stimmung in der Partei mehr und mehr ablehnend wurde, hätte ich sie mir zu nuz gemacht und sei mit dem Sturme gesehelt. Man müßte eigentlich annehmen, daß, wenn Bebel Anklage auf Grund von Artikeln erhebt, er sie vorher gelesen hat. Was steht jedoch im ersten Artikel des „Sozialdemokrat“, der am Tage der ersten Veröffentlichung des Programms, also vor jeder anderen Parteikritik geschrieben ist? Nebenber verliest eine Anzahl Stellen aus dem Artikel und beurtheilt sie wie folgt: Es

sind einige der üblichen, verbindlichen, höflichen Redensarten für die Kommission darin, sachlich werden ihre Vorschläge ganz im Sinne meines Referats strikt abgelehnt. Es heißt ausdrücklich in dem Artikel: Mit dem Landarbeiterschutz konnte die Kommission nichts anfangen und der Bauernschutz ist eine Todtgeburt. Das steht ausdrücklich darin, Bebel sollte den Artikel erst lesen, bevor er leichtfertig darüber urtheilt. (Bebel: Leichtfertig haben Sie gehandelt.)

Daß ich Bebel in seiner ersten Aeußerung über meinen Brief an die Kommission nicht mißverstanden hatte — wie er dann in einer persönlichen Bemerkung es darstellte — geht aus dem „Vorwärts-Bericht“ hervor. (Redner verliest die Stelle.) Der Brief widerspricht in keinem Punkte meinem Referat und meiner Stellung in der Presse. Er ist auch frei von jeder Feindseligkeit gegen die Kommission, sucht ihr vielmehr einen allseitig befriedigenden Ausweg vorzuschlagen. (Der Brief ist auf Bebel's Anregung von Schippel zu Protokoll gegeben und folgt unten im Wortlaut.) *)

Dann machte mir Bebel, nachdem ich den süddeutschen Entwurf kritisiert hatte, den Vorwurf, ich hätte diesen Entwurf loyaler Weise überhaupt nicht heranziehen dürfen. Weiß denn Bebel nicht, daß ich es von vornherein zur Bedingung des Korreferates gemacht habe, daß der süddeutsche Entwurf veröffentlicht und besprochen würde? Die Agrarkommission selber hat darüber abgestimmt; niemand hat mir einen Verzicht auf die Kritik nahegelegt, auch Bebel nicht, dem durch die Presse und als Kommissionsmitglied meine Absicht bekannt war, der sie durch seine Abstimmung vielleicht ausdrücklich gebilligt hat. Und da stellt man es heute als eine Ueberraschung und Ueberrumpelung dar, daß ich meiner Ankündigung nachkam! (Bewegung.)

Bebel hat mir ferner Mangel an Muth vorgeworfen mit der Andeutung, daß ich den süddeutschen Entwurf gerade deshalb besonders bekämpfe, weil sein Verfasser, Vollmar, nicht da ist. Ich habe erst in der letzten Stunde, nach meinem Referat, davon gehört, daß Vollmar der Verfasser ist; ich habe — wie wohl aus meinem Referat hervorging — auf ganz andere Urheber gerathen und bin in meiner Vermuthung auch durch Aeußerungen der „Frankf. Tagespost“

*)

Berlin NW., Thurmstr. 37, den 4. Oktober.

Sehr geehrter Genosse!

Ich bin noch immer derart vom Husten gepeinigt, daß ich, wenn ich heute fahre, riskiren muß, zum Kongreß keinen Laut aus der Kehle zu bringen. Ich muß deshalb, so peinlich es mir ist, nochmals mich zu entschuldigen bitten.

Außerdem wird die Kommission an den einzelnen Programmpunkten ja nichts mehr wollen. Ich würde es für das Richtige halten, wenn sie einfach die Verbindung mit dem Programm aufhebt; dann fallen natürlich die Uebergangsworte und die ganz unnöthigen und ziellosen Diskussionen darüber auch hinweg. Die Kommission würde sich nichts vergeben, wenn sie erklärte: nach dem Gang der Diskussion könne sie die einzelnen Forderungen als verpflichtende Programmpunkte nicht mehr vorschlagen; sie unterbreite sie aber dem Parteitag als Gerippe für die Diskussion in Breslau, weil die Aussprache darüber doch noch nicht zum Abschluß gekommen sei.

Eine Resolution kann die Kommission wohl nicht vorschlagen. Wärrt sie ihren alten Standpunkt darin, so lehnt der Kongreß wieder ab — sich selber zu desavouiren hat sie aber auch keinen Anlaß.

Um jede Weiterung kommt sie auch herum, wenn sie — was ich empfehlen würde — ihre Mandate dem Parteitag zurückgibt, einfach mit der Begründung, daß ihre Zusammensetzung nicht mit der Stärke der verschiedenen Strömungen in der Partei harmonire, und daß daher eventuell eine Neuwahl nur recht und billig sei. Man kommt dadurch meines Erachtens um alle Empfindlichkeiten herum.

Daß Alles wird Sie vielleicht sehr wenig interessieren; vielleicht hat es auch einigen Nutzen. Sonntag bin ich bestimmt da und hoffentlich nicht mehr als bellender Cerberus. Mit den ergebensten Grüßen Max Schippel.

bestätigt worden. Ich habe natürlich auch jetzt kein Wort von dem zurückzunehmen, was ich in der Kritik desjenigen Theiles des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, der mit den Falkenhag'schen Vorschlägen zusammenfällt.

Nun könnte man mir einwenden, daß ich nach meiner Haltung in der Kommission niemals das Korreferat hätte übernehmen sollen. Ich hatte auch das Gefühl, daß es besser und richtiger wäre, nicht gegen Kollegen hier zu polemisiren, die bei größerem Eifer meinerseits vielleicht zur rechten Zeit den Standpunkt des Entwurfs verlassen hätten. Aber habe ich mich denn zum Korreferat gedrängt? Nein, ich bin dazu mit Absicht und Ueberlegung gestellt worden durch Quard und durch allerlei Zeitungsnotizen. (Bebel: Ja, wir wollten Sie festnageln.) Ja, Sie haben mich stellen wollen! Aber wenn ich nicht den Vorwurf der Feigheit auf mich laden wollte, dann blieb mir doch gar nichts anderes mehr übrig, als anzunehmen. Haben Sie, die Sie mich zur Annahme des Referats zwangen, Grund, mir die Annahme zum Vorwurf zu machen? Ich habe von Anfang an gewußt, daß Sie einen Skandal wollten; hätte ich mich zurückgezogen, so wäre der Skandal doch gekommen. Man hat ein Kesseltreiben gegen mich angestellt; aber war das parteigenössisch gegen einen Kollegen, dem Sie schließlich doch weiter nichts vorwerfen können, als daß er im Anfang die Sache zu sehr auf die leichte Achsel nahm? (Bewegung. Sehr richtig!)

Ferner hat man mir bewußte Demagogie vorgeworfen. Der Vorwurf trifft nicht zu. Ich bin die ganze Woche vor dem Parteitage arbeitsunfähig gewesen und war nicht in der Lage, auch nur ein Wort meines Referates vorher zu fixiren. Wenn diese oder jene Aeußerung vielleicht aggressiver ausgefallen ist, als es gut war, so war es nicht meine Absicht, jemanden dadurch zu beleidigen oder die agrarischen Führer in Gegensatz zu stellen zu den handarbeitenden Genossen. Wenn mir aber gerade Bebel den Vorwurf macht, daß mir der Ausdruck Charlatanerie entchlüpft ist, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich gesagt habe, die Arbeiter müßten den agrarisch angekränkelten Genossen den Weg weisen, wenn diese selber von der falschen Richtung nicht umkehren wollten — so ist er am wenigsten zur Schulmeisterei berechtigt. Wer sprach voriges Jahr von Bauernfängerei? Bauernfängerei ist zweifellos schlimmer als Charlatanerie. Wenn Bebel vor der Wahl stände, Bauernfänger oder Charlatan heißen zu werden, so würde er zweifellos den Charlatan für die geringere Beleidigung halten. (Bebel: Ich hätte Ihnen einen besseren Geschmack zugetraut.) Ich verweise Sie weiter auf die Rede auf dem Kölner Parteitag, wo Bebel zum Schlusse sagte: „Haben die Konsuln Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht! Und wenn die Konsuln nicht fähig sind, das zu verhüten, dann mögen die Parteigenossen Gericht über sie halten.“ Das ist genau dasselbe, worüber man bei mir Jeter schreit wegen unzulässiger Demagogie. Etwas vom Demagogen steckt ja in uns allen, aber mußte gerade Bebel das als unerhört bezeichnen, was er selber oft genug gethan hat? (Beifall.)

Ein nochmaliges Eingehen auf die sachlichen Differenzen, um welche sich die Diskussion bewegt hat, scheint mir im Augenblick deplazirt; Sie alle sind sich über Ihre Stellung klar, und weder ein Freund noch ein Gegner des Entwurfs kann das Ergebnis der Abstimmung in seinem Sinne noch zu verändern hoffen. Ich berichtige daher im Wesentlichen nur einige Mißverständnisse, wie sie besonders in den Reden der Genossen Bock, Bebel und Müller-München hervortraten. Wenn ich dagegen auftrat, daß sich die Partei unter allen Umständen für unbefchränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte verpflichten solle, wie das durch eine Programmforderung geschieht . . . (Zwischenruf: Nicht unbefchränkt.) Ja, unbefchränkt steht jetzt nicht mehr ausdrücklich da; aber eine Aufrechterhaltung mit Einschränkungen ist gar nichts,

sie stellt alles in das Belieben und die Willkür . . . Ich sage, wenn ich dagegen auftrat, so habe ich mich nicht einseitig auf die Seite der Forstverwaltungen gestellt; nichts liegt mir ferner, wie die häufigen Uebergriffe der letzteren, die Prellereien und Härten gegen die bisher Berechtigten zu verkennen. Aber ebenfowenig können wir uns in den tausendfältigen Interessentenskonflikten zwischen Forst- und Landwirthschaft einseitig und unter allen Umständen auf die Seite der Bauern stellen, bloß weil letztere vielleicht arm und unter Umständen unsere Wähler sind. Von einer allgemeinen Zwangsablösung, wie Müller meinte, habe ich vollends nie gesprochen; ich führte nur aus, daß die Ablösung oft sogar im Interesse des Bauern sei; und nicht ich war es, der hier dem bayerischen Finanzminister Riedel beistimmte, sondern der Genosse Vollmar.

Man hat, besonders seitens David's, darauf hingewiesen, daß in der Landtagsagitation einzelner Staaten die Grundschuldenverstaatlichung schon häufiger eine Rolle gespielt habe. (Sehr richtig!) Doch gerade diese Art von Agitation zeigt, daß man die nöthige politische Vorsicht öfter aus dem Auge verliert. Ein Genosse händigte mir vorgestern eine heftige Landtagswahl-broschüre ein. Da wird zum Schluß die Verstaatlichung des Hypothekensystems unter Herabsetzung des Zinsfußes in Aussicht gestellt. Zur Begründung gelangt eine Statistik über die Zwangsversteigerungen in Hessen zum Abdruck. Was sehen wir da? Von 513, 409, 374, 387 Zwangsversteigerungen fielen immer nur 135, 97, 87, 87 auf die Landwirthschaft, dagegen 341, 273, 266, 277, also immer etwa dreimal soviel auf Gewerbetreibende. Sollte das in denen nicht auch den Wunsch erwecken, ihre Schulden übernommen zu sehen und etwa gar nach dem Plane des Dr. David zu verfahren, bei jeder Vergantung von der Gemeinde gerettet und in den alten Betrieb wieder eingesetzt zu werden? Welch' ein unglaublicher Gedanke überhaupt, dem Sozialismus dadurch vorarbeiten und Anhänger gewinnen zu wollen, daß man gerade alle verkrachten, lebensunfähigen Betriebe auf die Gemeinde übernimmt! Wenn man den Sozialismus vor aller Welt diskreditiren wollte, ließe sich kein besserer Weg dazu denken.

Was die Verstaatlichung der Grundschulden anbelangt, so weiß ich wohl, daß die Anhänger des Agrarprogramms keine Entlastung der Schuldner aus den Taschen der Arbeiter wollen. Ich habe nur gesagt, daß die wirkliche Schuldenverstaatlichung in der heutigen realen politischen Welt garnicht anders aussehen würde. Dr. David scheint zu glauben, wir fürchteten, der Staat werde die von ihm abhängigen Schuldner fusioniren, und er tröstet uns damit, daß die Bauern dann eine derartige Opposition treiben würden, daß der Staat wohl oder übel nachgeben müsse. Nein, so sehen unsere Befürchtungen wahrhaftig nicht aus; wir fürchten vielmehr, der Staat werde die Bauern um so leichter politisch pouffiren können, sie für sich gewinnen und gegen die Arbeiter mobil machen, wenn er Zinsentlastung verspricht und die Arbeiter diesem Ueberlaß widerstreben, widerstreben müssen. Auch Bebel hat vor noch gar nicht langer Zeit denselben Standpunkt eingenommen. Er äußerte da über die Hypothekenverstaatlichung:

„Diese letztere Forderung wird auch im Kommunistischen Manifest erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unseren Genossen gefordert worden. Wunderbar, daß Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde mit einander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken unter der Voraussetzung, daß eine sozialistische Staatsleitung bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesamten Grund- und Bodeneigentums und nur als Uebergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne Weiteres die Kapitalistenklasse expropriiren, so sind wir bereit, dem

Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden (Geiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzirung des Zinsfußes allmählig zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfaßten, wußten sehr gut, daß diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Uebergangszeit vielleicht nöthig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrariertum diese Verstaatlichung des Hypothekensystems angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das **eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern**; sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesamtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschulden billiger, dann haben nicht bloß die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vortheil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, 3½ pCt. zahlen muß, so müßte das ½ pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müßte diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für praktische Thätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und theilweise gar nicht zu gewinnen sind, an der künstlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Versumpfung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsames Auge haben.“

Ganz unsere Meinung! Aber wenn man so im Zickackkurs geht, wie hier Bebel, soll man gegen Andere auch tolerant sein. Jedenfalls hat man doppelten Anlaß, andere Meinungen ruhig anhören und Widerspruch ertragen zu lernen. Der schlimmste Feind, den Bebel heute hat, ist er sich selber mit seiner Rechthaberei (Beifall), die ihn sich immer tiefer auch in eine ganz unhaltbare Stellung verrennen läßt. Niemandes Wort wiegt heute schwerer in der Partei wie das Bebel's; um so mehr sollte er sich Ruhe und Objektivität des Urtheils zur Pflicht machen, als sein Wort rasch an Gewicht verlieren muß, wenn die Genossen immer häufiger sich außer Stande sehen, alle diese Schwankungen mitzumachen.

Damit bin ich am Ende. Werfe ich nochmals einen Blick zurück über den Gesamtverlauf unserer Debatte, so war mir das Auffälligste daran, daß in den drei Tagen der Verhandlungen eine Bevölkerungsklasse ganz unbemerkt und unbeachtet im Hintergrund stand: der Landarbeiter. Wer wollte behaupten, daß wir seine Lage etwa genügend schon kennen, daß wir ihn in unseren Detailforderungen genügend schon berücksichtigen? Dennoch war er für uns nicht da, während der Bauer uns mehr wie zu viel beschäftigte. Sollte uns das nicht auch eine Warnung sein, den Weg dieses Programmwurfs zu beschreiten? Ich wünschte, wir wären erst so weit, zehn oder zwölf handfeste Knechte auf unseren Kongressen unter uns zu haben, das Urtheil über die hier vorgeschlagene Landagitation würde ein viel vernichtenderes sein, als Sie es während der letzten Wochen und Tage je gehört haben. Und selbst der Parzellenbauer müßte sich vor dem hier gewünschten Bauernschutz bedanken: Grundrente, Profit und mehr noch opfert er bis zur Grenze des kümmerlichsten Lebensunterhaltes stets seinen Vorbesitzern und Gläubigern; jede Erleichterung der Zinslast erhöht hier nur wie nach einem ehernen Gesetz den allgemeinen Schuldenstand. Sie schützen und heben hier nicht den Menschen wie beim Arbeiterschutze, sondern konserviren nur die Parzelle, den Zwergebetrieb. Kann das unsere Absicht sein? Die Klein-

besitzer werden nicht als Eigenthümer, sondern als künftige Proletarier zu uns kommen. Heißt es doch schon im kommunistischen Manifest ganz richtig: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang in's Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen.“ Sie von ihren zukünftigen Interessen zu überzeugen, ihnen die Hoffnungslosigkeit ihrer Gegenwart zu lehren, das muß unsere Aufgabe sein. So haben wir auch unter den Kleingewerbetreibenden unsere Erfolge errungen, und sie haben uns doch wahrlich keinen Grund zu dem Kleinmuth gegeben, der, wenn wir das landwirthschaftliche Gebiet betreten, viele unserer besten Genossen plötzlich befällt. Verlieren wir uns selbst nicht, so werden wir auch hier nicht verloren sein. (Beifall.)

Redner hebt dann noch kurz hervor, daß die Rautsky'sche Resolution nicht ein für alle Mal jedes Agrarprogramm verwirft, sondern nur die Ablehnung dieses vorliegenden Entwurfes ausspricht und näher motivirt; sie verwirft auch nicht jedes praktische Eintreten für jede der Einzelforderungen, sondern sie sagt z. B. von den Meliorationen nur, daß sie keine Klassenforderung des Proletariats sind und darum in ein Arbeiterprogramm nicht gehören. Nehmen Sie die Resolution Rautsky möglichst einstimmig an! (Beifall.)

Rebel (persönlich): Schippel hat behauptet, die Kommission sei innerhalb der Fraktion als spöttische Einrichtung aufgefaßt worden. Soweit sich diese Behauptung auf meine Person bezieht, muß ich dem aufs Entschiedenste entgegen treten, und ich glaube, daß auch kein anderes Mitglied der Fraktion außer vielleicht Schippel eine ähnliche Auffassung gehabt hat. Er hat weiter gesagt, er habe für eine Reihe von Forderungen im norddeutschen Entwurf, darunter auch für die Verstaatlichung der Grundschulden, gestimmt, sich aber nichts Böses dabei gedacht, denn was könne man alles darunter verstehen. Aber das Wort „Grundschulden“ kommt im norddeutschen Entwurf garnicht vor. Es liegt hier also eine Verwechslung vor, ob nun absichtlich, lasse ich dahingestellt, zwischen dem Zentralentwurf und den einzelnen Entwürfen. Die Fassung des norddeutschen Entwurfes stammt von mir und hat unter Schippel's Assistenz in der Plenarsitzung der Kommission eine andere Fassung erhalten, die dem Sinne nach mit meinem Vorschlage übereinstimmt; Schippel hat dafür gestimmt. (Hört, hört.) Die ganze Art und Weise, wie er selbst heute seine Mitwirkung charakterisirte, ist für ihn die denkbar blamabelste. (Sehr richtig.) Ich weise ferner nochmals darauf hin, daß in der ersten Zentralsitzung, in der Schippel zugegen war, die fünf ersten Punkte des Entwurfes ausführlich debattirt wurden, und Schippel laut Protokoll dafür stimmte. (Hört, hört!) In der zweiten Sitzung, in der er nicht erschien, obgleich er erst am Tage darauf seine Reise antrat, wurden die übrigen Punkte erledigt. Schippel hat dann zum Beweise dafür, daß ein Widerspruch in seiner Haltung nicht vorhanden war, den bekannten Brief an Liebknecht verlesen. Ich hoffe, er wird denselben zu Protokoll geben, damit jeder sieht, wie es ihm nur darauf ankommt, Silbenteuferei zu treiben. Wenn Schippel behauptet, ich hätte ihm mit Bezug auf diesen Brief den Vorwurf der Persiflage gemacht, so erkläre ich dem gegenüber, daß ich nichts gesagt habe, was dem gleichkommt, sondern nur auf die neue Schwentung hingewiesen habe, die Schippel mit diesen Brief genommen hat. Er hat ferner gesagt, er habe sich, als man ihm das Referat antrug, zur Bedingung gemacht, daß er auch über den süddeutschen Entwurf reden dürfe, und dann dieser veröffentlicht werden müßte. Ich war zu jener Zeit in der Schweiz bei meiner Tochter zum Besuch und wurde von Quard angefragt, ob ich damit einverstanden

sei, daß Schippel zweiter Referent werde und zwar gegen den Entwurf. Ich antwortete, daß ich selbstverständlich mit Vergnügen dafür sei, daß Schippel referire, und zwar schon aus dem Grunde, um zu hören, wie er seine jegige Opposition gegen den Entwurf mit seiner Haltung in der Kommission in Einklang bringen wolle. Sie darauf hin anzunageln, war natürlich, Sie würden an unserer Stelle nicht anders gehandelt haben. Im weiteren antwortete ich, daß ich aber auf die Bedingung nicht eingehen könne, sondern die Veröffentlichung sämtlicher Entwürfe beantrage. Das ist denn auch geschehen. Schippel bezieht sich zum Beweise dafür, daß der jegige Entwurf wesentlich der süddeutsche sei, auf Grillenberger, dieser hat aber garnicht den süddeutschen, sondern den Zentralentwurf gemeint.

Singer (ihn unterbrechend): Was Grillenberger gemeint hat, gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.

Rebel (fortfahrend): Weiter hat Schippel die Frage aufgeworfen, wie ich mich stellen würde zu den Vorwürfen der Bauernfängerei und der Charlatanerie. Ich habe einen viel zu guten Geschmack, um überhaupt zwischen diesen beiden Ausdrücken zu wählen. Wenn ich aber das Wort Bauernfängerei, gebraucht habe, so liegt darin keine Beleidigung, sondern es hat denselben Sinn wie Stimmenfängerei. Ich kann mir denken, daß Leute unter uns sind die darauf ausgehen, zunächst die Bauern bei einer Wahl zu gewinnen, in der Hoffnung, sie dann auch zu Sozialdemokraten machen zu können. Auch die mir unterstellte Absicht, ich hätte auf dem Kölner Parteitag an die Arbeiter gegen die Nichtarbeiter appellirt, ist nicht richtig, ich habe dort keinen künstlichen Gegensatz konstruirt zwischen Arbeiter und Nichtarbeiter. In den Fehler Hasselmann's und Schweiger's bin ich nicht verfallen, ich habe in Köln an die Genossen insgesamt appellirt, falls die Konjunktur, das heißt in jenem Fall die Leiter und Vertreter der Partei, ihre Schuldigkeit nicht thäten. Das war ein durchaus erlaubter und der einzig mögliche Appell. Schippel hat ferner einen Gegensatz zwischen meiner Haltung in Köln und meiner späteren Haltung konstruirt und zum Beweise dafür einen langen Passus aus meiner Kölner Rede vorgetragen. An einer bestimmten Stelle fing er an sehr schnell zu lesen, aber das waren gerade die entscheidenden Sätze, die einen ganz anderen Sinn hatten, als er ihnen unterstellte. (Heiterkeit.) Wenn Schippel weiter meinte, mein Wort wiege am schwersten in der Partei, daß es aber sein Gewicht verlieren werde, wenn ich weiter heute rechts, morgen links marschiere, so stellt er damit der ganzen Partei ein Armuthszeugniß aus, die mich so lange trotz meiner angeblichen Widersprüche an solcher Stelle geduldet hat.

David bemerkt persönlich, es sei ihm durch die Geschäftsordnung unmöglich gemacht, das alles richtig zu stellen, was der Korreferent in seiner Schlussrede über das Zustandekommen des süddeutschen Entwurfes gesagt habe, er müsse sich mit der Erklärung begnügen, daß die Darstellung Schippel's durchaus falsch sei. Auch werde ihm durch die Geschäftsordnung die Möglichkeit geraubt, im Namen der anwesenden Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses Protest zu erheben gegen die Angriffe in der Schlussrede Schippel's. Für sich persönlich erkläre er, daß er den Vorwurf der „wissenschaftlichen und politischen Unreife“ lächelnd hinnehme und den Genossen Schippel nicht beneide wegen der „wissenschaftlichen und politischen Ueberreife“, die er in der ganzen Sache gezeigt habe.

Quard bemerkt persönlich, daß die Mittheilungen Schippel's über den Verkehr mit ihm unvollständig und tendenziös seien. Das Referat sei zuerst einem anderen übertragen, erst auf Veranlassung einer Frankfurter Versammlung sei ohne sein Zuthun Schippel zum Referenten gewählt. Bezüglich der Abstimmung habe er am Tage nach der betreffenden Sitzung an Schippel geschrieben, daß er allen fünf Punkten des Entwurfes zugestimmt habe und daß er ihn für

so loyal halte, daß er seine Behauptung im „Sozialdemokrat“ berichtigen würde. Das sei nicht geschehen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: Zunächst wird über die Rautsky'sche Resolution (Antrag 121) abgestimmt. Es liegt hierzu ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Dieser Abstimmung müßte die Abstimmung über das Amendement Antrich, das einige Worte in der Resolution gestrichen wissen will, vorangehen. Wird die Resolution angenommen, so sind alle übrigen Anträge erledigt, wird sie abgelehnt, so muß zunächst über den Antrag 128 abgestimmt werden, der dasselbe wie die Rautsky'sche Resolution will, nur mit Fortlassung der Motive. Wird dieser Antrag abgelehnt, so kommt Antrag 127 an die Reihe, der die Beschlußfassung vertagen will. Wird er abgelehnt, so kommt es zur Abstimmung über die Anträge der Agrarkommission. — Durch die Beschlußfassung werden meines Erachtens sämtliche zu diesem Punkte sonst noch gestellten Anträge erledigt.

Zunächst beschließt der Parteitag, in eine Spezialdiskussion der Vorschläge der Agrarkommission nicht einzutreten.

Bebel regt an, die Abstimmung über die Rautsky'sche Resolution in zwei Theilen vorzunehmen. Während über den ersten, prinzipiellen Theil der Resolution die Meinungen differenzieren, ist man sich über den zweiten Theil, der die Schlusresolution der Agrarkommission aufnimmt, einig.

Der Parteitag ist mit diesem Abstimmungsmodus einverstanden.

Zunächst wird das Antrich'sche Amendement, das in der Rautsky'schen Resolution die Worte:

„und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Fanatismus“ streichen will, angenommen.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung über den so veränderten ersten prinzipiellen Theil der Rautsky'schen Resolution abgestimmt.

Für die Rautsky'sche Resolution stimmten: Altermann, Althaus, Antrich, Arons, Auer, Bamberger, Baerer, Beck-Lauenburg, Beims, Berger, Block, Bloß, Böhmer, Braun, Brand, Börner, Breour, Breslauer, Brey, Brühne, Dahlen, Demmler, Delor, Dreßler, Eberle, Eichhorn, Enderß, Erbe, Ernst, Feldmann, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fleischmann, Franken, Frick, Fülle, Gärtner, Galle, Garbe, Gehr, Geiser Alice, Geiser Bruno, Gerlach, Gerisch, Gewehr, Geyer, Giesmann, Görke, Grünwaldt, Hartmann, Haselbauer, Haubold, Haug, Heinrich-Neurode, Heinrich-Potsdam, Henker, Herbert, Hering, Herzog, Hirschmeier, Hoch-Panau, Hoch-Berlin, Höpfner, Hofer, Hoffmann-Bielefeld, Huber, Hué, Hülle, Janiszewski, Joest-Mannheim, Kaden, Kähler, Rautsky, Kern, Kiesel, Kimmel, Klees, Klop, Knoop, Koenen, Koblenzer, Kölle, König, Kräcker, Krandt, Kühn-Langenbielau, Kühn-Breslau, Kunizky, Kutische, Landé, Landgraf, Lehmann, Leonhardt, Leopoldt, Lesche, Leven, Lipinsky, Lövy, Luz, Lux-Langenbielau, Martiffe, Meiß, Meister, Mehger, Mehner, Meyer, Michaelis, Michels, Möller, Mohs, Müller-Wiklau, Noßke, Peters, Pischel, Pfannkuch, Pohlitz, Postelt, Busch, Reißhaus, Rieger, Riez, Röcker, Rohrlack Hermann, Rohrlack Martha, Schaal, Schilling, Schippel, Schmidt-Düsseldorf, Schneider, Schöne, Schreck, Schütz, Schulke-Königsberg, Schwerke, Singer, Sonnenburg, Stadtthagen, Starke, Stolpe, Stubenreich, Teichmann, Thiele, Thierbach, Thomas, Tiede, Tinn, Trautwein, Unglaube, Wetter, Vogel, Wurm, Werner, Wiehle, Wolny, Wexler, Zabel, Zettin, Zubeil.

Gegen die Rautsky'sche Resolution stimmten: Albrecht, Baudert, Bebel, Beck-Lüneburg, Bérard, Birt, Böhle, Bock, Bothe, Bött, Bruhns, Bruns, Buchwald, David, Deppe, Emmel, v. Elm, Förster, Frohme, Galm, Geck, Goebel, Groth, Harm, Heine, Hojmann-Saalfeld, Hug, Johannes, Jserloh, Katzenstein,

Reil, Rirsch, Kleemann, Liebtnecht, Molsenbuhr, Müller-München, Müller-Darmstadt, Nitzsche, Dertel, Orb, Orbig, Paul, Peus, Quard, Reichert, Röhrle, Schepe, Schiemann, Schmidt-München, Schoenlant, Schulze-Coffeubaude, Schumann, Schwarz, Segis, Simon, Sosna, Steinbach Helene, Steinweg, Stollen, Stülken, Vogenitz, Walther, Wexler.

Der erste Theil ist also mit 158 gegen 63 Stimmen angenommen.

Der zweite Theil wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

Zur namentlichen Abstimmung geben Müller-Darmstadt, Galm-Seligstadt und Simon-Offenbach nachstehende Motivierung zu Protokoll:

„Wir haben gegen den ersten Theil der Resolution Rautsky und Genossen gestimmt, weil durch die Annahme desselben die Thätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Singellandtagen bedenklich, eventuell lahmgelegt wird und aus diesem Grunde in logischer Folgerung Wahlen zu diesen Landtagen zu unterbleiben hätten.

Wir stimmten für den zweiten und dritten Theil der obengenannten Resolution, weil wir überzeugt sind, daß das eingehende Studium der „eigenthümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Geseze der Landwirthschaft“ unsere prinzipielle Stellung zur Agrarfrage klärt und festigt.“

Damit sind alle übrigen Resolutionen und auch die Vorschläge der Agrarkommission erledigt.

Die Anträge 18—31, 110, 122, die bestimmte Vorschläge für die weitere Verfolgung der Angelegenheit machen, werden dem Partei-Vorstand als Material für die von ihm einzuberufende Studienkommission für die Agrarfrage überwiesen.

Damit ist Punkt IV der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Segis.

Der Vorsitzende theilt mit, daß von 23 jüdischen Gewerkschaften Rußlands ein Begrüßungsschreiben an den Kongreß eingetroffen sei. (Beifall.)

Vor der Tagesordnung protestirt Gewehr gegen die Behauptungen eines Artikels der „Rheinischen Zeitung“, der sich gegen ihn wegen seiner Aeußerungen über dies Parteiblatt wendet. Was er gesagt habe, habe er gesagt in Uebereinstimmung mit den übrigen rheinischen Parteigenossen und im Auftrage seiner Mandatgeber. Insbesondere müsse er sich dagegen erklären, daß seine Bemerkungen irgendwie aus geschäftlichen Rücksichten für den Drucker der „Freien Presse“ herzuleiten seien und daß man seine schon seit 1889 abgebrochenen Verbindungen mit dem ominösen Jeup dazu benutzt, ihn selbst jetzt anzuklagen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Maiseier 1896.**

Berichterstatler Bebel: Nach mehrjährigen sehr lebhaften Kämpfen über die Art und Weise, wie die Maiseier in Deutschland begangen werden soll, sind wir endlich durch die Beschlüsse des Berliner Parteitages zu einer festen Regelung dieser Frage gekommen. Seitdem sind ernstliche Differenzen darüber nicht mehr ausgebrochen. Die beiden folgenden Parteitage haben in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit die Frage abgethan und in demselben Sinne entschieden, wie der Berliner Parteitag. Ich darf wohl annehmen, daß auch heute in ähnlicher Weise beschlossen wird. Ueber die Bedeutung der Maiseier heute noch ein Wort zu sagen, heiße in der That Wasser ins Meer tragen, denn wir können mit Genugthuung konstatiren, daß im Laufe der Jahre in den weitesten Kreisen unserer Genossen das Verständniß für die Maiseier immer mehr gewachsen ist und dieselbe als eine Nothwendigkeit für die Partei und als eine Rundgebung